Szántó, Béla
Klassenkämpfe und Diktatur des Proletariats in Ungarn



Béla Szántó

Klassenkämpfe und Diktatur des Proletariats in Ungarn

Mit Einleitung von Karl Radek

Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale 1920.



Die Lehren der ungarischen Revolution.

Genosse Béla Szántó, einer der ungarischen Volkskommissare, erzählt in der vorliegenden Broschüre die kurze Geschichte des Machtaufstieges der ungarischen Arbeiterklasse und die Geschichte ihrer Niederlage. Diese erste authentische Geschichte verdient mit tiefster Aufmerksamkeit von dem internationalen Proletariat gelesen zu werden, damit all die Erfahrungen, die das ungarische Proletariat durch seinen Kampf gesammelt, mit ungeheuren Leiden erkauft hat, für das Proletariat der anderen Länder nicht verloren gehen. Ihre Siege und Niederlagen wurden nicht nur für das ungarische Proletariat errungen und erlitten, sondern sie sind von großer Wichtigkeit für das gesamte Weltproletariat. Zwei Lehren sind es in erster Linie, die die ungarische Revolution gibt. Sie wirft ein Licht auf die Frage der Machtergreifung, und sie beleuchtet die Frage unserer Verhältnisse zu den anderen Arbeiterparteien, die, ohne kommunistisch zu sein, durch die Ereignisse gezwungen werden, zusammen mit der Kommunistischen Partei die Macht zu ergreifen.

Als am 21. März 1919 das Telegramm die Kunde von der Machtergreifung des ungarischen Proletariats brachte, hatten manche Kommunisten im Westen das Gefühl, die ungarische Räterepublik sei ein künstliches Gebilde, entstanden durch ein Abkommen der Kommunistischen mit der Sozialdemokratischen Partei ohne

Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie. Und weil ohne Kampf geboren, müsse sie auch untergehen; denn nur im Kampf kann das Proletariat die Kräfte entwickeln, die zur Aufrechterhaltung der Räteregierung notwendig sind. Diese Auffassung wurde auch hier in der deutschen Presse geäußert, und als die ungarische Republik dann niedergeworfen wurde, sahen verschiedene Kreise die Bestätigung der Richtigkeit ihrer im März geäußerten Befürchtungen. Und sie beriefen sich dabei auf einen Passus aus der von Rosa Luxemburg geschriebenen Programmschrift des Spartakusbundes, in dem es hieß, die Kommunistische Partei dürfe die Macht einfach nicht nur aus dem Grunde ergreifen, weil die Scheidemann-Regierung bankerott ist. Diese Auffassung über die Entstehung der ungarischen Räterepublik stand im Widerspruch zu den Tatsachen, die schon in den Entstehungstagen der ungarischen Räterepublik bekannt waren. Auch die, die wie der Verfasser dieser Worte des Ungarischen nicht mächtig, nicht in der Lage waren, alle Phasen des Kampfes in Ungarn zu verfolgen, mußten wissen, daß dieser Machtergreifung eine Periode sich immer mehr verschärfender Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalition voranging. Der Artikel Vargas in der Wiener Arbeiterzeitung, der sofort nach Errichtung der Räterepublik in Ungarn erschienen ist, bestätigte dies. Auch Karolyi bezeugte seinerseits, daß die sozialdemokratisch-bürgerliche Regierung nur deshalb zurückgetreten war, weil sie vor dem Fall stand. Nicht nur unter dem Druck von außen, sondern unter dem von innen. Die Broschüre Szántós gibt eine detaillierte Darstellung der Zersetzung der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition und des Wachstums des Ansturms der Arbeiterklasse. Es ist lächerlich, die ungarische Räteregierung als ein einfaches Resultat eines Kompromisses der Parteiführer anzusehen. Sie war ein Resultat des revolutionären Klassenkampfes des Proletariats. Wer angesichts dieser Tatsachen sich darauf versteifen würde, die Aufrichtung der Räteregierung in Ungarn als ein abschreckendes Beispiel darzustellen, der muß sich schon in den Satz aus der Schrift: „Was will der Spartakusbund?“ verbeißen, in dem es heißt: „... daß die Kommunistische Partei nicht gewillt ist, die Macht zu ergreifen, nur weil die Ebert-Scheidemann-Regierung in eine Sackgasse geraten ist oder sich abgewirtschaftet hat.“ Dieser Satz war vollkommen berechtigt als Ablehnung der putschistischen

Elemente in der Kommunistischen Partei Deutschlands, die im Dezember 1918, wo die entscheidende Mehrheit der Arbeiterklasse in dem Lager der Scheidemänner stand, an die baldige Machtergreifung dachten. Aber die geborene Dialektikerin Rosa Luxemburg würde es ganz gewiß ablehnen, daß dieser Satz wie eine Sure des Korans von den Kommunisten behandelt wird. Der Gedanke an einen einfachen Zusammenbruch der bürgerlich-sozialdemokratischen Koalition, wobei der Prozeß des Zusammenbruchs des bürgerlichen Staates nicht gleichzeitig ein Prozeß der Sammlung der proletarischen Kräfte war, ein solcher Gedanke ist vollkommen unhistorisch. Der kapitalistische Staat bricht zusammen, wenn er den Aufgaben der Organisation der kapitalistischen Produktion gegenüber so versagt, daß das Elend der Massen wächst und sie revolutioniert. Wenn in solchen Verhältnissen die Kommunistische Partei nicht imstande ist, diese Massen geistig zu beeinflussen, zusammenzufassen, zu einem Faktor des Aufbaus zu machen, so würde das nur bedeuten, daß die Kommunistische Partei nicht existiert. Wenn man den Satz Rosa Luxemburgs wörtlich nehmen wollte, so würde er nur bedeuten, die Kommunistische Partei kann sogar beim Zusammenbruch des kapitalistischen Staates die Macht nicht ergreifen, falls sie nicht existiert. Nun, zu so tiefgrabenden Einsichten war der Kopf Rosa Luxemburgs zu gut. Der zitierte Satz war nur eine Warnung vor dem Versuch, zu ernten, ohne daß man gesät hat, nicht eine historische Analyse und nicht eine historische Perspektive. Die ungarischen Kommunisten haben gesät, sie haben gekämpft, organisiert, propagiert und die Tatsache, daß die ungarische Sozialdemokratie, als sie am Ende ihres Lateins war, sich an die Kommunisten wenden mußte, bildet den Beweis, daß die Kommunisten eine Kraft darstellten. Was sollten die Kommunisten tun, als der Zusammenbruch der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition auf der Hand lag und als die Bürgerlichen aus der Koalition ausschieden und die Sozialdemokratie sich an die Kommunisten mit dem Vorschlag der Bildung der Räteregierung wandte? Die ungeheuren Schwierigkeiten, die die Räteregierung Ungarns in der äußeren und inneren Lage erwarteten, waren den ungarischen Kommunisten ganz gewiß klar. Die ungarischen Rohstoffquellen, die ungarischen Lebensmittelspeicher befanden sich in fremder Okkupation, und die ungarischen Kommunisten wußten ganz gewiß, daß sie mit einer Welt von Feinden zu tun

haben werden. Béla Kun schrieb in seinem Brief an Ignaz Bogar am 11. März 1919: „Ich kann nichts dafür, ich sehe den Ereignissen mit einer gewißen Ungläubigkeit entgegen. Der gegenwärtige Stand der ganzen internationalen Arbeiterbewegung zwingt mich dazu." Wenn aber die ungarischen Kommunisten trotzdem nicht die Hände in den Schoß legten, sondern das Schwert in die Hand nahmen, so darum, weil sie keine politischen Räsoneure, sondern Revolutionäre waren. Die marxistische Analyse zeigte ihnen die ungeheuren Schwierigkeiten, denen sie gegenüberstanden. Aber dieselbe Analyse sagte ihnen, daß sich ganz Europa in heller Auflösung befindet, sagte ihnen, daß man nicht wisse, was der morgige Tag bringe. In dem Artikel, den ich bei der Kunde vom Fall Räteungarns aus dem Gefängnis geschrieben habe, um der doktrinären Beurteilung der ungarischen Revolution entgegenzutreten, zitierte ich schon die Times vom 19. Juli, die in folgenden Worten die Weltlage charakterisierte: „Der Geist der Unruhe beherrscht die ganze Welt von West-Amerika bis China, vom Schwarzen bis zum Baltischen Meere; keine Gesellschaft, keine Zivilisation ist so gefestigt, so demokratisch, um sich diesem bösartigen Einfluß zu entziehen. Ueberall sind Zeichen da, daß die elementaren Bande der Gesellschaft zerrissen und zerfallen sind durch die lange Anstrengung." Das war die Lage in Wirklichkeit und in dieser Lage dem Kampf auszuweichen, dem nicht ausgewichen werden kann, weil die Massen zu ihm drängen, bedeutet, zu desertieren, die Arbeitermassen im Stich zu lassen. Denn diese Massen würden trotzdem kämpfen; nur ohne Führung kämpfend, würden sie viel größere Opfer bringen und viel kleinere Resultate erzielen. Es gereicht den ungarischen Kommunisten zum Ruhm, daß sie unter diesen schwierigen Umständen den Kampf aufgenommen haben und es unterliegt gar keinem Zweifel, daß dieser Kampf viel tiefere Folgen hatte, als es die gutgläubigen Kritiker der ungarischen Revolution annahmen. Er hat nicht nur den Willen der ungarischen Arbeiterklasse zur Befreiung ausgedrückt, er hat ihn verstärkt und vertieft. Und wenn sein momentanes Resultat die Niederwerfung der ungarischen Arbeiterklasse ist, so wird die Zeit kommen, wo aus dem Vergleich der roten und der weißen Diktatur die ungarischen Proletarier den eisernen Willen zum Kampfe bis zum endgültigen Siege schöpfen werden. Die ungarische Revolution hat viel zur Revo-

lutionierung der Arbeiter in anderen Ländern beigetragen, und indem sie monatelang der Weltkonterrevolution Steine vor die Füße warf, hat sie die Bedingungen des Widerstandes der russischen Sowjetrepublik, der ersten Zitadelle der Weltrevolution, günstiger gestaltet und ihr den Sieg über Koltschak erleichtert. Wer die Weltrevolution als ganzes, als Entwicklung betrachtet, der wird von der ungarischen Republik nicht als von einem Exempel schlechter revolutionärer Politik sprechen, sondern als von dem Exempel eines opfervollen Kampfes, eines revolutionären Vorpostens auf einer vorgeschobenen Redoute. Die in diesem Kampf Gefallenen werden in dem Buch der Geschichte nicht nur als die Märtyrer der proletarischen Sache stehen, sondern als ihre kühnen, tapferen und einsichtigen Vorkämpfer. Und die Lehre, die uns ihre Wunden, ihr Martyrium gibt, uns, die wir gegen den Versuch sind, daß eine kleine Minderheit die Macht ergreife, ist: wo die Arbeiterklasse zu kämpfen hat, wo sie in den Kampf rückt, dort haben wir zu ihr zu stehen, ob wir siegen oder eine Niederlage erleiden. Diese Lehre der ungarischen Revolution ist auch die Lehre der zweiten Münchner Räterepublik, deren Geschichte vor kurzem beredt von Paul Werner geschildert wurde. Und Béla Kun wird in der Geschichte des proletarischen Kampfes ebenso wie Leviné nicht als revolutionärer Abenteurer, sondern als revolutionärer Führer dastehen, als Führer in dem Sinne, wie Karl Marx die Rolle des Führers in der Revolution verstand, als Führer, dem der Marxismus zwar die Schwierigkeiten des Kampfes in vollem Umfange zeigt, aber ihn nicht in den Räsoneur verwandelt, der glaubt, nur dann kämpfen zu dürfen, wenn die Geschichte ihm notariell den Sieg sichert.

Mit der gleichen Entschiedenheit, mit der Szántó die Geschichte des Zusammenbruchs des Karolyi-Regimes schildert, schildert er den Kampf und die Niederlage der Räte-Regierung und deckt als eine ihrer Hauptursachen einen taktischen Fehler auf, den Béla Kun und seine Freunde begangen haben. Er erzählt, daß Kun bei der Rücksprache mit den Kommunisten am Tage nach der Bildung der Räteregierung gesagt hat: „Es ist zu glatt gegangen, ich konnte nicht schlafen. Die ganze Nacht dachte ich nach, wo wir den Fehler begangen haben, denn irgendwo muß ein Fehler stecken. Es war zu glatt, wir kommen schon darauf,

nur fürchte ich, zu spät.“ Dieser Fehler liegt auf der Hand. Die ungarische Sozialdemokratie, die zu den am meisten politisch korrupten Gebilden der Zweiten Internationale gehörte, war bankrott. Die Massen entschlüpften ihrer Leitung. Die linken Elemente der Partei entschlossen sich zu einem verzweifelten Schritt, zur Bildung der Räterepublik. Ein Teil der rechten Führer trat zurück. Aber die Masse der kleinen Gewerkschafts- und Parteibürokraten stand hinter den linken Führern, als sie sich an die Kommunistische Partei mit dem Vorschlag der Bildung der gemeinsamen Regierung wandten. Wollte die Kommunistische Partei nicht die Massen im Stich lassen, so mußte sie darauf eingehen, die Räteregierung zusammen mit den Sozialdemokraten zu machen. Aber der Fehler begann dort, wo die Kommunisten zu verhüllen halfen das, was war. Und das war die Tatsache des Bankrotts der Sozialdemokratie nicht die Tatsache ihres Ueberganges zum Kommunismus. Man wird nicht Kommunist, indem man das Kommunistische Programm annimmt. Die Weltner, Kunfy oder wie die Führer der Sozialdemokratie heißen, konnten sich ehrlich vorgenommen haben, das kommunistische Programm durchzuführen, aber es ist klar, daß sie von einem Tage zum andern nicht das Maß der revolutionären Energie und Einsicht entwickeln konnten, das den Kommunismus ausmacht. Und deshalb war es notwendig, in den Massen das Bewußtsein wachzuhalten, daß die Führer der Sozialdemokratie, gezwungen auf dem Boden des Kommunismus stehend, nur dann kämpfen werden, wenn die Lage sie drängt, wenn die Masse sie bedroht. Die Kommunistische Partei durfte ihre Sonderorganisation nicht auflösen, sie durfte nicht darauf verzichten, als der große dicke Stock zu fungieren, der jeden Augenblick gegen die Gawai, Weltner, Kunfy in Bewegung treten könnte. Die Koalition mit der Sozialdemokratie war notwendig; aber die Kommunisten mußten neben dem Regierungsgebäude den Galgen aufgerichtet halten, auf dem sie eventuell ihren lieben Verbündeten vordemonstrieren konnten, was die proletarische Diktatur konkret bedeutet. Indem die Kommunistische Partei die notwendige Vorsicht fallen ließ, war sie den schwankenden Elementen der Sozialdemokratie ausgeliefert. Deshalb sind die Geschicke der Räteregierung in Ungarn von solcher Bedeutung für das westeuropäische Proletariat. Ueberall, wo die Kommunistische Partei im Westen erst im Entstehen begriffen, überall wird die Sozial-

demokratie immer mehr genötigt, sich auf den Boden des Kommunismus zu stellen. Ueberall können die Kommunisten durch die Ereignisse vor die Notwendigkeit einer Koalition gestellt werden und überall werden sie dann durch die proletarischen Massen, die nach Einheit lechzen, dazu gedrängt, sich nicht nur mit den Sozialdemokraten zu koalieren, sondern zu einigen. Und da sagt die ungarische Erfahrung, man einigt sich nur mit den Kommunisten; und Kommunist ist nicht der, der sich auf dem Papier zur proletarischen Diktatur bekennt, sondern der, mit dem sich das Blut der Kommunisten schon im Kampfe vermischt hat, nur der, mit dem wir Kommunisten zusammen in den Gefängnissen gelitten haben, nur der, der durch die Tat bewiesen hat, daß seine Hände nicht zittern, seine Füße nicht schwanken, wenn es gilt, auf Leben und Tod zu kämpfen. Nun, das, was auf den Fall der ungarischen Räterepublik folgte, der feige, niederträchtige Verrat der ungarischen Sozialdemokratie, die sich jetzt als Feigenblatt der Regierung Horthys hergibt, ohne daß die Kunfy und Weltner vor aller Welt mit ihr brechen, das wird die ungarischen Proletarier ein für allemal von allen Illusionen über die ungarische Sozialdemokratie kurieren. Das wird ihnen zeigen, daß es nur eine Partei gibt, die gewillt ist, bis zum letzten Tropfen Blutes zu kämpfen, die Partei des Kommunismus. Und wie der Fehler der ungarischen Kommunisten, den Szántó hier offen darlegt, so ist der Verrat der ungarischen Sozialdemokratie geeignet, weit über die Grenzen Ungarns hinaus die Lehre der ungarischen Revolution zu verbreiten, die Lehre davon, daß die neue Epoche, in der es nicht um das Parlamenteln, nicht um das Diskutieren, in der es um Hals und Kragen geht, daß diese Epoche geschlossene, starke kommunistische Parteien erfordert, die das Ruder im Sturm fest in der Faust zu halten wissen. Das Buch Szántós wird den Proletariern in der Welt nicht nur über die Geschicke der ungarischen Revolution erzählen, es wird dank seiner Wahrhaftigkeit ihnen zum Berater dienen und diese Wahrhaftigkeit in der Untersuchung der eigenen Fehler, die das Buch Szántós auszeichnet, ist ein Kind derselben Entschlossenheit, die den ungarischen Kommunisten das Schwert der Diktatur am 22. März in die Hand drückte, sie ist die Fortsetzung ihrer Kämpfe. Sie ist nicht weniger wert, als der Opfermut der Besten, die für die

ungarische Räterepublik gefallen sind. Und das kämpfende Weltprolelariat wird den ungarischen Kommunisten für ihre Wahrhaftigkeit ebenso zu Dank verpflichtet sein, wie es ihnen Dank für ihren Mut schuldet.

Brüderlichen Gruß Béla Kun und den ungarischen Kommunisten.

Berlin, am 12. Januar 1920.

Karl Radek.

Vorwort des Verfassers.

Der erste Teil der vorliegenden Arbeit, die Vorgeschichte der Rätediktatur, wurde teils vor der Errichtung der Rätediktatur im Sammelgefängnisse, teils während der Rätediktatur selbst geschrieben. Als Volkskommissar für Kriegswesen durch die Organisierung der Roten Armee mit Arbeiten überhäuft, konnte ich aber nicht an die Drucklegung schreiten. Auch der zweite Teil enthält so manches, das für Vorträge während der Rätediktatur bereits in Aufzeichnungen vorlag, so daß nach dem Sturz der Rätediktatur es mich nicht allzu große Mühe kostete, diese Broschüre für die Uebergabe an die Oeffentlichkeit in Kürze fertig zu stellen.

Das Proletariat der ganzen Welt ist über die Entstehung der Rätediktatur und über die Rätediktatur in Ungarn selbst, besonders aber über die Ereignisse und Ursachen des Sturzes im unklaren. Möge das Weltproletariat aus den ungarischen Erfahrungen Lehren ziehen, damit ihm die großen Opfer, die das ungarische Proletariat in seinem Befreiungskampf gebracht, erspart bleiben.

Nachdem ich Berlin plötzlich zu verlassen gezwungen bin, obliegt die Drucklegung dieser Broschüre meinen Berliner Freunden.

Berlin, Ende August 1919.

Der Verfasser.



I.

Revolutionäre Bewegungen im Jahre 1918.

Die russische Revolution, insbesondere die Oktoberrevolution, übte eine enorme Wirkung auf das ungarische Proletariat aus. Das gierige und habsüchtige Auftreten der Zentralmächte in Brest-Litowsk bewog die Arbeiterschaft zur unmittelbaren Aktivität.

Nieder mit dem Kriege!
Wir wollen den Frieden!
Hoch das russische Proletariat!

Dies waren die Losungsworte des ungarischen Proletariats im Januar 1918. Mit diesen Losungsworten trat die Arbeiterschaft in den Streik und eröffnete damit die Reihe ihrer revolutionären Bewegungen.

Die Masse war revolutionär. Dies bedeutete jedoch nur einen unbewußten revolutionären Instinkt der Unterdrückten, da die Führer von den Massen durch eine ungeheure Kluft getrennt waren. Die Führer waren in den Sumpf des Wilson'schen Imperialismus hinabgesunken, die Masse dagegen wollte den Klassenkampf, stand jedoch ohne revolutionäre Führer da. Es war niemand da — wie es überhaupt in der ungarischen Arbeiterbewegung, als in einer rein gewerkschaftlichen Bewegung, nie jemand gegeben hat, der mit revolutionärem Zersetzungswillen sich an die Spitze der Massen zu stellen gewollt hätte.

Auch dieser Streik entbrannte ohne Wissen und Wollen der sozialdemokratischen Parteileitung. Die Parteileitung war jedoch bestrebt, die revolutionäre Manifestation der Massen, die sich nach dem Klassenkampf sehnten und den Klassenkampf wollten, auf die schiefen Geleise der Demokratie umzuleiten.

Nieder mit dem Kriege!
Wir wollen den Frieden!
Hoch das russische Proletariat!

Mit diesen Losungsworten trat die Arbeiterschaft in den Streik, die Führer jedoch bemühten sich, den Massen einen Dämpfer aufzusetzen, die Losungsworte abzustumpfen, und wie immer warfen sie auch jetzt die Forderung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in die Massen.

Der revolutionäre Trieb fasste aber viel tiefere Wurzel in den Reihen der Arbeiterschaft, als daß die Führer nach dem Verrate am Klassenkampf die Massen auch noch weiterhin hätten beherrschen können. Nachdem die Regierung das Militär aufmarschieren, die Straßen mit Kanonen und Maschinengewehren hatte belegen lassen, versprach sie die Schaffung eines demokratischen Wahlrechts, womit sie zwar die Führer, jedoch keineswegs die Massen zufriedenstellte. Die Leitung der sozialdemokratischen Partei wandte eine beispiellose Kraftentfaltung an, um die Massen in die Fabriken und Werkstätten zurückzutreiben. Der mit revolutionärem Schwunge auf das ganze Land sich erstreckende Streik war nach dreitägigem Kampf gebrochen. Die Führer stürzten ihn; was jedoch einen hohen Preis kostete: die Parteidisziplin, die die Führer stets über die Proletarierinteressen stellten, war zerfallen, sie beherrschte nicht mehr die Massen. Die größten Fabriken befolgten nicht mehr die Weisungen der Parteileitung, die Mitglieder und sonstigen Delegierten der Parteileitung wurden nicht angehört, sondern oft angegriffen und davongejagt. Auf einen Erfolg konnte aber diese Massenaktion nicht mehr rechnen. Die erste revolutionäre Kraftanstrengung des ungarischen Proletariats schlug fehl, erwies sich als zu schwach.

Die Parteileitung konnte jedoch die Niederlage, die die Parteidisziplin, ja noch mehr die eigene Autorität erlitten hatte, nicht verwinden. Sie leitete einen Rachefeldzug gegen alle ein, die bestrebt waren, den Willen zum revolutionären Klassenkampf in den Massen zu erwecken und zur Entfaltung zu bringen. In der „Népszava“ erschienen schmähende und auch denunzierende Artikel — auch Broschüren — die der reaktionären Regierung Wekerle-Vazsony zu den eingeleiteten politischen Verfolgungen reichliches Material lieferten. Sie rüstete zu einer gründlichen Reinigung. Sie entschloß sich, die Partei von allen jenen zu befreien, nach deren Ueberzeugung die politischen Handlungen der Parteileitung den Interessen des Proletariats zuwiderliefen. Um sich auch eine moralische Grundlage zu schaffen, legten die Parteivorstandsmitglieder ihre Mandate nieder,

welcher Akt jedoch auch des allergeringsten Ernstes entbehrte. Er war allein darauf gerichtet, auf die verletzte Autorität der Parteileitung durch den — aus der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie und deren Gefolgschaft zusammengesetzten — Parteikongreß ein Schönheitspflaster zu verschaffen. Der unerhörte Terrorismus, der damals in der Partei einsetzte, führte auch zum Ziele. Die Parteileitung wurde einstimmig wiedergewählt.

Wenn auch nicht die Arbeiterschaft, so war doch die Bourgeoisie glücklich, die in diesen kritischen Tagen sehr beängstigt war. Die Bourgeoisblätter lieferten lobende Artikel über die Parteileitung. Für die Stimmung dieser Tage und besonders für die der Bourgeoisie mag als bezeichnend erwähnt werden, daß, als König Karl in der dem Streik folgenden Woche nach Budapest kam, er von den zu seinem Empfang erschienenen Notabilitäten nur den Oberstadthauptmann ansprach und sich von ihm über die Stimmung innerhalb der sozialdemokratischen Partei Bericht erstatten ließ. Der Polizeipräsident meldete dem König, daß in der letzten Zeit in die Reihen der sozialdemokratischen Partei gewisse Umstürzler sich hereingedrängt hätten, denen es gelungen sei, die Massen aufzureizen, die Parteidisziplin und die Autorität der Parteileitung zu untergraben, so daß die Parteileitung in die Hände des zu diesem Behufe bereits einberufenen Parteikongresses ihr Mandat zurücklegen werde. Der König schenkte der Meldung des Oberstadthauptmannes große Aufmerksamkeit und gab, wie dies die Blätter mitteilten, der Hoffnung Ausdruck, daß es vielleicht den besonnenen Elementen in der Partei doch gelingen werde, die Oberhand zu gewinnen und die Parteileitung wiederzuwählen.

Seine Hoffnung wurde nicht getäuscht! Die Regierung wieder schritt zu Maßnahmen, um derlei Ordnungsstörungen innerhalb der sozialdemokratischen Partei für die Zukunft unmöglich zu machen. Verfolgungen und Verhaftungen setzten ein. Die Vertreter der revolutionären Richtung beim Streik, jene, die die Schaffung von Arbeiterräten anstrebten, wurden ins Gefängnis gesteckt. Die Organisation der Privatangestellten, deren Generalversammlung einer Resolution zugestimmt hatte, worin sie die Schaffung von Arbeiterräten für notwendig erklärte, damit das Proletariat die politische Macht an sich reiße — und zur Zerstörung des Kapitalismus und zum Aufbau des Sozialismus schreite, wurde von der Regierung aufgelöst. Und so ging es weiter.

Nachdem die Partei so die Ordnungsstörer los war, wurde ihre „demokratische“ Politik nicht mehr gestört. Es herrschte Ordnung. Eine friedliche Ordnung. Die Parteileitung störte nicht die Ruhe der Massen mit revolutionären Lehren oder etwa mit revolutionären Aktionen, die Massen hingegen sahen mit abgestumpfter Gleichgültigkeit den Treibereien um das parlamentarische Wahlrecht zu.

Diese Stille erwies sich jedoch als eine Stille vor dem Sturm. Im Juni tauchten Differenzen zwischen der Arbeiterschaft und der Leitung der staatlichen Maschinenfabrik auf, die bereits stark zugespitzt waren. Die Austragung der Differenzen übernahm nach altem magyarischen Brauch der Kommandant der in der Fabrik untergebrachten Brachialgewalt. Er ließ einige Salven abfeuern und Tote und Verwundete bedeckten die Erde. Die Arbeiter strömten aus der Fabrik, auch die Arbeiter der anstoßenden Fabriken legten die Arbeit nieder, die Nachrichten von den Gewalttätigkeiten der Gendarmerie und das Losungswort des Streiks verbreiteten sich in der Stadt wie ein Lauffeuer. Nach Ablauf von wenigen Stunden veränderte sich das Bild von Budapest, es ruhten die Fabriken, die Straßenbahn verkehrte nicht, und es erschienen keine Blätter. Der Streik griff auch auf die Provinz über. Der Generalstreik im Lande war allgemein.

Die revolutionäre Atmosphäre war wieder geschaffen. Die Arbeiterschaft stand jedoch ohne revolutionäre Führer da. Die Parteileitung, anstatt mit revolutionärer Zielsetzung sich endlich an die Spitze der Massen zu stellen, überließ die Arbeiterschaft ganz sich selbst. Im Januar strengte sie die rasche Liquidierung des Massenstreiks an und stumpfte so seinen revolutionären Charakter ab, jetzt hingegen verhielt sie sich passiv, was noch mehr die Lahmlegung der revolutionären Kräfte bedeutete. „Wir mischen uns in den Streik nicht ein, wir lassen uns nicht wieder beschimpfen, die Arbeiter sollen nur streiken, bis sie es satt bekommen“. Dies war allgemein der Standpunkt in den Kreisen der Parteileitung. Inzwischen verhaftete aber die Polizei massenhaft sowohl die Betriebsvertrauensleute, als auch jene Mitglieder einzelner Gewerkschaftsleitungen, jene, die aktiv Mitwirkende am Streik waren. Die Arbeiter hingegen wurden massenhaft zum Militär eingezogen, um an die Front geschickt zu werden. Der Streik jedoch dauerte unerschütterlich fort, trotz der Brutalitäten, die gegen die Straßenbahner begangen wurden. Es gelang der Regierung einige Streikbrecher unter ihnen zu werben,

doch mußten auf den einzelnen Tramwaywagen vier Soldaten mit aufgepflanzten Bajonetten die Sicherheit der Dienstleistenden bewachen. Am vierten Tage wurden auch schon die Zeitungen gedruckt, die Straße gewann allmählich ihr alltägliches Gesicht wieder. Der Handelsminister Szterényi hielt im Abgeordnetenhause eine wütende, scharfmacherische Rede, griff die Arbeiterschaft an und bedrohte sie mit dem „Niedertreten". Die Parteileitung entschloß sich endlich, in die Aktion zu treten, um die von Herrn Szterényi ausgesprochene Gefahr zu vereiteln. Und mit vollem Erfolg! Die Regierung versprach nämlich, die Gendarmerie-Brachialgewalt durch Militärformationen in den Fabriken abzulösen. Das war alles!

Der acht Tage lang geführte heroische Kampf endete mit einer vollständigen Niederlage der Arbeiterschaft. Die Erbitterung unter der Arbeiterschaft war eine ungeheure. Ihre revolutionäre Kraftanstrengung war abermals erfolglos geblieben, und die besten ihrer Vertrauensleute schmachteten entweder im Gefängnis oder wurden an die Front geschickt.

Die Erbitterung wurde jedoch bald durch die Nüchternheit abgelöst. In den breitesten Kreisen der Arbeiterschaft begann allmählich die Ueberzeugung Platz zu greifen, daß die Politik der sozialdemokratischen Partei und die Haltung der Parteileitung nicht geeignet seien, eine revolutionäre Orientierung vorzunehmen. Die Partei war in die alltägliche Realpolitik und mit dem zur Erkämpfung eines demokratischen Wahlrechts mit bürgerlichen Parteien gebildeten Block zu sehr verwickelt, als daß sie eine revolutionäre proletarische Politik zu verfolgen imstande gewesen wäre. Die Ernüchterung der Massen wurde auch dadurch beschleunigt, daß die Blockpolitik der Partei scheiterte und durch das Parlament ein vom Grafen Stefan Tisza diktiertes, völlig reaktionäres Wahlrecht geschaffen wurde. Die Politik der Partei geriet so in eine Sackgasse. Nach rechts wurde sie unmöglich, nach links hingegen machtlos. Sie genoß nicht mehr das Vertrauen der Massen, besonders nicht das Vertrauen ihrer revolutionären Oberschichten.

Am Vorabend der Revolution begann allmählich die Parteileitung aus der proletarischen Bewegung ausgeschaltet zu werden. Die revolutionären Kräfte waren schon angesammelt, die Arbeiterschaft der größeren Fabriken stellte unter sich eine direkte Verbindung her. Die geheimen Zusammenkünfte und Beratungen wurden zu

etwas Ständigem, die Umrisse einer selbständigen proletarischen Politik begannen hervorzutreten. Dieser Prozeß wurde auch durch die ständigen Meutereien bei den einzelnen Ersatzbataillonen gefördert. Auch die Fahnenflucht nahm größere Dimensionen an. Die Standgerichte bekamen viel zu tun. Die Verpflegung der Soldaten wurde von Tag zu Tag schlechter und fast unerträglich. Die Streiks, besonders die wilden Streiks, folgten einer nach dem andern. Aus dem Felde häuften sich die Berichte, daß die Disziplin unter den Soldaten völlig versage und die Unzufriedenheit im Anschwellen sei.

So war die Situation und Stimmung, als wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Nachricht kam, daß Bulgarien aus den Reihen der kriegführenden Mittelmächte ausgeschieden sei und sich der Entente auf Gnade und Ungnade ergeben habe.

Noch immer hätte die sozialdemokratische Partei Gelegenheit gehabt zu einer revolutionären, proletarischen Politik; sie war jedoch dermaßen in dem Wilson'schen imperialistischen Pazifismus versunken, daß sie ohnmächtig und einfältig zusah, wie die Ereignisse sich überstürzten und wie Wellen über ihrem Kopf zusammenschlugen.*

Die Gruppe der revolutionären Arbeiter wurde von Tag zu Tag stärker. Immer neue Fabriken schlossen sich an und sandten ihre Vertreter zu den Beratungen. Es entstand ein loderndes politisches Leben in den Reihen der Arbeiterschaft. Das Geständnis der Zentralmächte im Monat Oktober, daß sie den Krieg verloren hätten und die Entente um einen Frieden ansuchten, befestigte den ungeheuren Einfluß der revolutionären Gruppe in den Fabriken.

Die politischen Ereignisse jagten einander, was die Entwicklung und Kräftigung der revolutionären Stimmung der Arbeiterschaft noch weiter förderte. Die Arbeiter der größten und führenden Fabriken gehörten zumeist schon der revolutionären Gruppe an,

---

*Zu dieser Zeit starb Erwin Szabó, der marxistische Lehrmeister der ungarischen Arbeiterschaft. Die „Népszava" widmete seinem Tode zwar einen Nekrolog, er wurde jedoch nicht als ein Toter der Partei betrachtet. Bourgeois-Gelehrte bemühten sich um sein Grab, sie besorgten seine Bestattung. Die Arbeiter jedoch eilten massenweise zu seinem Grabe, die meisten Fabriken sandten ihren Kranz auf den Sarg des durch die Parteileitung ausgestoßenen Revolutionärs; in vielen Fabriken ruhte während seiner Bestattung die Arbeit und es wurden die großen Verdienste des Verstorbenen gewürdigt.

als einerseits die Nachricht vom Matrosenaufstand in Pola und von der revolutionären Gärung der Soldaten an der italienischen Front bekannt wurden, andererseits aber zuhause plötzlich eine Regierungskrise entstand.

Regierungskrise! Auf sie wartete, sie beschleunigte die sozialdemokratische Partei seit dem Scheitern der Blockpolitik. Hierauf konzentrierte sie ihre ganze Kraft, um wieder eine Rolle in der „großen Politik“ zu bekommen und spielen zu können. Daß jene Politik, welche die Partei verfolgte, keine proletarische Politik war, daß die Masse immer mehr nach links, die Partei hingegen sich rapid nach rechts bewegte, hat die Parteileitung gar nicht bemerkt, es kümmerte sie wenig, wie sie auch die revolutionäre Stimmung und die Bedürfnisse der Massen, noch weniger deren Weiterentwicklung interessierte. Nicht auf Konzentrierung und Organisierung der proletarischen revolutionären Energien, sondern auf die Lösung der Regierungskrise warf sich die Partei mit aller Kraft. Sie betrachtete die Krise als eine Regierungskrise und nicht als eine Krise des Staates. Sie sah nicht, daß nicht die Regierung, sondern der Staat selbst es war, der in eine Krise geriet. Er geriet in der ganzen Welt in eine Krise, aber die Partei hatte, so wie bisher, auch jetzt nicht die Fähigkeit, sich den Ereignissen der Welt einzufügen. Sie sah nicht, sie bemerkte nicht, daß dem internationalen Kapitalismus die Fähigkeit fehlte, die Lastprobe des Weltkrieges zu ertragen und daß die Krise eine Krise des internationalen Kapitalismus war, die ihre Wellen hierher schleuderte.

Die bürgerlichen Parteien kämpften miteinander einen „gigantischen“ Krieg. Die feudal-klerikal-reaktionären Parteien schlossen sich schnell zu einer festen Gruppe zusammen und nahmen den Kampf mit dem wiedererwachten demokratischen Block auf, dem auch die sozialdemokratische Partei angehörte. Beide Gruppen kämpften natürlich um die Regierungsgewalt. Die Bourgeois-Intelligenz und die nicht klerikalen Teile der Bauernschaft mit dem demokratischen Block an der Spitze strebten die Ministerpräsidentschaft des Grafen Michael Karolyi an. Die feudal-klerikal-reaktionäre Gruppe hingegen bot alles auf, um den demokratischen Block zu sprengen. Die sozialdemokratische Partei wollte sie aus ihm herausspringen lassen. Sie baute ihre Hoffnung darauf, daß der reaktionären Gruppe auch Wilhelm Vazsonyi, der Führer der

städtischen Krämer, angehörte, dessen intime Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei allgemein bekannt waren, den doch die „Népszava“, das Zentralorgan der Partei, eben in diesen kampflustigen Tagen gegen die eigenen Verbündeten, gegen die bürgerlich radikale Partei energisch verteidigte. Die Intriguen der Parteien gegeneinander erreichten ihren Höhepunkt. Die Parteiführer, die bedeutenden, ebenso wie die unbedeutenden, wurden alle zur Audienz zum König berufen. Der König befragte und hörte jeden an, nur die Sozialdemokraten nicht, woraus sich der sozialdemokratische Block ein großes Kapital schmiedete. Seine Presse brachte lobpreisende Artikel über die Sozialdemokraten, würdigte das hohe Wissen und die politische Schulung ihrer Führer. Sie wies nach, daß diese Krise, wenn man einem großen „nationalen Unglück“ vorbeugen wolle, ohne die Mitwirkung der sozialdemokratischen Partei nicht zu lösen sei. Es wurde daher das Losungswort aufgestellt: „Die Sozialdemokraten sollen zum König berufen werden“. Zwischen den zwei Blockgestaltungen entsprang hieraus ein neues Wettrennen. Den Sieg trug der demokratische Block davon: die zwei sozialdemokratischen Führer Garami und Kunfi wurden zum König zur Audienz berufen.

Was in den Kämpfen der Parteien miteinander und in der politischen Arena darauf folgte, kann höchstens noch den Chroniker interessieren, die Lösung der Krise nahm nunmehr die Masse selbst in die Hände. Eben deshalb durfte in den damaligen Tagen vielleicht, aber heute keineswegs eine Bedeutung der Tatsache beigemessen werden, daß der König unter dem Vorwande, weitere politische Beratungen zu pflegen, den Grafen Michael Karolyi von Budapest nach Wien mit sich nahm, wo er ihn isolierte und den ganzen Tag warten ließ, um ihn am Abend wieder zu verabschieden, er möge sich nach Budapest zurückbegeben, wo Erzherzog Joseph als „homo regius“ (Vertrauensmann des Königs) die weiteren politischen Entwirrungsberatungen zu führen beauftragt sei. Wie es sich später herausstellte, diente die ganze Komödie mit dem Grafen Karolyi lediglich dem Zwecke, ihn von der auf jenen Tag in Budapest einberufenen Massenversammlung fernzuhalten.

Die Gruppe der revolutionären Arbeiter war in diesen erregten und heißen Tagen tüchtig an der Arbeit. Sie sammelte die Kräfte, bereitete sich auf eine, von der Politik der sozialdemokratischen Partei ganz unabhängige selbständige Aktion vor.

Am Abend des 28. Oktober war in Budapest eine große Demonstration angekündigt. In den Klub-Lokalitäten der Karolyi-Partei kostituierte sich zur selben Zeit der Soldatenrat, der noch an diesem Abend die Verbindung mit der revolutionären Gruppe der Arbeiter herstellte. Die Stimmung der Straße war bereits völlig revolutionär. Die Masse beabsichtigte, sich von der Pester Seite hinüber nach Ofen in die Festung zu begeben, um vor der Wohnung des „homo regius“ Erzherzog Joseph zu demonstrieren. Vor der Kettenbrücke versuchte die Masse, den aus Polizei und Militär gebildeten Kordon zu durchbrechen, das Militär gab nach, öffnete den Weg, die Polizei hingegen feuerte vier Salven ab, und die Erde wurde mit Toten und Verwundeten bedeckt. Die Erbitterung der Arbeiter gegen die Polizei war unbeschreiblich. Die Arbeiter der Waffenfabrik sprengten am nächsten Tag die Waffendepots der Fabrik und bewaffneten sich. Die der revolutionären Gruppe angeschlossenen Arbeiter der übrigen Fabriken waren zumeist schon bewaffnet. Die sozialdemokratische Partei kümmerte sich hierum recht wenig, schwamm weiter in der Politik des demokratischen Blocks, welcher, nachdem mit der Bildung des Kabinetts nicht Graf Karolyi, sondern Graf Johann Hadik, einer der Führer des feudal-klerikalen-reaktionären Blocks durch den König betraut wurde, zwecks Sammlung der „nationalen Kräfte“ den „Nationalrat“ konstituierte. Die erste öffentliche Tätigkeit des Nationalrats bestand darin, daß er eine Deputation, in der auch die Parteileitung der sozialdemokratischen Partei vertreten war, in die Waffenfabrik entsandte, um die Arbeiter zur Rückgabe der Waffen zu bewegen, jedoch erfolglos! Die antirevolutionäre Haltung der sozialdemokratischen Partei charakterisiert dieser Vorgang in bezeichnender Weise. Die Führer der Partei hatten das Empfinden, schon fest im Sattel zu sitzen. Die Macht im Lande lag scheinbar bereits in den Händen des Nationalrats, der aber deshalb vor der Bewaffnung der Arbeiter zurückschreckte, die eine größere Macht repräsentierten, als ihnen der Nationalrat zusprach. Sie handelte daher wie die Bourgeoisie in den Revolutionen stets zu handeln pflegte wie Engels*) sagt: „Sobald daher die am Ruder befindlichen Bourgeois-Republikaner

---

*) Engels: Einleitung zu Marx „Der Bürgerkrieg in Frankreich“, Seite 7, (Verlag: Aktion, Berlin 1919.)

einigermaßen festen Boden unter den Füßen spürten, war ihr erstes Ziel, die Arbeiter zu entwaffnen." Sie entschlossen sich jedoch etwas zu früh zu diesem Schritt. So fest war der Boden noch nicht unter ihren Füßen, soweit waren sie noch nicht die Herren der Situation.

Die Polizei wurde von der Regierung beauftragt, Hausdurchsuchungen in den Wohnungen der Arbeiter der Waffenfabrik vorzunehmen. Große Geld- und Dienstbelohnungen wurden den Mitwirkenden in Aussicht gestellt, aber die Polizei zitterte wegen des Blutbades am vorherigen Tage vor der Rache der Arbeiter, verweigerte den Gehorsam und schloß sich dem Nationalrat an. Der Nationalrat schreckte vor dem Schatten seiner eigenen Größe zurück, was die folgenden zwei Episoden am besten charakterisieren:

Als am späten Abend drei Beauftragte der Gruppe der revolutionären Arbeiter sich zum Nationalrat in das Hotel Astoria begaben, begegnete ihnen im Stiegenhause Graf Michael Karolyi, der dem in ihrer Gesellschaft sich befindlichen bürgerlichen Journalisten den Anschluß der Polizei an den Nationalrat geradezu verzweifelnd mitteilte und mit den Worten schloß: „Was sagst Du dazu? — Erschreckend! — Wohin wird sich das noch entwickeln?" Und der arme Karolyi ging mit grimmigem Gesicht weiter. Die Beauftragten der Arbeiter konnten die Verzweiflung Karolyis im Momente nicht verstehen, doch ließ die Aufklärung nicht lange auf sich warten. Oben im Saale eilten ihnen Martin Lovaszy — der später Karolyi zu allererst im Stiche ließ und ihn wegen seiner radikalen Politik bekämpfte — in Gesellschaft mit Desider Abraham, dem späteren Präsidenten der gegenrevolutionären Regierung in Szegedin, entgegen und, über die Bewaffnung der Arbeiter ganz verzweifelt, sprach er sie an: „Um Gottes Willen, meine Herren, ich bitte Sie, auf der Hut zu sein, damit es nicht zu einem Zusammenstoß komme! Denn die Verantwortung dafür würde ich nicht übernehmen!"

So verzweifelt war die Stimmung, so beängstigt war der Nationalrat vor einer Revolution. Denn sie wollten keine Revolution, sie wollten nicht die mit der Monarchie verbündete Macht des Klerus und die der Feudal- und Finanzoligarchie in den Wurzeln vernichten, sie wollten nur die Regierungsmacht!

Die Gruppe der revolutionären Arbeiter ging mit dem Soldatenrat gemeinsam fleißig an die Arbeit. Der 30. Oktober verlief in reger Arbeit. Die Verbindung zwischen der revolutionären Gruppe

und den Kasernen wurde noch mehr gefestigt. Sie waren vollständig gerüstet. Der Nationalrat jedoch dachte nicht an den Kampf. Er zögerte und dachte an Aufschub, denn er war der Hoffnung, daß der König mit Rücksicht auf die Entwirrungsschwierigkeiten des Grafen Hadik und auf die überhitzte Stimmung der Straße sich doch dahin entschließen werde, den Grafen Karolyi mit der Kabinettsbildung zu betrauen. Die Verzweiflung des Nationalrats über die Situation war jedoch vergebens, die Ereignisse konnten nur mehr gelenkt, aber nicht in das Strombett zurückgetrieben werden.

Schon am Nachmittag liefen Nachrichten ein, daß das Armee-Oberkommando die revolutionären Bataillone aus Budapest fortschaffe. Am Abend zog eine demonstrierende Masse auf der Rákoczystraße auf, sang revolutionäre Lieder und wurde immer größer und größer. Auf dem Elisabethenring, auf der Andrassystraße bis zum Gisaellaplatz schlossen sich Tausende und Tausende von Zivil- und Militärpersonen an. Die Menge zog von hier bis vor das Hotel „Astoria“. Bald darauf wurde die Mitteilung gemacht, daß weitere zwei Kompagnien abkommandiert würden, die am Ostbahnhof einwaggoniert werden sollten.

„Zurück mit ihnen!“ lautete der Befehl des Soldatenrats.

Die Sitzung des Nationalrats war zu Ende, die Mitglieder zerstreuten sich, in den Lokalitäten hielt sich kaum noch jemand auf. Nur einige, die auf die Vorgänge am Ostbahnhof warteten, waren noch anwesend. Plötzlich erschollen die Töne revolutionärer Lieder auf der Rakoczystraße. Die erste Marschkompagnie war nicht mehr zu erreichen, doch die zweite verweigerte den Gehorsam und zog von einer großen Menge begleitet, vor das Hotel „Astoria“.

Es war schon gegen Mitternacht, die Straße jedoch noch voll von Menschen. Die Masse jubelte. Die Soldaten feuerten Freudenschüsse ab. Die Kompagnie wurde geteilt und erhielt den Befehl zur Besetzung der zwei Telephonzentralen. Um ein Uhr nachts wurde nur für den Nationalrat geschaltet.

Die Mitglieder des Nationalrates wußten nichts von diesen Ereignissen. Sie begaben sich fast alle zur Ruhe, und mußten einer nach dem andern aus ihren Betten herausgeholt werden, wollten aber den Mitteilungen nicht Glauben schenken. Das Mitglied des Nationalrates Ladislaus Fényes — der nur allzufrüh zur Gegenrevolution zurückkehrte — erzählt selbst, er habe während

des Ankleidens darüber nachgedacht, ob nicht in einer Stunde anstatt der Kravatte der Strick der Henker des Feldmarschalleutnants Lukásies um seinen Hals liegen würde.

Es waren schon einige Mitglieder des Nationalrats eingetroffen, als ein Zug das Platzkommando besetzte, die Wache entwaffnete, den Stadtkommandanten mit dem Generalstab gefangen nahm und alle in das Hotel „Astoria" einlieferte. Die Mitglieder der Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei trafen auch ein, es wurde beschlossen, der Arbeiterschaft den Ausbruch der Revolution in einer Proklamation anzukündigen, sie zum Anschluß aufzufordern und ihr die Aufrechterhaltung der Ordnung als proletarische Pflicht aufzuerlegen.

Es regnete die ganze Nacht. Vor dem Hotel „Astoria" wimmelte eine große Menschenmenge. Die wichtigen öffentlichen Gebäude, Kasernen, Militärverpflegungsmagazine, Bahnhöfe, Brücken gingen in die Hände des Nationalrats über.

Und die Stadt schlief ruhig weiter. Erst am Morgen wurde es durch die Blätter bekannt, daß das System, das die ganze arbeitende Menschheit in den Dienst des Menschenschlachtens stellte und versklavte, durch die Gehorsamsverweigerung einer einzigen Feldkompagnie zusammengestürzt, zerschmettert und zertrümmert worden war. Keine Lebenskraft, keinen inneren Trieb hatte es mehr. Zum Widerstand, zur Verteidigung war es bereits unfähig. Ja nicht einmal einen Gewehrschuß versuchte es zur Rettung seiner Macht.

Die Soldaten entfernten ihre Abzeichen, man steckte sich in das Knopfloch eine Herbstrose — das war alles . . .!

II.

Vom Zusammenbruch der Monarchie bis zur Errichtung der Republik.

Gegen Morgen des 31. Oktober waren die Lokalitäten des Nationalrates bereits gefüllt. Die Menschen drängten sich dort zusammen. Ein Widerstand war nicht zu merken, die feigen Bourgeois, die Gentries ohne Karriere und die Sozialdemokraten kokettierten herum als „große Revolutionäre". Die ganze komische Situation charakterisiert am besten ein Gespräch, das ein Mitglied

des Nationalrates am Morgen mit seiner Frau telephonisch führte:

Mein liebes Kind, sprach er sie an, in der Nacht war Revolution, aber sie ist schon zu Ende. Rege Dich nicht auf, kannst ruhig weiter schlafen.

Auf einmal klingelt das Telephon. Ministerpräsident Graf Hadik bittet den Grafen Karolyi zum Gespräch. Die beiden Widersacher begrüßen einander freundlichst, Karolyi gibt Hadik ein Situationsbild, worauf auf Ansuchen von Hadik, Karoliy sich bereit erklärt, mit zwei Mitgliedern des Nationalrates binnen einer Stunde vor dem Erzherzog Joseph zu erscheinen, um mit ihm über die Kabinettsbildung Beratungen zu pflegen.

Was soll denn das bedeuten? Das feudal-klerikal-reaktionäre System ist doch durch seine innere Impotenz zusammengebrochen, die Macht ist bereits durch das Recht der Revolution in den Händen des Nationalrats konzentriert und Graf Karolyi, der Führer der Revolution, verhandelt über die Kabinettsbildung mit dem Erzherzog Joseph.

Und die sozialdemokratische Partei, die nach ihrem Programm doch eine antimonarchistische Partei sein soll, ließ sich bei diesen Beratungen mit dem Erzherzog durch ein Mitglied vertreten!

Die Unterhändler waren von der Liebenswürdigkeit und Zuvorkommenheit des Erzherzogs völlig entzückt. Sie fühlten sich glücklich, ihr Sieg war vollständig, der Erzherzog als „homo regius“ ließ den Grafen Karolyi zum Ministerpräsidenten ernennen.

Die Konstituierung des Kabinetts ging rasch vor sich, die sozialdemokratische Partei wurde mit zwei Portefeuilles beteiligt. Der König bestätigte die Zusammensetzung des Kabinetts, worauf dessen Mitglieder den Treueid auf den König in die Hände des Erzherzogs leisteten.

Die Enttäuschung der Arbeiterschaft war unbeschreiblich. Doch auch ein Teil des Bürgertums protestierte. Die Gruppe der revolutionären Arbeiter berief für den nächsten Tag eine Protestversammlung auf dem Tisza-Kalman-Platz ein. Trotz des strömenden Regens war die Versammlung sehr gut besucht. Nach der Versammlung zogen die Arbeiter vor das Sekretariat der sozialdemokratischen Partei, wo sie den Sturz der Habsburger und die Errichtung der Republik forderten.

Die sozialdemokratische Partei geriet auf diese Art in eine Klemme. Ihre Minister leisteten den Eid auf den König, die Masse dagegen setzte sich für die Republik ein! Allerdings eine unangenehme Situation, die Masse jedoch übte auf die Minister einen ungeheuren Druck aus. Widerstand zu leisten wäre vergebens gewesen.

Endlich wurde eine Lösung ausgeklügelt. Durch den Erzherzog Joseph baten die Minister den König, er möge sie des geleisteten Treueides entbinden, denn sie beabsichtigten, auf die Republik zu schwören! Und der König kam ihrer Bitte zuvorkommend nach.

Das Kabinett leistete sodann den Eid auf den Nationalrat, die Ausrufung der Republik wurde aber auf eine spätere Zeit verschoben.

Die Eidesleistung ging unter großen Feierlichkeiten vor sich. Der sozialdemokratische Minister Kunfi hielt eine große Rede, in der er für eine Geduldfrist auf die Dauer von sechs Wochen für die Regierung eintrat. Dann führte er aus: Es fällt mir schwer, mir, dem überzeugten Sozialdemokraten, zu sagen, aber ich sage doch, daß wir mit den Mitteln des Klassenhasses und des Klassenkampfes nicht handeln wollen. Und wir stellen die Forderung an alle, daß sie, die Klasseninteressen ausschaltend, die konfessionellen Gesichtspunkte in den Hintergrund drängend, uns in der großen Arbeit unterstützen."

Die Bourgeoisie war glücklich, der Arbeiterführer — wenn auch nur auf sechs Wochen, aber doch — verzichtete auf den Klassenkampf. Sie war glücklich, denn sie konnte ja eine weitere Fristverlängerung erhoffen.

Die ersten Verordnungen der Regierung waren auf Sicherung der Ordnung und des Vermögens gerichtet, wodurch sie nicht nur das Vertrauen der Kapitalisten, sondern auch das des Erzherzogs Joseph erwarb. Erzherzog Joseph machte sich nämlich erbötig, den Eid auf den Nationalrat zu leisten. Der Nationalrat nahm die Geneigtheit des Erzherzogs mit Huldigung entgegen und beauftragte den sozialdemokratischen Minister Kunfi, den Erzherzog zur Eidesleistung abzuholen. Der Erzherzog erschien unter den Zeremonien der „Neuen Ordnung" mit seinem Sohne vor dem Nationalrat, wo er — der spätere Thronprätendent und das Oberhaupt des weißen Terrors — auf seinen Titel und Rang verzichtend, als ein „einfacher Bürger dieses Vaterlandes" auf den Nationalrat den Eid leistete.

Nachdem zwischen dem Nationalrate, der Regierung und dem „Allerhöchsten Herrscherhause“ die innigste Freundschaft und Eintracht entwickelt war, meldete sich die obere Geistlichkeit mit dem Fürstbischof an der Spitze zur Eidesleistung auf dem Nationalrat. Und so ging es weiter. In wenigen Tagen war das ganze klerikal-feudal-reaktionäre Ungarn im Lager des Nationalrates.

Die sozialdemokratische Partei schenkte diesem Ansammeln reaktionärer Elemente wenig Aufmerksamkeit, im Kreise der Arbeiterschaft war aber eine ziemliche Nervosität bemerkbar. Die revolutionäre Gruppe stand auch vor großen Entscheidungen. Ihre bisherige lockere Organisation mußte durch eine feste ersetzt werden.

Die Ausrufung der Republik am 16. November bot der revolutionären Gruppe den Anlass, selbständig vor die Oeffentlichkeit zu treten. Im Namen des revolutionären russischen Proletariats begrüßte nämlich Genosse Swerdlow mittels eines Funkspruches das ungarische Proletariat. Er machte es darauf aufmerksam, daß nach jeder Bourgeoisrevolution die Bourgeoisie bemüht war, das Proletariat zu beschwindeln. Nur die Fortsetzung des revolutionären Klassenkampfes und nicht den Burgfrieden könne sich das Proletariat zur Aufgabe stellen, daher forderte er zu einem energischen Kampfe gegen die Bourgeoisie auf.

Dieses Radiogramm wurde sowohl von der Regierung als auch von der sozialdemokratischen Partei verheimlicht, die revolutionäre Gruppe war aber im Besitz desselben.

Bei Ausrufung der Republik war der große Platz vor dem Parlament mit Menschen überfüllt. Sowohl Bourgeois als auch Arbeiter waren in Massen erschienen. Während der Festlichkeit wurde die Menge auf einmal auf ein Geräusch von Flugzeugen aufmerksam. Drei Eindecker ergötzten die Menge durch ihre Virtuosität. Auf einmal war eine Bewegung in der Menge bemerkbar. Die Flugzeuge warfen Flugblätter herunter. Die burgfriedliche Kundgebung wurde durch Abwerfen der zum energischen Klassenkampf auffordernden Funksprüche Swerdlows gestört. Die Flugzettel stammten von der revolutionären Gruppe, welche darin den Inhalt des Funkspruches kurz mitteilte und die Arbeiterschaft aufforderte, die Veröffentlichung des Radiogramms zu verlangen.

Die revolutionäre Gruppe hatte somit der sozialdemokratischen Partei den offenen Kampf erklärt.

Die darauf folgenden Tage verliefen in reger organisatorischer Arbeit. In der revolutionären Gruppe gab es zwei Richtungen: die eine Richtung wollte eine Opposition, einen geschlossenen linken Flügel in der sozialdemokratischen Partei bilden, die andere Gruppe hingegen strebte die Bildung einer neuen Partei an. Der ersteren Gruppe gehörten Arbeiter und im allgemeinen solche an, die in der ungarischen Arbeiterbewegung eine Vergangenheit hatten. Diese, die im Geiste der Parteieinheit aufgewachsen waren, waren der Meinung, daß eine Spaltung der sozialdemokratischen Partei nicht zweckdienlich wäre. Hier gäbe es überhaupt keine Parteiorganisation, sondern nur eine Gewerkschaftsbewegung und die Spaltung der sozialdemokratischen Partei führe — gewollt oder ungewollt — zu einer Spaltung der Gewerkschaften. Sie hielten daher fest an der Bildung eines linken Flügels innerhalb der sozialdemokratischen Partei. Die Vertreter der zweiten Richtung dagegen legten klar, daß in der Partei die Disziplin die Agitations- und Bewegungsfreiheit binde und für einen Erfolg nur wenig Aussicht biete.

Die Verhandlungen endeten mit dem Beschlusse zur Bildung eines Vereins „Erwin Szabó", der die zwei Richtungen in sich vereinigen wollte und die revolutionären Elemente zusammen zu schließen geeignet erschien.

Zu dieser Zeit kehrten aus russischer Kriegsgefangenschaft Béla Kun, Karl Vantus, Franz Jancsik, Joseph Rabinowics, Alexander Kellner und andere zurück und die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Partei wurden erneut aufgenommen. Nach der Klärung von großen prinzipiellen und taktischen Fragen konstituierte sich am 21. November 1918 die „Partei der Kommunisten Ungarns" und zugleich wurde die Gründung des Parteiorgans „Vörös Ujsag" (Rote Zeitung) beschlossen. Damit beginnt eine neue Epoche in der ungarischen Arbeiterbewegung.

III.

Auf dem Wege des Klassenkampfes.

Die neue Partei hatte sich eine große Aufgabe gestellt. Das ungarische Proletariat, das bisher nur den wirtschaftlichen, den gewerkschaftlichen Klassenkampf, den politischen aber höchstens soweit kannte, daß zwei Jahrzehnte hindurch für das allgemeine

Wahlrecht Straßendemonstrationen veranstaltet worden waren, mußte auf neue Wege geführt, zu neuen Kämpfen vorbereitet werden. Was bisher die sozialdemokratische Partei unterlassen hatte: die Verschärfung des Klassenkampfes herbeizuführen, den Haß gegen den Kapitalismus und den Bourgeoisstaat zu schüren, den Weg und die Mittel zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zu zeigen und es zur Revolution vorzubereiten — dies waren die Aufgaben der neuen Partei.

Die sozialdemokratische Partei versuchte, die Arbeiterschaft in den Dienst des Wiederaufbaus des Kapitalismus zu stellen. Die Aufgabe der neuen Partei war daher: dem Proletariat zu zeigen, daß der Kapitalismus erschüttert, zum Untergange nicht nur moralisch, sondern auch wirtschaftlich reif ist. Klassenkampf und Bürgerkrieg, das Sprengen des Bourgeoisstaates, der revolutionäre Massenkampf gegen den Imperialismus, die soziale Revolution des Proletariats, — das war das Programm der neuen Partei. Und wie die Ziele, so unterschieden sich auch die Kampfmethoden von denen der Sozialdemokraten. Die Kommunisten verlegten den Schwerpunkt nicht auf die parlamentarische Arbeit, sondern auf die Massenhandlungen des Proletariats. Massenstreiks und bewaffnete Aufstände der Arbeiter und Bauern — dies waren die Mittel der Kommunisten zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat. Nicht eine Bourgeoisrepublik, wo sämtliche Rechte der Bourgeoisie unangetastet bleiben und ihr die Möglichkeit geboten ist, die Kämpfe des Proletariats zu erschweren und die Gegenrevolution vorzubereiten, sondern die in den Räten organisierte Diktatur des Proletariats strebten die Kommunisten an, in der die Bourgeoisie von der Verwaltung völlig ausgeschlossen ist, und in der die Staatsmacht des Proletariats sich auf die Massenorganisationen der Arbeiterschaft, auf die Gewerkschaften, auf die Parteiorganisationen, Betriebs-Arbeiter-Räte und auf ähnliche Organisationen stützt. Das Klassenbewußtsein des ungarischen Proletariats zu erhalten, es von der ungebildeten, ungelehrten, korrupten und mit den Sünden des Kriegs befleckten ungarischen Herrscherklasse zu trennen, mit der es zusammengekoppelt worden war, es zum Kampf zu organisieren und das internationale Solidaritätsgefühl in ihm zu erwecken, das planmäßig getrübt worden war — das sind die Vorbedingungen des Klassenkampfes, der auch das ungarische Proletariat in die Weltrevolution des Proletariats einstellt, es mit der

russischen Rätediktatur ebenso verbindet wie mit allen jenen Gebieten, wo die Revolution noch zum Ausbruch kommen muß.

Dies waren die Umrisse des Programms der Kommunistischen Partei, das auf die Arbeiterschaft einen tiefen Eindruck ausübte. Ihre Broschüren und die „Vörös Ujság“ wurden von der Arbeiterschaft sehr freundlich aufgenommen und gern gelesen. Die Besprechungen in den Betrieben folgten eine der anderen und erweckten ein in Ungarn noch nie erlebtes Interesse: die Arbeiterschaft nahm an den Debatten lebhaften Anteil. Mit Bewunderung konnte wahrgenommen werden, welche großen intellektuellen Kräfte die ungarische Arbeiterbewegung, in der Jahrzehnte lang durch die Korruption der Partei und der Gewerkschaftsbürokratie die alten Führer die Oberhand gehabt hatten, und in der neue Talente künstlich unterdrückt worden waren, in sich barg.

Die Unfruchtbarkeit des Bestrebens der S.D.P., dem Kapitalismus wieder auf die Beine zu helfen, wurde von der Arbeiterschaft leicht erfaßt. Der Bankrott des Kapitalismus wurde ihr bald klar. Die Produktion konnte nicht in Gang gebracht werden, die Kriegsindustrie war unfähig, auf die Friedensproduktion sich einzustellen. Durch die auf Extraprofit abgezielte überspannte Leistung der Kriegsindustrie waren die Produktionsmittel völlig abgenutzt, die Maschinen zugrunde gerichtet worden. Die Wiederherstellung würde kolossale Investitionen beanspruchen, während auf eine Tilgung gar keine Aussicht war. Rohmaterial war nicht vorhanden, die Fabriken waren stillgelegt. Durch die Demobilisierung und durch Schließung von Fabriken herrschte ungeheure Arbeitslosigkeit. Außerdem sabotierten die Fabrikanten. Wenn es auch Rohmaterial und Kohle gab, wenn es auch an Bestellungen nicht fehlte, so hinderten doch die Fabrikanten die Produktion, da sie ihnen keinen Mehrwert, sondern nur Defizit brachte. Sie zogen es vor, Rohmaterial und Kohle zu verkaufen, die Maschinen zu demontieren, ganze Fabrikeinrichtungen zu verschleudern. Sämtliche Schichten der Gesellschaft, Beamte, Arbeiter usw. wandten sich hilfeflehend an die Regierung, an den Staat. Jedermann bat und jedermann erhielt: die Ausgaben des Staates stiegen plötzlich zu einer enormen Höhe an. Beinahe sämtliche Fabriken waren stillgelegt, nur die Notenpresse war arbeitete. Die Regierung konnte nicht genug Papiergeld erzeugen lassen. Damit wollte sie jeden befriedigen, da sie sonst nichts geben konnte.

Die Regierung war völlig hilflos, als sie endlich am 4. Dezember 1918 die Obmänner und Sekretäre der Gewerkschaften zu einer Konferenz berief, auf der der bürgerliche Finanzminister Paul Szende die Finanzlage folgendermaßen schilderte:

Der Krieg kostete 35 Milliarden Kronen, und somit betrugen die Schulden Ungarns zusammen mit den Schulden vor dem Kriege 40 Milliarden Kronen. Dies wäre zwar nicht ein gar so großer Uebelstand, denn er wäre mit Hilfe einer radikalen Steuerpolitik zu lösen. Was aber der Regierung große Sorge bereite, sei die Deckung der laufenden Ausgaben. Die Bezüge der Beamten und der staatlichen Arbeiter mußten stark erhöht werden, und diese Regulierung der Bezüge kostete bisher 1200—1500 Millionen Kronen. Damit seien wir aber noch nicht zu Ende, denn die endgiltige Regulierung dürfte sich auf 2—2½ Milliarden Kronen erhöhen.

In den Privatbetrieben mußten die Bezüge der Beamten und Arbeiter ebenfalls erheblich erhöht werden, und die Unternehmer erklärten, daß unter solchen Umständen, wenn ihre Betriebe keinen Nutzen brächten, die Produktion jedoch aufrecht erhalten werden müsse, der Staat die Lasten übernehmen muß. Wenn jedoch der Staat die Preiserhöhung der produzierten Artikel bewillige, dann würden sie ihre Betriebe weiterführen, denn dann wäre deren Rentabilität gesichert. Hierauf konnte natürlich erwidert werden, daß unter solchen Umständen der Staat die Betriebe zu übernehmen habe. Die Verstaatlichung der Betriebe könne aber bei den heutigen verwirrten Verhältnissen nicht vorgenommen werden. Das müsse verschoben werden.

Es sei eine Ermäßigung der Verbrauchssteuer geplant, weiter die Erhöhung des allgemeinen Einkommensteuerzuschlags, die bei einzelnen Kategorien sich bis auf 100% erhöhen dürfte, aber auch die Durchführung dieser Sache müsse auf später verschoben werden. Eine Vermögensabgabe werde zwar eingeführt werden, könne aber bei der Frage der Deckung der laufenden Ausgaben nicht in Betracht gezogen werden.

Die Abrüstung kostete dem Staate eine Milliarde Kronen.

So sei die Finanzlage des Staates. Durch die Okkupation haben sich noch die Einnahmen vermindert, sodaß man gezwungen sei, zur Notenpresse zu greifen.

Es sind an die Spitze einzelner Betriebe und ganzer Gewerbe Gewerkschaftsführer gestellt worden. Wo diese die Führung übernahmen, bewiesen sie ein solches Vorbild der Mäßigung, daß sie volle Anerkennung verdienten. Zu diesem Zwecke käme er auch zu den Gewerkschaften. Sollten die Gewerkschaften für eine weitere Mäßigung nicht eintreten, so könne die Regierung die weitere Verantwortung nicht übernehmen. Wir seien an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit angelangt, darüber hinaus gerate das finanzielle Gleichgewicht des Staates ins Schwanken, und, wenn das noch weiter andauere, so würde eine demokratische Steuerpolitik damit gänzlich unmöglich gemacht.

Der Vortrag des Finanzministers wurde ziemlich kühl aufgenommen; nach ihm ergriff der sozialdemokratische Handelsminister Ernst Garami das Wort, der erklärte, daß er mit seiner Gegenwart die volle Uebereinstimmung mit dem Finanzminister dokumentieren wolle. Es müsse den Lohnforderungen, die einen größeren Umfang angenommen hätten als notwendig, endlich eine Grenze gezogen werden. Dies zu erreichen solle die Aufgabe der Gewerkschaften sein.

Die Arbeiter waren entrüstet. Es wurde klar, daß die Regierung es nicht wagte, zur Belastung der Bourgeoisie zu schreiten, daß sie dagegen alles aufbot, um die Lohnforderungen der Arbeiterschaft zurückzudrängen, wobei sie sich der Gewerkschaften zu bedienen wünschte.

In den Gewerkschaften wuchs die Zahl der Kommunisten von Tag zu Tag, besonders bei den Eisen- und Metallarbeitern. Dort wurden sie bald so stark, daß sie als selbständige Gruppe auftreten konnten. Die Gruppe unterbreitete der Versammlung der Vertrauensmänner und Organisationsmitglieder folgenden Antrag:

1.

> Die Versammlung der Vertrauensmänner und Organisationsmitglieder der Eisen- und Metallarbeiter wolle beschliessen:
>
> Der durch den imperialistischen Weltkrieg erfolgte Zusammenbruch des Kapitalismus hat zur Folge, daß durch Stilllegung einerseits der industriellen, andrerseits der Lebensmittelproduktion die Arbeiterschaft mit der Verelendung bedroht ist. Die Stillegung der Produktion kann nur zum Teil auf den Mangel an Rohmaterialien, auf die Verwüstung der

Produktion- und Verkehrsmittel während des Krieges zurückgeführt werden, sie ist zumeist den Bemühungen der Finanzoligarchie zuzuschreiben, die die Macht der Arbeiterklasse durch ihre Aushungerung zu brechen sucht.

Die staatliche Kontrolle der Produktion kann vom Gesichtspunkte der Arbeiterschaft aus zu keinem Erfolge führen, da die „Volksrepublik" als eine veränderte Form der Herrschaft des Kapitals bürgerlich ist und der Staat bleibt, der er war: ein gemeinschaftliches Organ der besitzenden Klassen zur Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Die Arbeiterkontrolle ist das einzige Uebergangsmittel, durch das die Arbeiterklasse bis zur Ergreifung der Macht durch die Räte befähigt ist, dem weiteren Verschwendungsprozesse den Weg zu verlegen.

Mit Rücksicht darauf sind in sämtlichen Großbetrieben die Betriebskontrollräte zu organisieren, die als Machtorgane der Arbeiterschaft die Produkte der Betriebe, die Anschaffung von Rohmaterialien, die Finanzierung und den ganzen Geschäftsgang kontrollieren. Die Betriebskontrollräte sind nicht als paritätische Institutionen, sondern als einseitige Machtvertretung zu organisieren und haben nachdrücklich nicht zur Beilegung von strittigen Fragen zwischen Arbeitern und Unternehmern, sondern im Gegenteil zur Kontrolle der Produktion usw. zu dienen.

Nachdem infolge des Ausbleibens des Extraprofits der Kriegsproduktion die Unternehmer bei der Finanzierung der Unternehmungen bestrebt sind, künstliche Hindernisse in den Weg zu stellen und ein Prozeß der systematischen Entziehung und Verheimlichung der Kapitalien im Gange ist, ist zu beschließen, daß der gewesenen österreichisch-ungarischen Monarchie die Schulden der ungarischen Unternehmungen nur durch Mitwirkung der Betriebskontrollräte zu liquidieren sind und liquidiert werden können.

Die Arbeiterkontrolle bildet nur einen Uebergang zum System der Arbeiterverwaltung, dessen notwendige Vorbedingungen die Besitzergreifung der politischen Macht, die Enteignung der Produktionsmittel ohne Vergütung an die bisherigen Unternehmer und die Uebernahme der Banken durch den Proletarierstaat sind.

Mit Rücksicht darauf verurteilt die Versammlung der Vertrauensmänner und Organisationsmitglieder jede, wenn auch nur provisorische Aufhebung des Klassenkampfes, das Festhalten an den verfassungsmäßigen Prinzipien, und betrachtet als nächstes Ziel der Arbeiterklasse die Organisierung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte zu Machtfaktoren des Proletariats, die revolutionäre Eroberung der politischen Macht, die Diktatur des Proletariats.

2.

Die durch die „Volksregierung“ vorgenommenen Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitslosen können nicht einmal als eine provisorische Lösung angenommen werden. Anstelle dieser Maßnahmen im Rahmen des Bourgeoisiestaates fordert die Versammlung:

Die infolge des Kohlenmangels arbeitslos gewordenen Arbeiter erhalten 80% ihrer bisherigen Löhne, sowohl die Fach- als auch die weiblichen und Hilfsarbeiter. Diese 80% können bei den Facharbeitern nicht weniger als 21 K., bei den Hilfsarbeitern 16 K. und bei den weiblichen 12 K. täglich betragen. Die Arbeitslosenunterstützung ist im allgemeinen so zu bemessen, wie das Minimum der Kohlenzulage.

Den erkrankten Arbeitern ist der volle Lohn zu entrichten.

Die vom Militär zurückgekehrten abgerüsteten Arbeiter sind in die alten Arbeitsstellungen in den Fabriken einzureihen, bei den zur Zeit der Einreihung allgemein gezahlten Arbeitslöhnen oder Kohlenzulagen. Jene abgerüsteten Arbeiter, die bei ihrer Einrückung arbeitslos gewesen waren, erhalten die Arbeitslosenunterstützung.

Für die Arbeitslosenunterstützung haben zur Hälfte die Regierung, zur Hälfte die Unternehmer aufzukommen.

—

3.

Die Versammlung der Vertrauensmänner und Organisationsmitglieder der Eisen- und Metallarbeiter beschließt, daß sie dem Beitritt ihrer Mitglieder zur Kommunistischen Partei nichts in den Weg legt.

Ueber den Beschlußantrag wurde durch drei Sitzungen debattiert. Der Vorstand des Verbandes nahm eine ablehnende Haltung ein, die Versammlung dagegen neigte zur Annahme. Der Vorstand lud die Parteileitung der S. D. P. zur Debatte ein, die ihre besten Kräfte entsandte. Zuletzt wurden die ersten zwei Punkte des Antrages zur weiteren Beratung den Organisationsausschüssen sämtlicher Sektionen übermittelt, der dritte Punkt aber wurde angenommen.

Der Sieg war entschieden ein großer. Die Mitglieder der ungarischen Gewerkschaften durften bisher nur Sozialdemokraten sein. Der Anschluß an eine Gewerkschaft bedeutete zugleich auch den Anschluß an die S.D.P. Dieses Prinzip wurde beim ersten Sturm durchbrochen: die Mitglieder der Gewerkschaften konnten sich nun anstatt nur der Sozialdemokratischen Partei, auch der Kommunistischen Partei anschließen.

Dieser Beschluß hatte eine prinzipielle Bedeutung. Seine Wirkungen wurden bei den übrigen Gewerkschaften bald fühlbar. Der Reihe nach konstituierten sich in den Gewerkschaften eigene kommunistische Ausschüsse, deren Einfluß von Tag zu Tag stärker wurde. In den Betrieben waren eigene kommunistische Ausschüsse tätig. Die Bewegung entwickelte sich bald soweit, daß die S.D.P. besondere Agitatoren zur Bekämpfung des Bolschewismus einstellte.

Neben der Aufklärung und Agitationstätigkeit unter den Arbeitern machte sich die K. P. die Desorganisierung der Machtorganisation des Staates, also der Armee, zur Aufgabe. Den Bedingungen des im November abgeschlossenen Waffenstillstandes gemäß durften nur sechs Infanteriedivisionen und dementsprechend Kavallerie und Artillerie unter der Waffe bleiben. Diese Armee wurde aus den jüngsten fünf Jahrgängen aufgestellt, repräsentierte aber sowohl in militärischer, wie in moralischer Beziehung einen sehr geringen Wert.

Da es aussichtslos war, diese Armee in einen verläßlichen Rückhalt für die K. P. zu verwandeln, mußte sie weiter desorganisiert werden. Aber auch die S. D. P. konnte sich auf sie nicht stützen, denn die Armee bestand aus zerlumpten jungen Burschen, die für die Gegenrevolution ebensogut wie für die Revolution zu gewinnen waren. So konnte einmal die S. D. P. die Garnison in Budapest gegen den Kriegsminister aufmarschieren lassen, um ihn auf diese Weise zu stürzen, bald darauf konnte durch

dieselbe Garnison die K. P. eine bewaffnete Demonstration veranstalten. Diese durch die K. P. veranstaltete bewaffnete Demonstration trug einen Charakter gegen die Gegenrevolution. Der — seit der Revolution schon dritte — Kriegsminister in der Regierung Graf Alexander Festetisch bemühte sich sehr um die Organisierung der Gegenrevolution. Er suchte häufig die gegenrevolutionären Formationen in Transdanubien auf, daneben formierte er auch die Organisierung von reinen Offiziersformationen. Der aus der Regierung bald ausgeschiedene Held der Oktoberrevolution, Martin Lovászy, das spätere Haupt der monarchistischen Gegenrevolution — auch ein Held der Oktoberrevolution — Stefan Friedrich und der amtierende Minister des Innern, Vinzenz Nagy waren die Führer der Gegenrevolution.

Seit der Revolution waren bereits sechs Wochen verstrichen, aber die Hilflosigkeit der Regierung war von Tag zu Tag klarer geworden. Keine der aufgetauchten Fragen traute sie sich anzufassen, denn sonst entstand sofort die Regierungskrise. So war es mit der Agrarfrage, der nicht nur die Regierung, sondern auch selbst die S. D. P. ganz ratlos gegenüber stand. Die Bauern verlangten die Bodenaufteilung, die S. P. D., die die Majorität bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung zu gewinnen suchte, traute sich nicht diesem Verlangen entgegenzutreten. Sie war zwar offiziell gegen eine Aufteilung des Bodens, propagierte dieselbe jedoch in einer maskierten Form in der Gestaltung von Rentengütern.

In der Agrarfrage war die Situation der Regierung derart kritisch, daß die S. D. P. sich gezwungen sah, vor dem Arbeiterrat anzukündigen, daß sie trotz der eingetretenen Regierungskrise von ihrem Standpunkt nicht abgehen werde. Die S. D. P. propagierte die Bildung von Rentengütern mit Vergütung an den bisherigen Eigentümer, die K. P. dagegen beharrte auf der gesellschaftlichen Bearbeitung des Bodens und forderte die revolutionäre Lösung der Besitzfrage vor dem Arbeiterrate. Der Arbeiterrat debattierte durch zwei Sitzungen über die Agrarfrage, endlich wurde der kommunistische Antrag abgelehnt und der sozialdemokratische angenommen.

Ueber den Beschluß des Arbeiterrates jubelten die Grundbesitzer mit den Großgrundbesitzern an der Spitze. Jene, die Jahrhunderte hindurch den Boden von den Bauern usurpierten und die Sklaven des Dorfes bis auf die Knochen schindeten, hatten

allen Grund zum Jubeln. Sie hatten einen guten Grund, die S. D. P. zu feiern, die jetzt eine Art Thronbefreiung propagierte, die sich von der des ungarischen Adels vom Jahre 1848 in nichts unterschied. Sie betrog den Bauern und verschärfte noch die Gegensätze zwischen Stadt und Dorf durch die Stärkung des Privateigentums.

„Der Boden bildet das Eigentum des arbeitenden Volkes!" — lautete die Losung der K.P. und die Organisationsarbeit wies auf dem Dorfe gute Erfolge auf.

Sowohl die Regierung wie auch die S.D.P. waren total unfähig, die Probleme der Revolution zu lösen. Es wurde alles bis zur erst zu wählenden Nationalversammlung verschoben. Die politischen Streber wimmelten um die Parteien. Sie erwarteten und urgierten die Wahlen, die Verteilung der Beute. Die K.P. präzisierte ihren Standpunkt der Nationalversammlung gegenüber und ging an die Aufklärung der Arbeiterschaft in dieser Frage. Sie legte klar, daß die Demokratie nur eine veränderte Form der Herrschaft des Kapitals bedeute, die nur dann eintreten kann, wenn die besitzende Klasse entweder stark genug dazu ist, um die arbeitenden Massen in der Gesetzgebung des Bourgeoisstaates mitsprechen zu lassen oder schon zu schwach dazu ist, ohne derartige Konzessionen an die Masse, die Herrschaft des Kapitals aufrecht erhalten zu können. In beiden Fällen pfeift die Bourgeoisie auf die Demokratie, wenn die unterdrückten Massen die Herrschaft des Kapitals gefährden und der Bourgeoisie die Möglichkeit geboten ist, ihre Kräfte zu sammeln, ihre Macht zu festigen gegen die Arbeiterklasse, die gegen die Herrschaft des Kapitals kämpft. Entweder erlangt die arbeitende Klasse die Majorität in der Konstituante, dadurch zwingt sie die Privateigentum und Herrschaft des Kapitals verteidigende Bourgeoisie zum Angriffe, oder aber es gelingt der Bourgeoisie, zur Majorität zu gelangen, und damit ihre Macht durch die Demokratie zu kräftigen. Es kommt immer auf dasselbe hinaus, daß die Arbeiterklasse in eine ungünstige Situation gelangt, entweder dadurch, daß sie gegen die Gegenrevolution in die Defensive gedrängt wird, oder dadurch, daß ihr nach Verzicht auf die Macht von neuem unter entschieden ungünstigeren Verhältnissen der Kampf um die Macht, um die Diktatur des Proletariats gegen die organisierte Bourgeoisie aufgezwungen wird. Denn der Weg zur Macht, der

Weg zum Sozialismus führt über die Diktatur, über die uneingeschränkte Herrschaft des Proletariats.

Die Arbeiterschaft kann nur zwischen zwei Dingen wählen: Hoffnungslos unter der Herrschaft der Bourgeoisie für die Aufrechterhaltung der Ausbeutung — wo die Bourgeois im Wohlstand prassen — zu hungern, oder noch eine Weile weiter zu hungern und während dieses Hungerns die zum Sozialismus führenden Maßregeln zu verwirklichen und ins Leben zu rufen, vor allem aber den Grundsatz durchzusetzen: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“

Diese Stellungnahme der K.P. trug in die Masse der Arbeiterschaft eine ganz neue Stimmung hinein. Eine zwanzigjährige Tätigkeit der S.D.P. erschöpfte sich in dem Kampfe um die Rednertribüne im Parlament, ihre ganze Kraft hat die Partei da verwendet: der Parlamentarismus war ihr zum Götzendienst geworden, jetzt wollte man ihr noch das Schicksal des Baumeisters Solness nicht gönnen!

„Nein! Kreuziget ihn!“ lautete das Losungswort der S.D.P. und es wurde zur Verfolgung der K. P. geschritten.

Zuerst wurden Verleumdungen in den Reihen der Arbeiterschaft verbreitet. Sowohl die K.P. wie auch deren Führer selbst wurden beschimpft und verleumdet. Anstatt des prinzipiellen Kampfes wurde diese Art des Kampfes vorgezogen; nachdem der zu keinem Ziele führte, wurde behauptet, die K. P. tue Dienste für die Konterrevolution. Die S.D.P. behauptete, die K.P. sei von den Kapitalisten bezahlt und eigens von ihr zu dem Zwecke ins Leben gerufen, um die Gewerkschaften zu spalten und zu vernichten. Es erging daher die Parole: „Heraus mit den Kommunisten aus den Gewerkschaften!“

Diese Parole stieß aber auf großen Widerstand. In den meisten Gewerkschaften waren die Kommunisten bereits so stark, — in einzelnen gelangten sie sogar zur Majorität — daß der Ausschluß der Kommunisten nicht nur die Spaltung, sondern auch die Vernichtung der Gewerkschaften bedeutet hätte. Die Kommunisten beeilten sich daher, die Parole zu stellen: „Kämpfet für die Einheit der Gewerkschaften!“ Und die gesamte Arbeiterschaft, sowohl die Sozialdemokraten wie auch die Kommunisten waren in dieser Parole einig. Einige Gewerkschaften versuchten zwar, die Parole der S.D.P. zu befolgen und schlossen versuchs-

weise kommunistische Mitglieder aus, der Protest der Mitgliedschaft hatte aber zur Folge, daß die Beschlüsse der Vorstände durch die Mitgliederversammlungen bald außer Kraft gesetzt wurden. Die S.D.P. war daher gezwungen, im Kampf gegen die K.P. zu anderen Mitteln zu greifen. Als regierende Partei nahm sie den Staat, den Bourgoisstaat, in Anspruch.

* * *

Mit Rücksicht auf den Papiermangel versuchten schon die Regierungen vor der Revolution Sparmaßnahmen. Zuerst reduzierten sie nur den Umfang der Blätter, später aber machten sie schon die Gründung neuer Blätter unmöglich. Diese Sparmaßnahmen galten aber nur für Blätter, die auf der Rotationsmaschine hergestellt wurden. Nach der Gründung der K.P. wurden diese Verordnungen durch den sozialdemokratischen Minister Garami auch auf das Flachpapier ausgedehnt, obwohl hierzu kein Anlaß vorlag, da es doch an Flachpapier nicht mangelte. Es galt aber, die Gründung eines kommunistischen Organs zu vereiteln. So war die K. P. gezwungen, Flachpapier im Schleichhandel zu besorgen und die „Vörös Ujsag" auf diese Weise anfertigen zu lassen. Es wurde zuerst gegen sie ein Verfahren wegen Ueberschreitung der Verordnungen bezüglich der Papiermaßnahmen eingeleitet. Das Blatt aber erschien weiter und behauptete sich als ein Faktor in der revolutionären Arbeiterbewegung. Da ließ man die Polizei aufmarschieren: eines Morgens umzingelte ein aus 160 Polizisten bestehendes, mit Handgranaten und Maschinengewehren ausgerüstetes Detachement das Sekretariat. Unter dem Vorwande einer Haussuchung drangen sie in die Lokalitäten ein, zertrümmerten die ganze Einrichtung, beschlagnahmten und schleppten mittels acht großer Lastautos alles Bewegliche weg.

Dieses brutale Auftreten der Regierung wirkte wie Oel auf Feuer. Es wurde der Arbeiterschaft klar, daß die durch die S.D.P. geführte Regierung jetzt mit denselben brutalen Mitteln gegen die Kommunisten kämpfte, wie seiner Zeit die feudalreaktionären Regierungen gegen die Sozialdemokraten gekämpft hatten. Auch damals erwiesen sich die Verfolgungen als ein nicht geeignetes Mittel, der Entwicklung der Arbeiterbewegung den Weg zu sperren.

Die meuchlerische Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs durch die weiße Konterrevolution in Deutschland wurde von ihren ungarischen Gesinnungsgenossen als ein Zeichen des Kampfes gegen den Bolschewismus betrachtet. Die Furcht der Bourgeoisie wuchs nämlich parallel mit der Erstarkung der kommunistischen Bewegung. Anfangs begnügte sich die Bourgeoisie mit kleinlichen Geschmacklosigkeiten gegen die Kommunisten, doch später bediente sie sich schon scharfmacherischer Methoden. Der allerverschmitzteste Journalisten-Lakai Ladislaus Fényes rief im „Az Est" die Bourgeoisie zum Kampfe gegen die Kommunisten auf. Es gäbe keine Mittel, deren sich die Bourgeoisie im Kampfe gegen die Kommunisten nicht bedienen könnte, und sollte es sonst nicht möglich sein, so müßte mit der Waffe in der Hand — meinte Herr Fényes — die Bourgeoisie die Kommunisten aus dem Wege schaffen.

Die S. D. P. ließ sich aber von der Bourgeoisie nicht übertrumpfen. Liebknechts und Luxemburgs gedachte sie nicht als Toter des Proletariats, sondern als solcher, die für die Spaltung der Arbeiterbewegung büßen müßten. Der spätere Präsident der Räterepublik Alexander Garbai verlangte im Arbeiterrat die Anwendung von Terror gegen die Kommunisten: „Sie müssen vor die Gewehre gestellt werden", sagte er, „denn ohne sein Leben aufs Spiel zu setzen, kann niemand eine Spaltung der S.D.P. versuchen." Zugleich wurde ein Ausschlußantrag gegen die Kommunisten im Arbeiterrat eingebracht. Die Hetze im Arbeiterrat wurde fortgesetzt und eben, als der Redner der Kommunisten ihren Standpunkt gegenüber der letztaufgetauchten Regierungskrise motivierte, überfielen auf die provozierenden Bemerkungen des Vorsitzenden des Arbeiterrates einige Streber meuchlerischerweise die Kommunisten, insultierten sie, wodurch der Arbeiterrat zu einer Raufbude herabgewürdigt wurde. Endlich wurde auch der Ausschluß der Kommunisten aus dem Arbeiterrat beschlossen.

Nun blieben die Sozialdemokraten allein und ungestört im Arbeiterrate. Doch wurden die Sitzungen von den Problemen der Diktatur des Proletariats beherrscht. Es konnte ja auch nicht anders sein, denn in den Betrieben und in den Gewerkschaften polemisierten die Arbeiter nur über diese Fragen.

Ein Interview des Handelsministers Garami mit einem bürgerlichen Journalisten rief große Erregung unter der Arbeiterschaft

hervor. Garami machte es sich zur Aufgabe, die durch die bürgerlichen Sozialpolitiker während des Kapitalismus gepriesene Fabrikverfassung zu verwirklichen. Er beabsichtigte, Arbeiterausschüsse ins Leben zu rufen, denen lediglich in den Fragen der Arbeitsverhältnisse gewisse Befugnisse, jedoch dem Unternehmer gegenüber nur ein Recht auf Gutachten, aber keine verfügende und vollstreckende Macht zugedacht waren.

Die Arbeiterschaft war über die Absichten des Ministers nicht nur riesig aufgebracht, sondern widersetzte sich ihnen auch durch ihre revolutionären Handlungen. In den Fabriken stellte sich die Arbeiterschaft auf jene Plattform, die die Kommunisten in der Vertrauensmännerversammlung der Eisen- und Metallarbeiter eingebracht hatten — die oben bereits abgedruckt erscheint — und es konstituierten sich in den Fabriken Betriebsräte, die nicht nur begutachtende, sondern auch verfügende Rechte hatten und die nicht nur auf Arbeitsverhältnisse, sondern auch auf die Führung der Betriebe, auf die Anschaffung von Rohmaterialien, auf die Produktion und auf die Verwertung der produzierten Artikel einen entscheidenden Einfluß ausübten. So entstand eine große Kluft zwischen dem sozialdemokratischen Minister und der Arbeiterschaft. Die Stimmung der Arbeiterschaft wurde sehr beeinflußt durch die steigende Sabotage der Unternehmer in der Produktion und durch ihre ablehnende Haltung gegenüber der Arbeiterschaft bei der immer wachsenden Teuerung. Die Regierung war nicht imstande, die Produktion in Gang zu bringen, die Unternehmer lehnten die Forderungen der Arbeiterschaft ab. Die Arbeiterschaft hatte unter der Teuerung zu leiden. Wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirkte auf einmal folgende Nachricht der „Vörös Ujsag“:

„Weihnachtsgeschenke an die Unternehmer. In einer der letzten Beratungen des Kabinetts unterbreitete der Handelsminister Ernst Garami folgenden Vorschlag: die Arbeiter einer Fabrik in Budapest erzwangen von dem Unternehmer eine Weihnachtsunterstützung und diese Bewegung ergriff die Arbeiter sämtlicher Betriebe. Ueberall wurde die Weihnachtsunterstützung gefordert und das Auftreten der Arbeiter war ein derartiges, daß die Unternehmer sich nicht zur Ablehnung dieser Forderung entschließen konnten. Diese Bewegung ist zu verurteilen und für die Zukunft muß ein Wandel geschaffen und solche Bewegungen

verhindert werden. Diese Bewegung um die Weihnachtsunterstützung verursachte den Unternehmern eine Gesamtauslage von 30 Millionen Kronen. Der Handelsminister schlage daher vor, die Regierung möge ihnen hiervon 15 Millionen Kronen ersetzen.

Nach diesem Vorschlage kam es zu einer peinlichen Szene; dem sozialdemokratischen Minister entgegnete der Ackerbauminister, der Bourgeois Buza Barna, daß die Staatskasse für derartige Auslagen doch nicht in Anspruch genommen werden könne, die Unternehmer könnten die vollen Auslagen für Weihnachtsunterstützungen aus den Kriegsgewinnen tragen.

Der sozialdemokratische Staatssekretär Wilhelm Böhm unterstützte den Antrag, worauf er angenommen wurde."

Die Regierung, besonders aber die „Népsava", versuchte die ganze Angelegenheit zu verdrehen, doch zuletzt mußte sie eingestehen, daß Garami im Kabinettsrat den Antrag gestellt und die Regierung ihn angenommen hatte.

Der Arbeiterschaft wurde es alsbald klar, daß die Regierung nicht daran dachte, die Bourgeoisie zu belasten, noch weniger an die von der Arbeiterschaft schon sehr urgierte Expropriierung der Produktionsmittel. Die Arbeiterschaft ging daher dazu über, revolutionär zu handeln, der Reihe nach wurden Fabriken von ihr in Besitz genommen.

* * *

Die Arbeiterschaft wurde von Tag zu Tag revolutionärer, in der Regierung selbst waren die Gegensätze in der Agrarfrage bereits sehr verschärft. Nachdem die Regierung gegenüber den aufgetauchten Problemen eine Einigkeit nicht herstellen konnte, entschloß sie sich, alle Kraft gegen die Kommunisten anzuwenden. Die Bergarbeiter in Sálgotarjan hatten sich der K. P. angeschlossen, worauf die Regierung die ganze Gegend von Sálgotarjan durch Militär besetzen und ein jede Phantasie übersteigendes Blutbad anrichten ließ. Kaum war die Henkerarbeit in Sálgotarjan zu Ende als sich die Arbeiterschaft von Sátoralja-Ujhely zur K.P. bekannte. Die Schreckensherrschaft mußte auch hier aufgerichtet werden. Kaum daß man zu einem Atemzuge Zeit hatte, proklamierte die Arbeiterschaft in Pozsorny (Preßburg) die Diktatur des Proletariats, nach

36stündiger Herrschaft wurde die Arbeiterschaft durch tschechischse Militär niedergeschlagen und die Stadt endgiltig durch die Tschecho-Slowaken besetzt.

Auch das Dorf fing an, sich zu rühren. In dem — durch revolutionäre Gewalt in Besitz genommenen — Organ des Komitates Somogy erschien folgender „Offener Brief":

„Offener Brief an den Ackerbauminister"

Kaposvar, 25. Januar 1919.

Herr Minister!

Während man sich im Ministerium für Ackerbau mit den schweren Problemen der Bodenreform beschäftigt, sind die Grundbesitzer daran, solche Maßnahmen zu treffen, die nicht nur die weitere Produktion verhindern, sondern auch eine vernünftige Lösung der Bodenparzellierung unmöglich machen werden. Sogar die Vorkehrungen zur Bearbeitung des Bodens hatten die Großgrundbesitzer unterlassen: sie kümmerten sich nicht um die Steigerung des Bodenertrags, stellten vollständig die Düngung ein, die Betriebseinrichtungen werden nicht aufgebessert, die Landarbeiter werden auch dort, wo es Waldungen gibt, zur Rodung von Akazienbäumen und derlei unnützen Arbeiten benützt. Sie lügen, die behaupten, daß die Landarbeiter nicht arbeiten wollen. Die Wahrheit ist, daß unter den Großgrundbesitzern das Losungswort herrscht: „Lieber soll das Getreide in der Erde verfaulen, es wird aber nicht sein, wie die Arbeiter es wollen, es wird sich schon zeigen, wer früher krepiert".

Es gärt im Dorfe, vor den Augen der betrogenen Millionen vollzieht sich dieses politische Attentat gegen das Volk des Landes. Bevor jedoch der schäumende Kessel überläuft und der völlige Untergang eintritt, fordern wir eine dringende Verfügung: jene mit dem Tode zu bestrafen, die in diesem Lande durch ihre perversen Handlungen aus dem Jammergeschrei der Hungernden sich ein Vergnügen bereiten und eine Jagd auf Menschenfleisch veranstalten wollen. —

Alexander Latinca
Sekretär der Landarbeiter und Kleinwirte
der Somogyer und Tolnaer Komitate.

Im Komitat Arad haben die Landarbeiter nicht mehr gedroht, sondern gehandelt. Sie gingen dazu über, den Boden unter sich aufzuteilen, worauf die Behörde einschritt und versuchte, die Volksbewegung durch Verhaftungen zu verhindern.

* * *

Sowohl Deutschland wie auch Deutsch-Oesterreich hatten zu dieser Zeit bereits zu den Wahlen für die Nationalversammlung gerüstet. In beiden Ländern waren die Sozialdemokraten daran, die Majorität in der Nationalversammlung und auf diese Weise die Möglichkeiten zur Verwirklichung ihres Programms zu erlangen. Das Augenmerk der S.D.P. Ungarns war auf Deutschland gerichtet. Sollte die Sozialdemokratie hier die Majorität erringen, so, nahmen sie an, werde auch die ungarische Arbeiterschaft für die Demokratie und für die Nationalversammlung sich begeistern. Nur auf diese Weise konnten sie noch hoffen, den Glauben der Massen an die Diktatur des Proletariats unterdrücken zu können.

Sie wurden aber bald getäuscht. Die Wahlen zur Nationalversammlung in Deutschland waren ein Beweis dafür, daß die bürgerliche Demokratie in dem Moment versagt, wo es sich um die große Lebensfrage des Proletariats: um das Aufheben der Ausbeutung handelt.

Bald darauf hat auch die Sozialdemokratie in Deutsch-Oesterreich dieselbe Niederlage erlitten. Dem ungarischen Proletariat wurde es daher klar, daß nur mit den Waffen in der Hand die die Macht zu erkämpfen ist, um dann den Sozialismus zu verwirklichen. Die Arbeiterschaft kann nicht abwarten, bis das Agrarprogramm der S. P. D. bei den Wahlen die Bauern in das Lager der Konterrevolution hinüberführt.

* * *

Die Frage der Wahlen zur Nationalversammlung war wieder in den Hintergrund gedrängt, aber desto gewaltiger trat die Forderung der Expropriation der Produktionsmittel in den Vordergrund. Die S.D.P. versuchte, mit Rücksicht auf ihre bürgerlichen Verbündeten, diese Frage von der Tagesordnung zu verdrängen. Die Arbeiterschaft aber, ohne die Wahlen zur Nationalversammlung abzuwarten — deren Ausgang sie klar erkannte — strebte eine sofortige Lösung an. Der Druck seitens der Arbeiterschaft war

bereits so stark, daß die S. D. P. sich gezwungen sah, die Frage vor der Konferenz der Obmänner und Sekretäre der Gewerkschaften zur Aussprache zu bringen. Der Referent wies auf das Verhältnis der Abhängigkeit des Landes von der Entente und auf den Kohlenmangel hin, womit er die schwankende Haltung der S. D. P. zu rechtfertigen suchte. Er nahm den Standpunkt werden müßten, da sonst ein Bürgerkrieg entstehen werde. — ein, daß die Betriebe gegen Vergütung des vollen Wertes abgelöst

Endlich hatte sich die S.D.P. ganz bloßgestellt und eingestanden, daß sie an eine Weiterführung der Revolution gar nicht denke, besonders als die „Népszava" gelegentlich einer Aktion der K.P. für die Expropriierung der Mietshäuser sich soweit hinreißen ließ, zu behaupten, daß dies ein Raubzug sei, mußte die Arbeiterschaft mit Entrüstung eingestehen, daß die S. D. P. es sich zur Aufgabe stellte, als Stütze des heiligen Privateigentums zu gelten.

Die Bourgeoisie aber war glücklich, das führende Bourgeoisblatt „Az Ujság" schrieb auch am 6. Februar 1919 in einem Leitartikel: .... Das Bürgertum sollte sich sozialisieren, die Arbeiterschaft wieder sich verbürgerlichen. ... Wir verstehen nicht, — sagt das Blatt — warum sich die Parteien separat organisieren, wenn sie sich nur durch ihren Ton von einander unterscheiden, ihre Programme aber auf dasselbe hinausgehen; dieses Zusammengehen, das die Sozialdemokraten als provisorisch darstellen, ist heute eben natürlich. ... Zur friedlichen Zusammenarbeit gehört auch das Einstellen des Klassenkampfes. In der Tat ist er auch eingestellt, nur in der Agitation lebt er noch weiter, und die auf eigenen Wegen marschierenden Parteien werden vielleicht dadurch irregeführt, daß sie die Agitation mit ihrer Aussicht auch auf Durchdringen in der Politik überschätzen ...

Zu dieser Zeit hielt der Ministerpräsident Karolyi eine Rede, worin er unter anderm ausführte:

„Wir wollen mit dem neuen Geiste unserer Zeit unsere eignen historischen und nationalen Traditionen, unsere Rasse und kulturelle Erbschaft pflegen ... Wir bekennen uns zum Privateigentum. Wir wollen das Prinzip des Privateigentums nicht antasten, das einen Ansporn zur Bereicherung und zur produktiven Arbeit bildet. Das wird auch von den Sozialdemokraten gebilligt. Haben sie uns denn bei der Kommunisierung der

Miethäuser und bei der Bodenreform nicht unterstützt? Hatten sie denn die territoriale Integrität Ungarns bei den Verhandlungen (mit den Rumänen) in Arad nicht verteidigt?

Der Belgier Huysman, der Holländer Troelstra, der Franzose Longuet haben mit den Ungarn Buchinger und Biro (auf dem internationalen Kongreß in Bern) gegen die Unterdrückung der Besiegten und gegen die territoriale Zerstümmelung unseres Landes gemeinsamen Protest eingereicht. Im Namen der ungarischen Regierung wieder kämpfte der Sozialist Kunfi für unsere Sache. Und wir sollten diese kräftige, ehrliche Arbeiterhand nicht an unsere Herzen drücken, wenn sie für unser nationales Gefühl kämpft? Der territorialen Integrität, diesem Vaterlande, das unsere Armeen durch Waffen erwerben und durch ihre Klugheit erhalten konnten, sie sind jetzt die getreusten Leibgardisten."

Doch die Arbeiterschaft war anderer Meinung: als die Delegierten der Berner Konferenz, die durch Karolyi schon mit Recht Lobpreisungen erhalten hatten, zurückkehrten, hielt sich die Arbeiterschaft von der veranstalteten feierlichen Empfangskundgebung fern. Außer der Parteileitung der S. D. P. und den Mitgliedern der Regierung waren sämtliche bürgerlich-patriotischen Vereinigungen der Bourgeoisie, Militär und Polizei in Gala angerückt, nur die Arbeiterschaft fehlte, d. h. sie war dort, doch nicht der Ehrung, sondern des Protestes wegen gegen die Berner Delegierten. Gegen die gelbe Internationale demonstrierte sie für die revolutionäre Dritte Internationale in Moskau. Die Ehrung der Bourgeoisie wurde durch den Protest der Arbeiterschaft übertrumpft. Die Berner Patrioten mußten sich mit langen Gesichtern entfernen, das Ende ihrer Herrschaft konnten sie schon ahnen.

Eine Verordnung des Handelsministers Garami über die Betriebsausschüsse rief große Unruhen unter der Arbeiterschaft hervor. Hätte die Regierung eine Verordnung über die Arbeiterkontrolle, über das Recht der Arbeiterschaft, den ganzen Produktionsgang unter ihre Kontrolle zu stellen, erlassen, so hätte sie damit nur den schon bestehenden Rechtszustand anerkannt, den die Arbeiterschaft auf revolutionäre Weise sich bereits erkämpft hatte. Doch geschah es anders. Die Regierung gab

weniger, als sich die Arbeiterschaft bereits geschaffen hatte, sie stellte das Verfügungsrecht des Kapitalisten in den Betrieben wieder her, das die Arbeiterschaft ihnen bereits genommen hatte, schaffte die Betriebsräte ab und ersetzte sie durch Betriebsausschüsse, die nichts anderes darstellten als eine legitimierte Form des frühern Vertrauensmännersystems. Nicht mehr und auch nicht weniger.

Die Arbeiterschaft zeigte aber wenig Geneigtheit, dem Burgfrieden zuliebe die Betriebsräte abzuschaffen und durch die Betriebsausschüsse als einer veränderten Form der Antreiberorganisation der Unternehmer zu ersetzen. Am Tage der Veröffentlichung der Verordnung versammelten sich die Vertrauensmänner von 26 Budapester Fabriken im Hofe des Metallarbeiterverbandes, um gegen die Verordnung zu protestieren. Der Vorstand des Zentralverbandes ließ aber die Beratungssäle vor den Versammelten absperren. Die Versammlung wurde trotzdem abgehalten und es wurde beschlossen, sich der Regierungsforderung zu widersetzen. Der Vorstand sah sich gezwungen, hierauf eine Vertrauensmännerversammlung einzuberufen. Durch drei Sitzungen wurde beraten, und am 20. Februar sollte die Abstimmung vorgenommen werden. Die Versammlung der Vertrauensmänner nahm eine entschieden ablehnende Haltung der Verordnung gegenüber ein. Die sozialdemokratischen Minister kündigten für den Fall einer Ablehnung der Verordnung ihren Austritt aus der Regierung an — doch nutzte es nichts ...

Auf einmal wie ein Blitz aus heiterm Himmel wirkte auf die Versammlung die Mitteilung:

„Die Kommunisten haben einen Angriff auf die „Népszava" verübt! Mit Maschinengewehren wird auf die Redaktion geschossen! Mehrere Redakteure sind schon tot! Die Straße ist mit Toten und Verwundeten bedeckt."

Im Beratungszimmer entstand plötzlich ein Wirrwarr, alles stürmte zu den Ausgängen. Man konnte nur sehen, daß der Vorsitzende sprach ... Doch niemand hörte ein Wort oder eine Silbe; nur am nächsten Tage war in der „Népszava" zu lesen, daß „die Versammlung der Vertrauensleute die Verordnung des Ministers einstimmig gutgeheißen habe."

Das Manöver war gelungen, die S.P.D. konnte auch weiter in der Regierung bleiben, und es gab auch schon einen Vorwand zur Verfolgung der Kommunisten.

IV.

Mit Sturmschritten zur Diktatur des Proletariats.

Der Angriff auf die „Népszava" wurde der K.P. unterschoben, obwohl sie gar keinen Anteil daran hatte. Die K.P. hatte eine strenge Untersuchung gefordert, doch vergebens, sie wurde unterlassen, denn sie hätte die K.P. rehabilitiert.

Viele behaupten, daß die S.D.P. einen „Selbsteinbruch" gegen die „Népszava" verübt habe, um damit die Stellungnahme der Vertrauensmännerversammlungen der Eisen- und Metallarbeiter zu beeinflussen. Doch konnte dies nicht bewiesen werden, da ein eigens zu diesem Zweck plötzlich „einberufener" Kabinettsrat die Verhaftung der Führer der Kommunisten beschloß.

Die ganze Geschichte von dem Angriffe erfuhr die K.P. eigentlich von dem Sekretär der S.D.P. Wie bekannt, hatte die Berner Konferenz beschlossen, eine Kommission einzusetzen, um den Bolschewismus an Ort und Stelle in Rußland zu studieren. Diese Delegation hatte um Eintrittsbewilligung nach Rußland angesucht. In dieser Delegation sollte die ungarische S.D.P. Emanuel Buchinger vertreten. Am 20. Februar wurde die K.P. vom russischen Volkskommissar für Aeußeres, Tschitscherin, mittels eines Funkspruchs verständigt, daß, wie jeder bürgerlichen Partei auch den Delegierten der S.D.P. die Einreise nach Rußland nicht erschwert werden würde. Zugleich beauftragte er die K.P., dies der S.D.P. mitzuteilen. Die K.P. setzte sich mit der S.D.P. telephonisch in Verbindung, plötzlich wurde aber die Unterredung unterbrochen und durch den Sekretär der S.D.P. der Angriff auf die „Népszava" mit sieben Toten (ausschließlich Schutzleuten) und vielen Verwundeten mitgeteilt. Die K.P. war durch diese Mitteilung nicht nur am meisten überrascht, sondern auch entrüstet, da von der zum selben Zeitpunkte noch andauernden Sitzung der Vertrauensmänner der Eisen- und Metallarbeiter die K.P. nicht nur eine neue Regierungskrise, sondern auch das Scheitern der Koalitionspolitik und selbst eine Spaltung der S.D.P. erhoffte. Der K.P. wurde sofort klar, daß diese Angriffssache nur dazu geeignet sei, die erschütterte Position der S.D.P. zu festigen und sie aus dem Kampfe der Eisen- und Metallarbeiter siegreich herauszuführen. Es wurde vergebens protestiert, der Angriff wurde doch der K.P. zugeschoben.

Die K.P. wurde spät in der Nacht von dem Beschluß des Kabinettsrates durch Journalisten verständigt. Das Zentralkomitee beschloß, daß jeder Genosse in der Nacht in seiner Wohnung zu sein habe, niemand flüchten dürfe, um nicht den Anschein der Mitschuld an dem Ueberfall auf die „Népszava" zu erregen.

Die Polizei und die gesamte Brachialgewalt rüsteten sich in der Nacht zu der großen Arbeit. Die ganze Stadt schlief schon, als um 2 Uhr die Autos der Polizei anfuhren. Auf jedem Auto befanden sich vier bewaffnete Schutzleute und ein Detektiv. Die Verhaftungen wurden mit Hausdurchsuchungen verbunden und verliefen glatt. Gegen 8 Uhr morgens waren schon das Polizeigefängnis und das Schubhaus mit Kommunisten überfüllt.

Die Polizisten mißhandelten die Kommunisten, darunter Béla Kun, wiederholt blutig. Die bürgerliche Presse berichtete über die Mißhandlungen eingehend, was Entrüstung gegen die Polizei hervorrief, nur die „Népszava" strengte sich an, die Polizei zu verteidigen. „Wir begreifen die Erbitterung der Polizei", schrieb die „Népszava", „und empfinden das größte Mitleid mit ihren Schmerzen um die bei der Verteidigung der Arbeiterpresse gefallenen Kollegen. Daß die Polizisten sich unserer Partei angeschlossen, sich organisiert haben, sich mit dem Proletariat solidarisch fühlen, des können wir uns nur freuen. . . . ."

Die S.D.P. konnte sich aber nicht damit begnügen, die Erledigung des Bolschewismus allein der Polizei zu überlassen, sie machte sich auch daran, mit dieser „Seuche" ein- für allemal fertig zu werden. Am Tage der Verhaftung der Kommunisten erließ die S.D.P. einen Aufruf an die Arbeiterschaft, worin sie die Kommunisten als Söldlinge des Kapitals und der Konterrevolutionäre brandmarkte und die Arbeiterschaft aufforderte, an demselben Tage, am 21. Februar, die Arbeit einzustellen und sich zu einer Protestkundgebung auf dem großen Platze vor dem Parlamentsgebäude zu sammeln.

Die Arbeiterschaft erhielt nur durch diesen Aufruf die Mitteilung über die Ereignisse vor der „Népszava". Die Führer der Kommunisten saßen bereits in den Gefängnissen, es war daher niemand da, der die Arbeiterschaft aufklären und der Agitation der S.D.P. hätte entgegenwirken können. Am Morgen hatte es den Anschein, als wäre die Stimmung der Arbeiter gegen die Kommunisten gerichtet, doch war dem nicht so. Zumeist die kleinbürgerlichen Organisationen, also

die der Verwaltungsangestellten, Polizei, aktiven Offiziere, Fleischhauer usw., haben sich an dem Zuge beteiligt, und obwohl große Massen versammelt waren, konnten die Referenten der S.D.P. die Stimmung der Arbeiter nicht gegen die Kommunisten richten, im Gegenteil, sie wurden öfter durch Zwischenrufe unterbrochen. Als die Masse nach den Versammlungen abgezogen war, erschienen bereits die Mittagsblätter, von denen einige über den angeblichen Tod Béla Kuns berichteten, doch bald darauf die Extraausgaben, die den Tatbestand und die Mißhandlungen an den Kommunisten eingehend schilderten, was große Entrüstung unter der Arbeiterschaft hervorrief.

Die K.P. blieb ohne Führer und es mußte befürchtet werden, daß die kommunistische Bewegung dadurch eingeschüchtert werde. Dies erhoffte auch die S.D.P., doch geschah es nicht. Nach zwei Tagen waren schon Plakate auf den Straßen angeschlagen, als Beweis dafür, daß die K.P. doch weiterlebe.

Die Arbeiterschaft ließ auch nicht lange auf sich warten. Schon am 24. Februar hielten 5000 arbeitslose Eisen- und Metallarbeiter eine Versammlung ab, worin sie ihrer Entrüstung über die den mittelalterlichen Inquisitionen ähnlichen, menschenunwürdigen, feigen und böswilligen Brutalitäten Ausdruck gaben, die die Polizeihenker an ihren im Schubhause verhafteten Genossen verübt hatten. Diese Brutalitäten wurden von der Versammlung als eine böse und unverschämte Provokation der Arbeiterschaft betrachtet, worauf das Proletariat die Antwort selbst geben werde.

Die Bewegung selbst stand auch schon nicht mehr ohne Führer da. Im Gegenteil, es hatten sich zu viel Komitees im geheimen gebildet und es kostete große Mühe, diese in einem autoritativen Zentralkomitee zu vereinigen.

Die Regierung wie auch die S.D.P. konnten in einigen Tagen konstatieren, daß das Vertrauen der Arbeiterschaft noch mehr als vordem den Kommunisten gehöre. Der Druck der Arbeiterschaft auf die Regierung und auf die S.D.P. wurde von Tag zu Tag größer. Daraufhin wurden 29 Kommunisten enthaftet, gegen die übrigen aber wurde die Anklage wegen Mordes und Anstiftung zum Morde fallen gelassen und eine neue Anklage wegen Hochverrats erhoben.

Die Erbitterung der Arbeiterschaft wurde dadurch noch weiter gesteigert, daß die Regierung der Arbeiterschaft der Flugzeug-

fabrik in Mátyásföld androhte, daß im Falle sie nicht zur S. D. P. zurückkehre, der Fabrik keine Bestellungen und Rohmaterialien mehr zugewiesen und sie auf diese Weise arbeitslos gemacht werden würden. Auch die Untersuchung in Angelegenheit der Mißhandlung der Kommunisten wurde inzwischen beendet und ergab, daß „die Täter nicht ausfindig gemacht werden konnten."

* * *

Alle Bemühungen der S.D.P., die Arbeiterschaft wieder aus der K.P. in die S.D.P. zurückzuführen oder wenigstens einem weiteren Hinüberströmen Einhalt zu gebieten, blieben erfolglos. In dem von Kommunisten gesäuberten Arbeiterrat erhoben sich neue Stimmen, die den Anschluß an die Internationale in Moskau forderten. Der Kongreß der Arbeiterräte des Alföld (der ungarischen Tiefebene) forderte in einer Resolution die Sozialisierung der Produktion, die Aufhebung des Burgfriedens und die Enteignung des Bodens ohne Vergütung an die bisherigen Eigentümer. Die Landarbeiter der Besitzungen von Esterházy, Festetich und Inkay im Komitat Somogy nahmen den Boden in Besitz. Die Stimmung in der Provinz wurde immer erregter, sodaß außer über Sátoralja-Ujhely und Sálgotarjan noch über Kaposvar, Tatabánya und Szegedin das Standrecht verhängt wurde.

Die Lage der S. D. P. war fast ganz unhaltbar geworden. Den früheren Beschluß, die Kommunisten aus den Gewerkschaften auszuschließen, versuchten sie wieder durchzuführen. Doch die Arbeiterschaft in den Fabriken widersetzte sich nicht nur dem, sondern sie forderte auch die sofortige Enthaftung der Kommunisten, die Entlassung aller jener aus den Diensten der Polizei, die an den Mißhandlungen der Kommunisten beteiligt gewesen waren, ferner die Entwaffnung der Polizei und der Gendarmerie, die Bewaffnung der Arbeiterschaft und endlich die Uebernahme der Macht durch die Arbeiter- und Bauernräte.

Die Mitgliederversammlung der Eisen- und Kupferdreher und verwandter Berufe veranstaltete am 9. März eine lebhafte Demonstration für die Diktatur des Proletariats. Der Vorstand versuchte die Stimmung zu beeinflussen, doch erfolglos. Die Mitgliederversammlung nahm einen Beschlußantrag an, worin sie gegen das Vorgehen des Vorstandes, Mitglieder aus dem Zentralverbande auszuschließen, weil sie sich der K.P. angeschlossen hatten, protestierte

und diesen Vorgang als einen politischen Terror der S. D. P. erklärte. Die Mitgliederversammlung der Klempner und Installateure, ferner die Arbeiterschaft von Debreczin und mehreren Städten der Provinz faßten ähnliche Beschlüße, wodurch die S. D. P. den Boden unter den Füßen völlig verlor.

Die S.D.P. hatte noch eine Hoffnung: die Wahlen zur Nationalversammlung. Die Wahlagitation war schon im Zuge, die S. D. P. forderte die Arbeiterschaft zur Agitationsarbeit und zur Unterstützung des Wahlfonds auf. Anstatt Begeisterung kundzugeben bekundete die Arbeiterschaft eine starke Abneigung den Wahlen gegenüber. Die Arbeiterschaft der Munitionsfabrik in Csepel und die der Ganz'schen Elektrizitätsfabrik erklärten einstimmig, daß sie keine Garantien erhoffen könnten, daß mit einer parlamentarischen Majorität die politische und wirtschaftliche Befreiung des Proletariats von dem Joche des Kapitalismus zu erzielen wäre, weshalb sie auch nicht geneigt wären, den Agitationsfonds der S. D. P. materiell zu unterstützen. Mit Bedauern stellten sie fest, daß die Politik der sozialdemokratischen Minister nur dazu geeignet ist, dem ungarischen Proletariat zu einem solchen Schicksal zu verhelfen, wie es die Politik der Scheidemänner dem deutschen Proletariat zu teil werden ließ. Zuletzt verurteilten sie das Vorgehen der S. D. P., daß die Kommunisten auch jetzt noch — wo ihre Unschuld an dem Angriff auf die „Népszava" bereits erwiesen war, verhaftet blieben.

Die Arbeiterschaft der übrigen Fabriken nahm der Reihe nach Stellung gegen die Wahlen zur Nationalversammlung und gegen die S.D.P. und es nützte auch schon die Erklärung der S.D.P. nichts, falls sie die Majorität nicht erreichen würde, würde sie das Parlament stürzen.

Die Erklärung der S.D.P. schwächte noch mehr ihre bereits erschütterte Position, worauf drei Führer der Buchdruckerorganisation Ignaz Bogar, Rudolf Mausz und Josef Sobek die Kommunisten im Sammelgefängnis aufsuchten, um die bereits früher begonnenen Unterhandlungen für die Herstellung der Einheit der ungarischen Arbeiterbewegung fortzusetzen. Bei diesem Besuch forderte Ignaz Bogar Bela Kun auf, eine Plattform zu verfassen, auf Grundlage derer die Einheit der Arbeiterbewegung herzustellen wäre. Bela Kun folgte der Aufforderung, die Plattform wurde von ihm ausgearbeitet und hat folgenden Wortlaut:

Lieber und geehrter Genosse Bogar!

Anläßlich Ihres Besuches im Sammelgefängnisse haben Sie mich aufgefordert, Ihnen eine Plattform zu bezeichnen, auf der meiner Ansicht nach die ungarländische Arbeiterbewegung einheitlich zu gestalten wäre. Ich füge dem noch hinzu, daß ich dies nicht bloß auf die Einigung, sondern auch auf die Internationalisierung dieser Bewegung beziehe.

Ich muß jedoch vorausschicken, daß wir, solange wir uns in Haft befinden, nicht verhandeln. Hier zu begründen, warum wir das nicht tun, ist meiner Ansicht nach nicht notwendig.

Was die Einheit der Arbeiterbewegung selbst betrifft, so ist es mein Standpunkt, daß nur die wirkliche und nicht die bloß scheinbare Einheit es ist, welche der Befreiung des Proletariats dient. Ich meine, es bedarf keines Beweisverfahrens, daß eine solche Einheit der Proletarier, die — wie die „Népszava" in ihrer Nummer vom 9. März schreibt — das Proletariat ganz im Lager der Scheidemänner vereinigen würde, nur schädlich wäre. Nur eine solche Einheit der Proletarier, nur eine solche einheitliche Organisation der Arbeiterbewegung wäre nützlich, welche in Wirklichkeit die theoretische und die prinzipielle Einheit zur Grundlage hat und nicht Zusammenarbeit der Klassen, sondern ich erinnere Sie daran, was die Ansicht unseres Lehrmeisters Karl Marx über die Einigung war, welche das aus dem Kompromisse der Eisenacher und Lassalleaner hervorgegangene Gothaer Programm abortierte. In seinem an Bracke gerichteten Schreiben sagt Marx in Verbindung mit der Kritik zum Gothaer Programm folgendes:

„Wir wissen, wie sehr die Tatsache der Einigung allein die Arbeiter befriedigt, aber sie sind arg im Irrtum, wenn sie glauben, daß sie diesen momentanen Erfolg nicht sehr teuer erkauft haben." (Aus der von Erwin Szabó besorgten ungarischen Ausgabe der Werke von Marx und Engels, Bd. II., Seite 412.)

Jenen Eklektikern gegenüber, die jede Berufung auf Marx als Dogmatik, Talmudmarxismus, Autoritätsanbetung bezeichnen (unterdessen bestreben sie sich, ihre eigene Inhaltslosigkeit an die Stelle von Marx zu setzen), beeile ich mich, zu erklären, daß der zitierte Satz nicht deshalb wahr ist, weil er von Marx gesagt ist. Die Tatsachen bestätigen seine Richtigkeit.

Wenn die russischen Bolschewiki nicht bereits im Jahre 1907 das — wie Lenin sagt — Diplomatisieren innerhalb der Partei

eingestellt hätten, wenn Rosa Luxemburg, Liebknecht und Franz Mehring, ja selbst die blutärmsten Unabhängigen Sozialisten nicht während des Krieges mit der Schein-Einheit der deutschen Arbeiterbewegung abgerechnet hätten, wenn die italienischen Sozialisten zur Zeit des Krieges in Tripolis nicht dasselbe getan hätten, hätten sie sich nicht dadurch die Aktionsfreiheit und auf Grund ihrer separaten Organisation auch die Propagandamöglichkeiten geschaffen, dann wäre — ich glaube — die Geschichte der Arbeiterbewegung an erhebenden revolutionären Ereignissen und hauptsächlich an Erfolgen ärmer gewesen. Es kann sein, daß der sogenannte Bruderkampf, der Kampf eines Teiles des Proletariats gegen den andern vielleicht kein solch offener gewesen wäre, aber es ist zweifelhaft, ob durch diesen offenen Kampf dem Proletariat nicht viele überflüssige Opfer erspart geblieben sind, zumal auch jedes neue Jahr des Kapitalismus dem Proletariat immer mehr dieser Opfer auferlegt. Und ich frage: ist der Zusammenstoß zwischen dem in den Gewerkschaften vereinigten und dem außerhalb dieser stehenden Proletariat nicht auch ein Bruderkampf?

Es gibt auch unvermeidliche, sogenannte „notwendige" Uebel. Daß mir jetzt der Kopf eingeschlagen wurde und daß eventuell solches noch vorkommen wird: das sind solche Notübel. Für mich ist es ein Uebel, für die Arbeiterbewegung aber wird es im Endergebnis vorteilhaft sein! Mögen sich auch die anderen zu diesem objektiven historischen Gesichtspunkt erheben!

Die Einigung der Arbeiterbewegung muß zustande kommen. Aber um ihre Einigung zu ermöglichen, mußte sie sich vorerst teilen. Es ist das kein Spiel mit Worten, sondern der Ausdruck einer dialektischen Gesetzmäßigkeit.

Vor oder nach dem Siege der Proletarierrevolution wird die Arbeiterbewegung jedenfalls eine einheitliche sein. Ich fühle mich dem ungarischen Proletariat wohl nicht näherstehend als — sagen wir — dem amerikanischen oder russischen oder aber dem tschechischen, aber subjektiv würde ich mich dennoch glücklich fühlen, wenn unter der Einheit der ungarländischen Arbeiterbewegung der Sieg der Proletarierrevolution zur Reife käme und wenn sofort einheitlich mit der Durchführung der zum Sozialismus führenden Uebergangsmaßnahmen begonnen werden könnte.

Ich kann nichts dafür: ich sehe den Ereignissen mit einer gewissen Ungläubigkeit entgegen; der gegenwärtige Stand der

ganzen internationalen Arbeiterbewegung zwingt mich dazu. Dennoch glaube ich, daß die Einigung in der rein proletarischen, also revolutionären Richtung in Ungarn bald eintreten wird.

Die Plattform, die Sie begehrt haben, wäre zur Klärung der eigenen Anschauung und jener unserer wohlwollenden Gegner in den folgenden Grundsätzen zusammenzufassen:

1. Keine, wie immer geartete Unterstützung der sogenannten Volksregierung, Enthaltung von der Teilnahme an der Regierung des Bourgeois-Staates. Ablehnung jeder Klassenzusammenarbeit. Ausbau der Arbeiterorganisationen zu Machtorganen der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte.

2. Mit der Politik der sogenannten Gebiets- oder, wie man es neuestens nennt, Volks-Integrität muß gebrochen werden. Energischer Angriff gegen die als Folge der Klassenzusammenarbeit sich zeigende sogenannte revolutionäre Landesverteidigung; ein neuerlicher Krieg gegen die Tschechen, Rumänen oder Serben ist um jeden Preis zu verhindern. *Einem revolutionären Kriege kann eine Proletarierpartei nur in dem Falle zustimmen, daß:*

a) *alle Macht tatsächlich und ausdrücklich in die Hände des industriellen und landwirtschaftlichen Proletariats übergegangen ist;*

b) *jede Gemeinschaft mit den kapitalistischen Interessen wirklich aufgehört hat;*

c) *alle Garantie dafür vorhanden ist, daß der Krieg nicht neuerliche nationale Unterdrückung schafft.*

3. Es kann festgestellt werden, daß die ungarländische Revolution sich gegenwärtig im Uebergange von dem sogenannten allgemeinen und nationalen Stadium zu der Epoche der Proletarierrevolution also der sozialen Revolution befindet. Die ungarländische Revolution ist die auch infolge des allgemeinen Bankerotts der kapitalistischen Produktion aktuell gewordene Offenbarung der internationalen, proletarisch-revolutionären Energien. Die Konsequenzen dieser Feststellung sind daher auch in Ungarn in der im Interesse des Proletariats zu entfaltenden politischen Aktion zu ziehen, und zwar wie folgt:

a) *Keine parlamentarische Republik, sondern eine vorübergehend zentralistische Republik der aus den Vertretern der besitzlosen Arbeiter und Bauern zusammengesetzten Räte;*

b) Abschaffung des ständigen Heeres und aller Sonderformationen (Polizei, Gendarmerie, Grenzpolizei usw.) der bewaffneten Macht. Ersetzung derselben durch die Klassenarmee des bewaffneten Proletariats: Entwaffnung der Bourgeoisie;

c) Vollständige Abschaffung der Bürokratie. Selbstverwaltung der Proletariermassen, dies solcherart, daß die Arbeiter- und Bauernräte nicht nur Organe sind, die Gesetze und Verordnungen schaffen, sondern auch die Vollziehung und die Rechtsprechung zur Aufgabe haben. Jede Funktion ist im Wege der Wahl zu besetzen, das Mandat soll befristet und jederzeit entziehbar sein. Die Honorierung soll nicht höher sein als das Einkommen des gelernten Arbeiters. Ein höheres Einkommen ist — auf Grund der in der russischen Revolution gemachten Erfahrungen — nur den Spezialisten zu gewähren.

Eine derart gehaltene politische Verfassung garantiert die Durchführung der zum Sozialismus führenden Uebergangsmaßnahmen und die Möglichkeit der Niederwerfung etwaiger von Seiten der Bourgeoisie sich bemerkbar machender gegenrevolutionärer Bestrebungen.

4. Noch vor Durchführung der zum Sozialismus führenden Uebergangsmaßnahmen und vor Uebernahme der Staatsgewalt ist (zum Teil an Stelle der Betriebsausschüsse) die zentralisierte Kontrolle der Arbeiterräte bezw. die dezentralisierte Kontrolle der Kontroll-Arbeiterräte über die industrielle und landwirtschaftliche Produktion sowie über die Verteilung der Produkte unverzüglich zu verwirklichen. Gleichzeitig ist die genaue Aufnahme der vorhandenen Produktionskräfte, Rohmaterialien und Lebensmittel mit Hilfe der Arbeiter- und Bauernräte durchzuführen.

5. Die zum Sozialismus führenden Uebergangsmaßnahmen wären in großen Zügen die folgenden:

Beschlagnahme des Grundbesitzes für den Proletarierstaat, Verbot der für Private zu verrichtenden Lohnarbeit in der Privatwirtschaft. Der gesamte Boden ist als Eigentum des Staates zu deklarieren, und so ist aller Boden, der nicht vom Nutznießer und seiner Familie bearbeitet wird, durch den Staat mit Hilfe der Dorfräte bebauen zu lassen. Energischer Kampf gegen die Boden-

aufteilung. Ein provisorisches kurzes Uebergangsmittel kann in dieser Hinsicht auch die Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sein.

6. Sozialisierung der Banken für den Proletarierstaat, Beschlagnahme sämtlicher Einnahmen und Depots.

7. Verstaatlichung von Industrie und Verkehr, in erster Reihe natürlich der Großindustrie und Konzentrierung derselben mit den Mitteln des Proletarierstaates; an die Spitze der Betriebe und der gesamten Produktion und des Verkehrs sind Arbeiter-Direktorien zu stellen. (Die Zusammensetzung der Direktorien kann z. B. folgende sein: $^1/_3$ des Direktoriums kann aus den Vertretern der in dem betreffenden Betriebe Beschäftigten, $^1/_6$ aus den Delegierten der Gesamtorganisation des betreffenden Betriebszweiges, $^1/_6$ aus den Delegierten der Konsumentenorganisationen, $^1/_3$ aus den Vertretern der die Volkswirtschaft leitenden Körperschaft bestehen.)

8. Unverzügliche Monopolisierung des Export- und des Großhandels. Monopolisierung aller wichtigen Lebensmittel. Die Verteilung soll nur an die Arbeitenden erfolgen auf Grund der Arbeitslegitimationen und im Wege von Zwangsgenossenschaften der Konsumenten oder durch die entsprechenden Abteilungen der Arbeiter- und Bauernräte (als Grundlage können auch die Beschaffungsgruppen der Betriebe dienen).

Zwecks Realisierung des Arbeitseinkommens müßte zur Umwandlung des Arbeitslohnes in Naturallohn geschritten werden (Verabfolgung in natura).

9. Unverzügliche Verwirklichung sämtlicher Arbeiterschutzforderungen des sogenannten Uebergangsprogramms der sozialdemokratischen Partei, demgegenüber auch die Sicherung der Arbeitsdisziplin.

10. Staatliche Propagierung des Sozialismus. Unverzügliche Trennung von Kirche und Staat. Die Schule ist offen in den Dienst der Erziehung zum Sozialismus zu stellen.

Das ist die Plattform, auf der meiner Meinung nach der revolutionäre Flügel der Arbeiterbewegung bald, schließlich aber auch die gesamte Arbeiterbewegung sich vereinigen wird.

Die mit der Demokratie, besser gesagt mit der Bourgeois-Demokratie, gemachten Erfahrungen haben, — so glaube ich — auch in Ungarn schon sehr viele ernüchtert. Nicht bloß der Bankrott der Bodenaufteilungspolitik ist heute schon klar, sondern auch

die an die sogenannte Reformierung der Bürokratie, sowie an die Nationalversammlung geknüpften Hoffnungen haben sich als nichtig erwiesen. Die Lügenhaftigkeit der Gleichheitstheorie, der als allgemeine Demokratie hingestellten Bourgeois-Demokratie und die Unfähigkeit dieser Theorie für die Durchführung der zum Sozialismus führenden Uebergangsmaßnahmen treten zutage, sobald wir die Probe so anstellen, daß wir dem Ausbeuter den Ausgebeuteten gegenüberstellen. Können Ausbeuter und Ausgebeutete überhaupt gleichgestellt sein?

Die Idee der Proletarierdiktatur müßte noch weiter verbreitet werden oder mit anderen Worten, die Idee der Diktatur des Proletariats müßte in den Gehirnen derjenigen reifen, die ernstlich die Abschaffung der Ausbeutung wünschen; in diesem Programm müssen die revolutionären Elemente der Arbeiterbewegung sich vereinigen, ebenso wie die sozialistischen Parteien in Italien und der Schweiz, wie die Unabhängigen Sozialisten in Deutschland und die Sozialisten in Serbien sich dieses Programm zu eigen gemacht haben.

Die Berufung auf den Kohlenmangel, der Hinweis auf den niedergebrochenen Kapitalismus und das Schlagwort „wir können doch nicht das Alt-Eisen sozialisieren", ferner die Darstellung der internationalen Lage als Schreckgespenst — all das kann keinen einzigen revolutionär denkenden Sozialisten daran hindern, in diesem Sinne auch offen zu handeln.

Die Berufung auf die internationale Lage dient heute nur mehr dem Entente-Imperialismus, ebenso wie die sogenannte revolutionäre Landesverteidigung; deutlicher gesagt: jede Behauptung, die mit Berufung auf den Kohlenmangel der Entfaltung der Revolution des Proletariats im Wege steht, dient der Gebietsintegrität. Wer anstatt der proletarischen Revolution — das ist die Uebernahme der politischen Macht durch die Räte — die revolutionäre Landesverteidigung gegen die Rumänen und Tschechen propagiert, damit die kapitalistischen Betriebe zu Kohlen gelangen sollen, der wird dem Erfolge dieses Krieges zuliebe das ungarländische Proletariat gern in den Dienst des Entente-Imperialismus stellen.

Ich bin der Ansicht, daß nicht der amerikanische Lebensmittelwucher, nicht von im Solde der Entente stehenden polnischen und ukrainischen Gegenrevolutionären gegen Munition gekaufte Kohle dem ungarländischen Proletariat die Erlösung bringen kann — weil sie nur die imperialistische Sklaverei bringen kann —

sondern in erster Linie wäre dazu ein Bündnis mit dem russischen, deutschen, lettischen und ukrainischen revolutionären Proletariat imstande. Das ist unsere momentan zu lösende, außenpolitische Aufgabe und so könnte auch von einer sofortigen gemeinsamen Aktion die Rede sein. Jene, die verkündet haben, daß im Völkerbund die Rettung liegt, vertrauen heute vielleicht auch schon eher der Solidarität des italienischen und französischen, englischen und tschecho-slowakischen Proletariats. Diese Teile des internationalen Proletariats werden sicherlich eher mit einem proletarischen Ungarn solidarisch sein, als mit dem unter der Präsidentschaft eines Karolyi stehenden Staate.

Die internationale Revolution ist kein Humbug, der Völkerbund dagegen ist es. Im Dezember noch — wenn ich mich gut erinnere — haben die Wilson-Anhänger Deutschlands und hauptsächlich Englands stolz als Trumpf ausgespielt, daß in diesen Ländern die Revolution des Proleteriats vorläufig keine Aussicht habe. Und siehe, in Deutschland sind nicht mehr die Spartakisten allein, sondern auch die revolutionären Proletarierelemente der Unabhängigen Sozialisten, ja sogar die der Mehrheitssozialisten Anhänger der proletarischen Revolution. Ist das etwa ein Bruderkampf, der in Deutschland geführt wird? Bestehen die sogenannten Freiwilligen-Korps etwa auch aus „Brüdern"? Interessieren Sie sich, lieber Genosse, dafür, warum die Regierung sich weigert, die vor einigen Tagen in Csepel angelangten Funkentelegramme über die Forderungen der englischen Arbeiter- und Soldatenräte und die Details über die Londoner Unruhen in die Oeffentlichkeit bringen zu lassen? Wenn Sie jemanden aus dem Kreise der eingeweihten Regierungsmänner in einem Momente der Aufrichtigkeit treffen, wird er Ihnen vielleicht sagen, was diese Funkentelegramme enthalten.

Mit dem Bankrott des Völkerbundes mußte auch der Bankrott von Bern eintreten, denn die internationale Politik von Bern war ein Anhängsel zur Pariser Politik. Das bedeutet zugleich einen neuerlichen Fortschritt des Sieges der revolutionären Internationale, ist die erste Bedingung für den Erfolg jeder Einigungsbestrebung.

Hinsichtlich der Einigung wären meiner Ansicht nach in allererster Linie die folgenden konkreten Angelegenheiten zu erledigen.

1. Eine gemeinsame Konferenz der revolutionären Elemente und Besprechung der meinerseits vorgeschlagenen Plattform.

2. Maximale Umgestaltung des Parteiprogramms in dem Sinne, daß in diesem Aufnahme findet:

a) Bewertung des Imperialismus als eines besonderen Stadiums des Kapitalismus. Feststellung des Bankrotts des Kapitalismus. Stellungnahme gegen den Staatssozialismus oder gegen den Staatskapitalismus;

b) das Verhältnis des Proletariats zum Staate. Unsere Forderung ist selbstverständlich die Räterepublik;

c) Umgestaltung des Uebergangsprogramms im Sinne der oben zum Ausdruck gebrachten Grundsätze.

3. Anschluß an die revolutionäre Internationale!

Nur noch eines!

Die sogenannte rein sozialistische Regierung bedeutet keine Annäherung an die revolutionäre Diktatur des Proletariats, an die proletarische Demokratie. Unter gewissen, in jedem Falle eintretenden Umständen bedeutet dies gerade ein Abweichen von dieser Richtung. Das parlamentarische System, die Organisation des Bourgeoisstaates selbst ist das Hindernis für die Selbstverwaltung der Proletariermassen und für den Uebergang zum Sozialismus. Es existiert keine reinsozialistische Regierung, die in einer parlamentarischen Republik die proletarische Demokratie verwirklichen könnte, und die Herrschaft der sozialistischen Regierung bedeutet ebensowenig die proletarische Demokratie und das Eintreffen der politischen Bedingungen für die Abschaffung des Kapitalismus, wie der Staatssozialismus, welcher in Ungarn bezeichnender Weise mit der Verstaatlichung der Zuckerfabriken begonnen hat, als Sozialisierung gelten kann.

Ich habe Ihnen, werter Genosse, dies geschrieben und ich glaube, es besteht kein Zweifel darüber, daß ich für dieses Programm, dessen Verwirklichung meiner Ansicht nach die Vorbedingung für die Befreiung des Proletariats ist, unter allen Umständen kämpfen werde. Ich schäme mich dessen nicht, sondern bin vielmehr stolz darauf, daß wir in diesem Kampf von Lenin, ja sogar — ich kann es nun verraten, auch von den deutschen Spartakisten unterstützt worden sind. Ich schäme mich auch der in Rubel ausgedrückten Unterstützung nicht, sondern ich bin stolz darauf, daß Radek und ich

sich des in uns gesetzten Vertrauens würdig erwiesen haben, und wir werden uns auch fürderhin dessen würdig zeigen.

Wer in Ungarn die Diktatur des Proletariats zustande bringen wird? Diese Frage, welche von einigen so viel ventiliert wird, ist für mich eine ziemlich untergeordnete Frage. Ich glaube, daß diese Frage keinesfalls von Personen abhängig ist, sondern es ist das eine Sache der Massen des Proletariats selbst. Und es werden diejenigen an der Spitze schreiten, die durch ihre Ueberzeugung, und ich füge noch hinzu: durch ihren Mut an die Spitze gestellt werden. Ich kann es hier vom Gefängnis aus ruhig sagen, daß es für mich nicht wichtig ist, bei der Teilung mit unter den ersten zu sein, ich möchte nur, daß ich auch in Ungarn im Kampfe in die erste vorderste Reihe des kämpfenden Proletariats zu stehen komme, wie ich auch in Rußland dort gekämpft habe. Die Handlung — die Tat, ist Probe der Revolutionäre.

Wir, die wir uns Kommunisten nennen und deshalb hier in dieser Institution der Gewaltorganisation des Bourgeoisstaates sitzen und darauf warten, daß der Kampf zwischen der revolutionären und der reformistischen Richtung der Arbeiterbewegung durch das aus den Krämern der Theresienstadt, den Spezereihändlern der Leopoldstadt und den Selchermeistern der Josephstadt (Stadtteile in Budapest) zusammengesetzte Geschworenengericht entschieden werde — wir, die sogenannten Kommunisten wollen alle nur das.

Ich weiß, daß dieser Kampf, dieser endgültige Entscheidungskampf zur Befreiung des Proletariats, wenn er vielleicht auch nicht durch die einheitliche Arbeiterpartei zur Entscheidung geführt wird, schließlich doch die Arbeiterbewegung aller Länder zu einer Einheit zusammenschweißen wird. Nach der ersten Etappe des Kampfes wird die Arbeiterbewegung gewiß eine geeinigte sein, wie sie es in Rußland geworden ist, wo — zur Vermeidung von Irrtümern will ich dies bemerken — nicht die Bolschewiki sich auf den Standpunkt der Menschewiki gestellt haben.

In meinem Namen, wie im Namen meiner Genossen, die diese Angelegenheit kennen, verbleibe ich

mit Parteigruß

Béla Kun.

Budapest, 11. März 1919.

* * *

Der Brief war abgegangen. Unter der Arbeiterschaft war die Erregung von Tag zu Tag größer geworden. Ein Mitglied der Regierung, — den Minister Johannes Vas — der in einer Versammlung die wiederholten revolutionären Bodenenteignungen verurteilte — hatte die Arbeiterschaft tätlich insultiert.

Den Gedenktag der Pariser Kommune feierte die Arbeiterschaft von Csepel in einer großen Volksversammlung. Auf dem Versammlungsorte scharten sich die Proletarier zusammen, um der großen Helden zu gedenken, die mit ihrem Märtyrertod den Weg zur Befreiung des Proletariats — den Weg der durch bewaffneten Aufstand erkämpften Diktatur des Proletariats — gezeigt hatten. Nach Würdigung der Bedeutung der Kommune wurde folgender Beschlußantrag vorgelegt:

„Die von der Arbeiterschaft in Csepel am 18. März 1919 abgehaltene Versammlung beschließt:

Das Gefangenhalten der Zentralleitung der Partei der Kommunisten Ungarns, die Verhaftung und Abschiebung ihrer Agitatoren und Kolporteure verletzt die Interessen der ungarischen Arbeiterbewegung.

Ein Zusammenhang zwischen dem Angriff auf die „Népszava" und der K. P. konnte nicht nur nicht festgestellt werden, sondern die Untersuchung wurde hierauf gar nicht erstreckt, da gleich nach der Verhaftung bewiesen wurde, daß die Mehrheit der Verhafteten von einem Angriff überhaupt erst nach ihrer Verhaftung etwas erfahren hat.

Es kann festgestellt werden, daß die Verhaftung der Kommunisten eine polizeiliche Verfolgung bedeutet und bezweckt, die durch die K. P. vertretene Richtung der Arbeiterbewegung ihrer Führer und Agitatoren zu berauben. Die meisten der Verhafteten haben an der internationalen proletarischen Revolution und an der ungarischen antimilitaristischen und revolutionären Propaganda während des Krieges kräftig mitgearbeitet, erlitten dafür Verfolgungen und Verhaftungen, ihre Verfolgung durch eine revolutionäre Regierung empört darum umsomehr das Csepeler Proletariat.

Mit Rücksicht darauf beschließt die Versammlung, daß die Arbeiterschaft von Csepel die sofortige Enthaftung der Kommunisten fordert und dazu entschlossen ist, diesem Beschluß mit allen Kräften Geltung zu verschaffen.

Die Arbeiterschaft von Budapest wird aufgefordert, sich diesem Beschluß anzuschliessen."

Die Volksversammlung nahm mit großer Begeisterung den Antrag an und beschloß, diese Resolution durch eine aus der Mitte der Arbeiterschaft sämtlicher Fabriken gewählte Abordnung dem Präsidenten der Volksrepublik Michael Karolyi und dem Kriegsminister Wilhelm Böhm zu übermitteln.

Die revolutionäre Atmosphäre war bereits überhitzt. Der revolutionären Bewegung und der Enteignung des Bodens durch die Landarbeiter des Komitats Somorgi folgten auch die der Pester Komitate. Die Arbeiter der Flugzeugfabrik in Aszod nahmen die Fabrik in ihren Besitz, die Landarbeiter dortselbst den Boden. Die Regierung und die S. D. P. standen den Ereignissen hilflos gegenüber. Den oben erwähnten Beschluß nahm die ganze Budapester Arbeiterschaft zur Kenntnis. Für den 21. März war in der Csepeler Fabrik eine Beratung der Vertrauensleute der Arbeiterschaft sämtlicher Budapester Fabriken einberufen. Es sollte hier darüber beraten werden, in welcher Form der Beschluß der Arbeiterschaft dem Präsidenten Karolyi und dem Kriegsminister Böhm zu übermitteln wäre, und was die Arbeiterschaft im Falle einer Ablehnung weiter zu tun habe. Die Arbeiterschaft beherrschte die Stimmung, daß sie die Kommunisten nicht weiter im Gefängnis schmachten lasse, und es wurden auch die Vorbereitungen zu ihrer Befreiung getroffen. Das Militär schloß sich auf die erste Aufforderung hin der Arbeiterschaft an. Die Regierung und die S. D. P. hatten Kenntnis von den Vorbereitungen der Arbeiterschaft. Auch das wußten sie bereits, daß das Militär Geschütze auf den Blocksberg aufziehen ließ, als im Auftrag der Entente am 20. März der Oberleutnant Vyx der Regierung eine Note übermittelte, die nicht nur die Demarkationslinie weiter ins Land verschob, sondern diese Demarkationslinie als provisorische Grenze festsetzte.*)

---

*) In einem Aufsatz „Die Geschichte meiner Abdankung" in der Wiener Arbeiterzeitung vom 25. Juli 1919 schilderte der ehemalige Präsident der Volksrepublik, Graf Michael Karolyi, diese Ereignisse folgendermaßen: „Die wahre Geschichte jener verhängnisvollen Tage ist, so kurz als möglich zusammengefaßt, die folgende: (Ich schreibe nicht nur aus dem Gedächtnis, sondern teilweise nach dem amtlichen Protokoll des letzten Ministerrats.)

Am Nachmittag des 20. März übergab mir Leutnant Vyx seine bereits bekannte Note. Ich berief sofort für den Nachmittag den Ministerrat, damit dieser Stellung nehmen könne. Im Ministerrat teilte ich den Inhalt der Note mit. Ich bemerkte,

Der Umsturz war ein vollständiger. Nicht infolge der Note des Oberleutnants Vyx. Diese Note übte auf die Entwicklung der Dinge gar keinen Einfluß aus. Höchstens war sie geeignet, die Haltung der Bourgeoisie, jedoch keinesfalls die der Arbeiterschaft, zu beeinflussen. Die Setzer und die gesamte Druckereiarbeiterschaft streikten bereits seit zwei Tagen, die Blätter erschienen nicht. Die Stimmung der Arbeiterschaft war überhitzt, sie stand bereit, die Kommunisten aus den Gefängnissen zu befreien, als am 21. März vormittags im Auftrag der S.D.P. Eugen Landler im Sammelgefängnis bei den Kommunisten erschien und mitteilte, daß die S.D.P. die Plattform des Kommunismus, die Béla Kun in dem Briefe an Ignaz Bogar festgelegt hatte, ohne Vorbehalt annehme, und wenn die Kommunisten dies zur Kenntnis nehmen, so werde die Parteileitung der S.D.P. nachmittags im Sammelgefängnis behufs Vereinigung der beiden Parteien erscheinen; nachher könne sich die Proletarierregierung konstituieren und die Diktatur des Proletariats proklamieren. Nach kurzer Beratung entfernte sich Landler und am Nachmittag um 3 Uhr erschienen im Auftrag der S.D.P. Eugen Landler, Jakob Weltner, Siegmund Kunfi, Joseph Pogany und Joseph Haubrich im Sammelgefängnis. Die Vertreter der beiden Parteien schritten zu den Beratungen. Zuerst sprach Weltner. Kurz, mit einigen Worten erklärte er die bisherige Politik der S.D.P. als

---

daß im Anschluß an die Ueberreichung der Note Vyx mir, wie auch zu dem gleichfalls anwesenden Ministerpräsidenten Berenkeye und dem Kriegsminister Böhm gegenüber mehrmals und mit besonderm Nachdruck betonte, daß die in der Note enthaltene neue Demarkationslinie fortab nicht den Charakter einer bloß strategischen Linie habe, sondern die provisorische politische Grenze Ungarns sei. Zum Schluß erklärte Oberstleutnant Vyx, daß, insofern er bis 6 Uhr abends des nächsten Tages (des 21. März) keine bedingungslos bejahende, d. h. die Note vollkommen akzeptierende Antwort erhalten würde, die alliierten Missionen sogleich Budapest verlassen würden. (Diese letztere Erklärung konnte nicht anders gedeutet werden, als daß die Entente uns mit einem neuerlichen Kriegszustand bedrohen ließ.)

Ich erwiderte dem Oberstleutnant Vyx sogleich, daß seine Forderungen unerfüllbar seien, denn diese bedeuten neuerliche arge Verstümmelungen des rein magyarischen Territoriums, welche sowohl den Wortlaut, als auch den Sinn des Belgrader Waffenstillstandes schwer verletzten, uns alte nationale Besitzstände raubten und den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes völlig unmöglich machten. Diese Bedingungen könnten wir umsoweniger annehmen, da die Befragung des Landes in dieser Schicksalsfrage teils durch die ultimatumartig knappe Frist der französischen Note, teils durch die geplante sofortige Zerreißung des magyarischen Territoriums unmöglich gemacht wurde.

gescheitert. Es gäbe nur einen Ausweg: daß sich die S.D.P. auf die Basis des Programms der K.P. stelle, auf diese Weise die Einheit der Arbeiterbewegung herstelle, sich an die Dritte Internationale anschließe, und auf Grund des Rätesystems das Proletariat die Herrschaft übernehme. Die S.D.P. habe diesen Beschluß — mit Ausnahme von Emanuel Buchinger, Ernst Garami und Julius Peidl, die sich zurückziehen wollen — einstimmig gefaßt. Er beantragte daher die Vereinigung der beiden Parteien.

Béla Kun wollte einige prinzipielle Fragen beraten, doch sowohl Kunfi wie Weltner äußerten sich dahin, die Plattform zwar nicht gelesen zu haben, doch zu wissen, daß sie die Quintessenz der Kommunisten enthalte, die S.D.P. akzeptiere sie daher ohne Vorbehalt. Zu einer weiteren Beratung gab es auf diese Weise kein Material mehr, die Anwesenden faßten daher folgenden

Beschluß!

Die Ungarländische Sozialdemokratische Partei und die Partei der Kommunisten haben am heutigen Tage in einer gemeinsamen Sitzung ihrer Leitungen die restlose Vereinigung der beiden Parteien beschlossen.

Die vereinigte neue Partei wird, bis die revolutionäre Internationale hinsichtlich der definitiven Benennung der Parteien entscheidet, folgenden Titel führen:

Ich sah auch augenblicklich ein, — so setzte ich meinen Vortrag im Ministerrat fort — daß die bisherige Koalitionsregierung unhaltbar geworden ist, denn gegenüber dem national so schwer gedemütigten Lande hätten die bürgerlichen Parteien allen moralischen Rückhalt verloren. Nur eine rein sozialdemokratische Regierung könnte die arg gefährdete Ordnung des Landes aufrecht erhalten. Die tatsächliche Macht war ja schon seit Monaten ausschließlich in den Händen der organisierten Arbeiterschaft. Wenn wir die mörderischen Forderungen der Entente nicht erfüllen wollen, brauchen wir ein einheitliches Heer. Dieses einheitliche Heer kann in dieser Periode der wirtschaftlichen Krisis und der furchtbar erbitterten Klassenkämpfe (kommunistische Tumulte waren an der Tagesordnung) allein die sozialdemokratische Partei schaffen. Die westliche Orientierung, die auf Wilson aufgebaute Politik hat definitiven Schiffbruch erlitten. Wir brauchen eine neue Orientierung, welche uns die Sympathien der Arbeiterinternationale sichern wird. Unter solchen Umständen kann die bisherige Koalitionsregierung die Lage nur verschlechtern, denn eine völlige moralische und sozialistische Einheit der Regierung ist die erste Bedingung des Kampfes geworden. Auch gegenüber den immer schärferen und rücksichtslosen Angriffen der Kommunisten könnte sich nur eine rein sozialistische Regierung halten, denn die jetzige Koalitionsregierung werde dadurch bei den Massen unmöglich gemacht, daß die Kommunisten die

Ungarländische Sozialistische Partei.

Die Vereinigung erfolgt auf der Grundlage, daß an der Leitung der Partei und an der Regierungsgewalt die beiden Parteien gemeinsam teilnehmen. Die Partei übernimmt im Namen des Proletariats unverzüglich die gesamte Macht. Die Diktatur des Proletariats wird durch die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte ausgeübt. Daher unterbleiben die geplanten Wahlen für die Nationalversammlung endgiltig.

Die Klassenarmee des Proletariats ist unverzüglich zu schaffen, und den Händen der Bourgeoisie sind die Waffen restlos zu entwinden. Zur Sicherung der Herrschaft des Proletariats und gegen den Entente-Imperialismus ist mit der russischen Sowjetregierung das vollkommenste und innigste Bündnis zu schließen.

Budapest, den 21. März 1919.

Für die Ungarländische Sozialdemokratische Partei	Für die Partei der Kommunisten Ungarns	
Eugen Landler	Béla Kun	Karl Vantua
Jakob Weltner	Béla Szántó	Eduard Chlepko
Siegmund Kunfi	Béla Vago	Ernst Seidler
Joseph Pogany	Franz Jancsik	Joseph Rabinowits
Joseph Haubrich		

Sozialisten anklagen, als Söldner der Bourgeoisie den Kampf gegen den Bolschewismus zu führen.

Solch eine rein sozialistische Regierung würde nach meiner Ansicht auch die ganze Bürgerschaft freudig unterstützen in ihrer Arbeit, der Verteidigung des Landes gegen die imperialistischen Raubangriffe und der Aufrechterhaltung der Ordnung und der öffentlichen Sicherheit. In diesem Falle werde die sozialdemokratische Regierung auch auf die Unterstützung der ganzen Internationale rechnen können.

Nach meiner Ansicht werde die neue sozialdemokratische Regierung mit den Kommunisten eine Vereinbarung treffen müssen, damit, solange sie diesen Kampf auf Leben und Tod gegen die imperialistischen Eindringlinge führt, im Lande keine Unordnungen und Schwierigkeiten entstehen. Uebrigens würde die Stellung der Sozialisten den Kommunisten gegenüber aus dem früher erwähnten Grunde eine beträchtlich stärkere sein, doch müßte man trachten, nutzlose innere Schwierigkeiten überall zu verhindern.

Meine Ausführungen schloß ich mit den Worten, daß ich von der Präsidentschaft der Republik nicht abdanken, sondern in dieser schwierigen Situation die Leitung des Staatsschiffes unbedingt behalten werde. Wenn der Ministerrat meinen Standpunkt annimmt, wird dies morgen dem Oberstleutnant Vyx mit-

Die Delegierten der S. D. P. begaben sich dann zur Sitzung des Arbeiterrates. Der Sitzung des Arbeiterrates vorangehend, nahm der Soldatenrat Stellung für die Diktatur des Proletariats. Während der Sitzung erschien im Sammelgefängnis ein bewaffnetes Detachement der Matrosen zur Befreiung der Kommunisten, doch traf gleichzeitig der Staatsanwalt ein, der sowohl den Befehl des Justizministers zur Enthaftung der Kommunisten, wie auch einen solchen des Soldatenrates verlas, worauf die Kommunisten das Sammelgefängnis verließen.

Die Sitzung des Arbeiterrates tagte noch. Im Namen der S.D.P. referierte Alexander Garbai, der über die Notwendigkeit der Vereinigung der beiden Parteien folgendes ausführte:

„Wir müssen eine neue Richtung einschlagen, damit wir vom Osten das bekommen sollen, was der Westen uns verweigert hat. Wir müssen uns in den Zug der Ereignisse einschalten. Die Streitmacht der russischen Proletariermassen ist im Anmarsch. Eine bürgerliche Regierung kann nicht folgen, es ist unmöglich, daß eine solche folgt, denn niemand anders als die Sozialdemokratische Partei kann diesen schweren Beruf erfüllen. Wir müssen uns daher auf den Standpunkt stellen, daß wir eine sozialistische Regierung bilden und die Diktatur des Proletariats ausrufen. Das ist die neue Richtlinie unserer Politik. Mit neuen Mitteln, mit

---

geteilt, und ich werde den neuen Ministerpräsidenten ernennen, der mir, den Wünschen seiner Partei entsprechend, die Liste der neuen sozialdemokratischen Regierung unterbreiten wird. Ueber das weitere wird diese neue sozialistische Regierung entscheiden.

Nach meinen Ausführungen ergriff Kriegsminister Böhm das Wort. Er äußerte die gleiche Meinung, sowohl in der Beurteilung der Note, als auch im Hinblick auf deren Folgen und die zu ergreifenden Maßregeln. Unterrichtsminister Siegmund Kunfi betonte, die ganze sozialdemokratische Partei Ungarns sei einig darin, daß die Forderungen der Entente unerfüllbar seien. Meine Vorschläge halte er für durchaus richtig, doch hätte er einen vermittelnden Antrag. Die Regierung möge Vix antworten, daß, sofern die Entente bei ihren Forderungen beharre, die Berenkey'sche Koalitionsregierung abdanken und an ihre Stelle eine sozialdemokratische kommen werde. Man müsse zugleich der Entente mitteilen, daß eine sozialdemokratische Regierung unbedingt mit der Zeit eine Anpassung an den Kommunismus bedeute. Bis zum Eintreffen der Antwort der Entente möge die Regierung von Vyx die Suspendierung der ganzen Angelegenheit verlangen. Kunfi wollte die Ententeregierungen hierdurch in das Dilemma versetzen, ob sie vor ihren eigenen Völkern die Verantwortung übernehmen wollen, zu Gunsten des rumänischen Imperialismus ein Land, das heute noch nicht bolschewistisch ist, in die Richtung des Kommunismus zu drängen. Diesen Sachverhalt sollten die

neuen Methoden wollen wir in den Kampf ziehen. Unsere Politik kann jedoch nur Erfolg haben, wenn wir den Frieden zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Ungarländischen Kommunistenpartei herstellen. Wenn der Arbeiterrat es so wünscht, so steht dem kein Hindernis mehr entgegen, denn die Vereinbarung ist bereits fertig. Wir müssen uns in der Erstrebung eines Zieles vereinigen und vereint müssen wir den hindernisreichen Weg bis zum Ziele zurücklegen. Kommt die Einheit zustande — sie ist ja zwischen uns perfekt — dann müssen die kommunistischen Genossen noch heute in Freiheit gesetzt werden und morgen oder übermorgen, aber jedenfalls binnen kurzer Zeit, muß durch Funkspruch der ganzen Welt kundgetan werden, daß in diesem Lande das Proletariat die Lenkung seines Schicksals in die Hand genommen hat, daß das ungarländische Proletariat der russischen Sowjetregierung sein brüderliches Bündnis anbietet.

Die Arbeiterschaft der ganzen Welt muß aufgefordert werden, mit größerer Tatbereitschaft, mit größerer Kraft, mit entschlossener Kampfeslust sich zur Niederwerfung des Imperialismus vorzubereiten. Wir sind davon überzeugt, daß unsere entscheidende Entschließung nicht nur auf die rumänischen, serbischen, deutschen und tschechischen, sondern auch auf die italienischen und französischen Genossen nicht ohne Wirkung bleiben wird. Diese unsere Entschließung

---

bürgerlichen Parteien und Minister durch einen Funkspruch der weitesten Oeffentlichkeit übergeben, damit der moralische Druck auf die Entente ein desto größerer werde. Bis sich diese Sache entscheide, möge die Regierung auf ihrem Platze bleiben und die Geschäfte weiterführen.

Handelsminister Garami widersetzte sich dem vermittelnden Antrag Kunfis, weil von ihm ein praktisches Ergebnis nicht zu erwarten sei. Die bisherigen Drohungen der Regierung seien immer erfolglos geblieben. Außerdem könne man auf die Bildung einer sozialdemokratischen Regierung nicht mehr verzichten, da diese eine unumgängliche soziale Notwendigkeit geworden sei. Johann Hock, Präsident des Nationalrates, der zu diesem Ministerrat eigens eingeladen wurde, teilte in vollem Maße meinen und Garamis Standpunkt. Auch deswegen verwarf er den Vorschlag Kunfis, weil der Funkspruch der bürgerlichen Minister eventuell den Anschein erwecken könnte, daß sie, der Macht verlustig, jetzt vor der Entente die Sozialdemokratie denunzieren möchten. Er meldete zugleich die volle Unterstützung der Bürgerschaft zu Gunsten eines rein sozialistischen Ministeriums an und teilte mit, daß er im Nationalrat einen Antrag auf dessen Auflösung einbringen werde.

Im selben Geiste äußerten sich alle anwesenden Minister, namentlich Alexander Juhasz, Stefan Szabo, Buza Barna, Paul Szende, Ernst Balag, Nagy Vincze, Johann Vas und Julius Peidl, worauf der Ministerrat einstimmig den Beschluß faßte:

muß den Reifeprozeß beschleunigen, muß das Bestreben fördern, durch Herstellung des großen internationalen Proletarierbunds die Herrschaft des Imperialismus zu stürzen."

Im Namen der Kommunisten sprach Alexius Bolgar, worauf sich der Arbeiterrat für die Vereinigung aussprach und die Leitung der beiden Parteien mit der Konstituierung der Proletarierregierung betraute.

Der „Revolutionsregierungsrat" konstituierte sich noch in der Nacht und proklamierte die Diktatur des Proletariats. Die Uebernahme der Macht ging glatt, ohne Störung vor sich.

Am nächsten Tage, als die kommunistischen Volkskommissare im Volkskommissariat für Aeußeres bei Béla Kun zur Besprechung der Liquidierung der K. P. sich versammelten, sprach Béla Kun zu ihnen:

„Es ist zu glatt gegangen. Ich konnte nicht schlafen, die ganze Nacht dachte ich nach, wo wir den Fehler begangen haben. Denn irgendwo muß ein Fehler stecken. Es war zu glatt. Wir kommen schon darauf, nur fürchte ich, zu spät."

Er sollte Recht behalten!

Mit wem hatten es die Kommunisten zu tun gehabt?

Die Vereinigung der Eisenacher und Lasalleaner charakterisierte Marx in seinem an Bracke gerichteten Schreiben folgenderweise:

„Daß die Regierung abdanke, ich auf meinem Platz verbleibe und am nächsten Tage ein rein sozialistisches Kabinett ernenne, welches die Forderungen des Oberstleutnant Vyx ebenfalls ablehnen werde."

Bei diesem Beschluß möchte ich mit allem Nachdruck noch zwei Umstände hervorheben:

1. Sämtliche sozialistische Mitglieder des abgetretenen Kabinetts forderten als conditio sine qua non zur Bildung einer rein sozialdemokratischen Regierung mein Verbleiben als Präsident der Republik.

2. Der Beschluß wurde nicht nur einstimmig gefaßt, sondern alle anwesenden Minister haben in längeren oder kürzeren Ausführungen ihr Votum abgegeben, wobei sie nicht nur meine Resolution annahmen, sondern auch ihrer Begründung vollinhaltlich beistimmten.

Am Vormittag des nächsten Tages, des 21. März, hielt die Parteileitung der Sozialdemokraten eine Sitzung ab, in welcher die sozialdemokratischen Minister über die Lage berichteten. Zur gleichen Zeit beriet ich mich mit Politikern der in der Regierung nicht vertretenen bürgerlichen Parteien, klärte sie über die Lage auf und hörte ihre Ansichten. Sämtliche, unter ihnen Gabriel Ugron, der die Angelegenheit mit seinen politischen Freunden besprochen hatte, teilten meine Ansichten, daß man nichts anderes tun könne, als die Forderungen der Note

„**Wir wissen, wie sehr die Tatsache der Einigung allein die Arbeiter befriedigt, aber sie sind arg im Irrtum, wenn sie glauben, daß sie diesen momentanen Erfolg nicht sehr teuer erkauft haben.**“

In dem Schreiben an Ignaz Bogar zitiert Béla Kun diesen Satz von Marx. Dies ist jedenfalls stichhaltig, da die Arbeiterschaft die Einigung tatsächlich sehr teuer erkauft hat, er war nur insofern im Irrtum, daß die Tatsache der Einigung die Arbeiterschaft befriedigt hatte. Nein! Bei weitem nicht! Denn eine Vereinigung war nur auf dem Papier vorhanden, in der Masse herrschte das volle Mißtrauen weiter. Ein Mißtrauen nicht gegen die Einigung, gegen das Herstellen der Einheit der Arbeiterbewegung, sondern das Mißtrauen gegen die sozialdemokratischen Führer. Sie haßten sie, hatten kein Vertrauen zu ihnen. In instinktiver Weise hatten sie das Empfinden, daß jene, die durch ihre Politik vor der Oktoberrevolution, besonders aber nachher durch 4½ Monate in der Regierung die proletarische Revolution auf Tod und Leben bekämpft hatten, sich über Nacht nicht zu Revolutionären vergeistigen könnten. Und sie irrten sich nicht! Doch sie hatten sich damit abgefunden, sie sahen ein, durch die Ereignisse derart überrumpelt worden zu sein, daß es keine andere Wahl gab.

---

zurückweisen und eine rein sozialdemokratische Regierung ernennen. Gabriel Ugron erklärte zugleich, daß seine Meinung mit der seiner Freunde und namentlich mit der des Grafen Stephan Bethlen übereinstimme. Während ich mit Ugron unterhandelte, erhielt ich die Nachricht, daß 30000 Eisenbahnarbeiter unter dem Eindruck der Note von Vyx zu der Partei der Kommunisten übergegangen seien.

Am frühen Nachmittag hatte der Sozialdemokratische Parteivorstand eine Sitzung. Ueber das, was vorging, äußerten sich die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung in dem Ministerrat, der der sozialdemokratischen Sitzung folgte, mit keinem Wort. Daher war ich, wie auch die bürgerlichen Minister der Ueberzeugung, daß sie auf Grund des Beschlusses des Ministerrats am Tage vorher die persönlichen und sachlichen Angelegenheiten eines rein sozialdemokratischen Kabinetts besprochen hätten. Ebenso erwähnten die sozialistischen Minister weder vor mir noch vor den bürgerlichen Ministern mit keinem Wort, daß schon am frühen Nachmittag, schon um 3 Uhr, die Führerschaft der Sozialdemokratischen Partei mit den Kommunisten eine schriftliche Vereinbarung getroffen hatte, laut welcher die beiden Parteien sich vereinigen und entgegen dem Beschluß des Ministerrats keine sozialdemokratische sondern eine Sowjetregierung bilden werden.

Der Ministerrat begann gegen 5 Uhr und dauerte bis 7 Uhr abends, ohne daß ich oder die bürgerlichen Minister von diesen Vorgängen etwas erfahren

Die Plattform von Béla Kun strebte nicht die Vereinigung der S.D.P. mit der K.P., sondern die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung an. Als er sie schrieb, dachte er nicht daran, ein Regierungsprogramm zu verfassen, sondern eine Plattform — wie er sagte — „zur Klärung der eigenen Anschauung und jener unserer wohlwollenden Gegner." Und an erster Stelle schlug er auch konkret vor: eine gemeinsame Konferenz der revolutionären Elemente zur Besprechung der Plattform.

Als die Plattform geschrieben wurde, war die Spaltung der S.D.P. bereits eine vollzogene Tatsache, doch war die Einheit der Arbeiterbewegung noch nicht hergestellt. Dies ist kein Spielen mit Worten, denn weder Béla Kun noch jemand anders in der K.P. dachte daran, die Einheit der Arbeiterbewegung etwa durch die Vereinigung der beiden Parteien herzustellen. Für einen Revolutionär war diese Art der Lösung undenkbar. Dort die gesetzliche Methode, der konstitutionelle Weg und parlamentarische Mittel, hier rücksichtsloser Klassenkampf, revolutionäre Methode, die Diktatur des Proletariats: zwischen diesen zwei Richtungen gibt es kein Uebereinkommen, keinen Ausgleich, eine Einigung ist unmöglich. Diese zwei Richtungen können sich in einer gemeinsamen Organisation nicht vertragen. Nicht nur die prinzipiellen

---

hätten, im Gegenteil, der letzte Ministerrat bekräftigte nur unsre Ueberzeugung, daß nun eine sozialdemokratische Regierung kommen werde. Noch einige Belege hierzu will ich erwähnen: der Handelsminister Garami, der, wie ich mich erinnere, an der Nachmittagssitzung seiner Partei nicht teilgenommen hatte, machte eine ganze Menge von Vorschlägen zur Erledigung der in der Schwebe befindlichen Angelegenheiten, welche bei einer Sowjetregierung gänzlich überflüssig gewesen wären. (z. B. Erhöhung des Aktienkapitals verschiedener industrieller Unternehmungen etc.) Finanzminister Zsende beantragte, die zeitliche Abwesenheit des Ministers Berenkey benutzend, daß dieser zu einem hohen Richterposten ernannt werde, worauf Kriegsminister Böhm erwiderte, daß die neue Regierung die Verdienste Berenkeys vollauf zu würdigen gedenke und ihm einen sehr wichtigen Vertrauensposten einräumen werde. Später unterbreitete Kriegsminister Böhm auf Wunsch der Sozialdemokratischen Partei seinen Antrag im Interesse der Freilassung der Kommunisten-Führer. Justizminister Juhasz bat dann, man möge die kommunistischen Führer erst am nächsten Tage befreien, weil die Stimmung der Stadt sehr erregt sei und man fürchten müsse, daß sie Unruhen hervorrufen würden. Bemerken muß ich noch, daß infolge des Setzerstreiks seit drei Tagen keine Blätter erschienen waren, und daher die verbreiteten gänzlich unkontrollierbaren Nachrichten in der ganzen Stadt eine große Erregung

Unterschiede, sondern vielmehr noch die aus den theoretischen Feststellungen sich ergebenden Methoden der Aktion sind derart abweichend, daß sie sich voneinander notwendigerweise trennen müssen. Theoretische Unterschiede allein schließen ein zeitliches Zusammenwirken in einer Organisation nicht aus, aber die Differenzen in der Aktion ermöglichen den Anhängern der revolutionären Richtung ein Zusammenwirken nicht ohne ein Verzichten auf die Aktion selbst. Die Kommunisten konnten es sich nicht zur Aufgabe stellen, die S.D.P. nach links zu schieben in der Partei, sondern im Gegenteil die linksstehenden Elemente herauszureißen, die revolutionären Elemente zu organisiereren, um die Reformisten, die Anhänger der Demokratie, isolieren zu können. Die Reformisten nicht nach links, sondern nach rechts zu schieben und sie zu zwingen, sämtliche Konsequenzen der Gesetzmäßigkeit bis zur bewaffneten Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung zu ziehen: das ist der Weg der Abspaltung der revolutionären Elemente und ihre Vereinigung in einer revolutionären Partei. Je entschiedener, je schroffer sich dieser Prozeß vollzieht, desto tiefer, desto vollständigsr ist die Spaltung zwischen den beiden Richtungen, desto schneller, in desto größeren Massen spalten sich die revolutionären Elemente von dem reformistischen Flügel ab, und es wächst und verstärkt sich der revolutionäre Flügel.

---

hervorgerufen hatten. Böhm und Kunfi beruhigten den Kriegsminister, worauf wir beschlossen, daß ich die Freilassung der Kommunisten anordnen werde. Das war so gegen 1/2 7 Uhr. Der Arbeiterrat war für 7 Uhr zusammenberufen. Etwas nach 7 Uhr, soweit ich mich erinnere, war der Ministerrat zu Ende, der sich in dem Bewußtsein aufgelöst hatte, daß ich nach der Sitzung des Arbeiterrates die neue sozialdemokratische Regierung ernennen werde; Kunfi versprach mir, mich nach der Sitzung des Arbeiterrates, wenn noch so spät, im Nationalpalast aufzusuchen, damit die neue Regierung gebildet werde. Die aussscheidenden bürgerlichen Minister nahmen von mir Abschied. Berenkey bat dann Kunfi, die neue Regierung möge ihm erlauben, noch eine Woche in der Wohnung des Ministerpräsidiums zu verbleiben, was Kunfi auch bereitwilligst versprochen hat. Die Lage war aber schon damals in einem ganz anderen Sinne entschieden, als sie der Ministerrat lösen wollte. Schon nachmittags hatte der Soldatenrat auf Vorschlag seines Präsidenten Pogany beschlossen, die Kommunisten zu unterstützen; und er ließ sämtliche Autofahrzeuge, auch die der Minister schon um 5 Uhr nachmittags requirieren. Die Platzwache geriet ganz in kommunistische Hände, und als um 7 Uhr abends im Arbeiterrat Garbai als bereits feststehende Tatsache mitteilte, daß die Sowjetregierung gebildet wird, hatten die Soldaten und Matrosen die Macht tatsächlich in ihre Hände bekommen, ohne daß von alldem das Kabinett

So im Kampfe in der Erziehung und Vorbereitung des Proletariats zur Revolution, stellt das Proletariat selbst die Einheit der Arbeiterbewegung dadurch her, daß es von den zum Burgfrieden hinneigenden halbproletarischen Elementen die rein proletarischen Elemente abspaltet und vereinigt. Hat es jene von sich abgewälzt, so kann das Proletariat fähig sein, die revolutionäre Situation auszunutzen und sich an der internationalen proletarischen Revolution zu beteiligen.

Dies war das Ziel der Plattform, diesen Weg der Vereinigung der Arbeiterbewegung wollte sie beschleunigen und verkürzen. Auch die geplante gemeinsame Konferenz der revolutionären Elemente zur Besprechung der Plattform war dazu bestimmt gewesen. Doch sollte es nicht dazu kommen! Das Abspalten der revolutionären Elemente vom reformistischen Flügel, von der S.D.P. nach der Ueberreichung der Plattform — ohne daß sie veröffentlicht und besprochen worden wäre —, ging mit Riesenschritten vor sich. Die Parteileitung der S.D.P. schreckte zurück. Die Situation für sie war: Führer ohne Massen zu bleiben! Jakob Weltner, ein Führer der S.D.P. schilderte diese Situation in einem nach dem Sturze der Rätediktatur am 10. August 1919 in der Wiener Arbeiterzeitung erschienenen Aufsatz, betitelt: „Wie es ward!“ folgenderweise: Die Stimmung der Massen legte die

---

und ich, die wir damals noch beisammen waren, irgend etwas erfahren hätten. Wie mir später Béla Kun mitteilte, waren auf dem Blocksberg 4 Kanonen aufgestellt, um im Falle eines Widerstandes die Regierungsgebäude zu beschießen.

Von all dem hatte mir, dem Präsidenten, niemand Mitteilung gemacht. Statt dessen wurde ich nach 7 Uhr, als die Entscheidung des Arbeiterrates bereits in die Oeffentlichkeit gedrungen war, durch einen journalistischen Vertrauensmann der Kommunisten, Paul Keri, aufgefordert, gegen meinen bisherigen Standpunkt und gegen den Beschluß des Ministerrates mit der neuen Situation zu rechnen. Nach dem Geschehenen mußte ich meine Abdankung beschließen und zur Vermeidung unnützen Blutvergießens — es war ja keine andere organisierte Kraft als die der Sozialisten vorhanden, und die ganze bewaffnete Macht, Platzwache, Volkswache, Polizei, Heer, stand unter sozialistisch-kommunistischer Führung — unterschrieb ich die Proklamation, mit der ich abdankte und die Macht dem Proletariat übergab, das dieselbe tatsächlich schon früher übernommen und proklamiert hatte. Ich brachte dieses Opfer, — statt die billige Märtyrerkrone einer Verhaftung auf mich zu nehmen — damit kein Bürgergemetzel entstehe, damit auf den Straßen von Budapest kein nutzlos vergossenes Blut fließe, damit das Land von den ärgsten Greueln eines Bürgerkrieges verschont bleibe.“

Einheitlichkeit der Führung der sozialdemokratischen Partei lahm. All dies trug dazu bei, daß schon vor dem 21. März die Lage unhaltbar wurde. Die Eisen- und Metallarbeiter, die Druckereiarbeiter und das Gros der Arbeiter mehrerer anderer Gewerkschaften, weiter der größere Teil der bewaffneten Macht hatte sich offen zu den Kommunisten bekannt. Wir hatten also zwischen Bruderkrieg, Vereinigung oder völligem Zurücktreten zu wählen.

Das Zentral-Komitee der K.P. saß hinter Schloß und Riegel, im Sammelgefängnis. Ueber die Ereignisse wurde es, soweit dies möglich war, aus den Zeitungen und durch die Besucher im Gefängnis unterrichtet. Die Informationen waren nicht immer stichhaltig, und da das Zentral-Komitee die Vorgänge nicht mit eigenen Augen verfolgen konnte, hatte es von dem in den letzten Tagen erfolgten plötzlichen kolossalen Umschwung der Massenstimmung keine sichere feste Ueberzeugung. Die Kommunisten wurden von den Ereignissen überrumpelt. Nachdem ihnen ohne Vorbehalt, ja sogar durch vollständige Annahme des Programms der Kommunisten die Einigung angeboten wurde, konnten sie sie nicht zurückweisen. Eine Zurückweisung wäre den Massen unverständlich gewesen. Man hätte höchstens die Parteileitung der S.D.P. zurückweisen können — großen Teilen der Masse wäre dies auch sympathisch gewesen — doch hätte dies sehr wenig Sinn gehabt. Wie in jeder Arbeiterbewegung entwickelte sich auch in der ungarischen eine Parteibürokratie, die infolge der Eigentümlichkeiten der ungarischen Arbeiterbewegung — hier gab es keine Parteiorganisationen, die Gewerkschaften übten zugleich die Funktionen der Parteiorganisationen aus — mit der Gewerkschaftsbürokratie vollständig verschmolzen war. Zur zweckdienlichen Lösung wäre neben der Parteileitung und Parteibürokratie auch noch die Gewerkschaftsbürokratie aus der Vereinigung auszuschließen gewesen. Dies wäre wieder technisch undurchführbar gewesen. Mit ngarischem Maßstabe gemessen, ist es eben unmöglich, die aus der Partei Ausgeschlossenen als Funktionäre der Gewerkschaften weiter zu belassen. Dies wäre die Aufgabe der Massen, der Mitglieder der Gewerkschaften gewesen, aber noch vor der Vereinigung. Im Momente der Vereinigung war es schon zu spät. Die Partei- und Gewerkschaftsbürokratie fühlte und wußte es, daß die Masse sie beiseite schob. Das wollte sie

nicht, dem wollte sie eben vorbeugen, dazu benutzte sie den durch die im Auftrage der Entente übergebene Note des Oberstleutnants Vyx geschaffenen psychologischen Moment. Wie Weltner sagt, nur zwischen der Vereinigung oder dem völligen Zurücktreten (vielleicht sogar der völligen Ausschaltung) hatte sie zu wählen. Und sie wählte die Vereinigung, da sie eben nicht bei Seite treten wollte. Die durch die Note des Oberstleutnants Vyx geschaffene Regierungskrise und der mit der Zustimmung der bürgerlichen Parteien von dem Präsidenten der Republik Karolyi gemachte Vorschlag, die S.D.P. möchte die Regierungsgeschäfte übernehmen, bereiteten für sie eine geeignete Atmosphäre, um aus der Klemme herausspringen zu können. Revolution oder Burgfrieden! galten für sie nebensächlich; die Hauptsache war nur, Führer der Arbeiterbewegung bleiben zu können. Richtig sagte es Buchinger:*) „Der Schritt, die Einigung der Kommunisten auf Grund ihres vollständigen Programms wurde vorgenommen, ohne daß man auch nur mit halbem Herzen dabei gewesen wäre."

Doch es blieb keine Wahl übrig. Die Zurückweisung hätte die Zurückweisung der Diktatur des Proletariats, den Verzicht des Proletariats auf die Macht bedeutet. Mit der Masse konnte aber nicht gespielt werden, sie hatte es mit der Revolution, mit der Diktatur des Proletariats sehr ernst gemeint.

Aber neben diesem bittern Beigeschmack der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats waren günstige Vorbedingungen für dieselbe vorhanden. Die Russische Rote Armee stand auf der Linie Tarnopol—Kamenec—Podolsk, also in einer Entfernung von ungefähr zweihundert Kilometern von der ungarischen Grenze. Für eine Vereinigung mit den Russen, für die Herstellung einer einheitlichen bolschewistischen Front waren die Aussichten sehr günstig. Die proletarische Weltrevolution versprach damals ein rasches Tempo. Die fortwährenden Kämpfe der Spartakisten in Deutschland, auch die regen kommunistischen Bewegungen in Tschechien und Deutsch-Oesterreich ließen darauf schließen, daß die Truppen des Proletariats anderer Länder dem ungarischen Proletariat bald zu Hilfe eilen würden. In einer solchen Situation mußten diese störenden Ueberlegungen in den Hintergrund gedrängt werden. In dem

*) Emanuel Buchinger (Budapest) „Das warnende Beispiel Ungarns" in der Wiener „Arbeiterzeitung" vom 18. August 1919.

Schreiben an Ignaz Bogar sagt Béla Kun: „Wer in Ungarn die Diktatur des Proletariats zustande bringen wird? Diese Frage, welche von einigen so viel ventiliert wird, ist für mich eine ziemlich untergeordnete Frage. Ich glaube, *daß diese Frage keineswegs von Personen abhängig ist, sondern es ist das eine Sache der Massen des Proletariats selbst. Und es werden diejenigen an der Spitze schreiten, die durch ihre Ueberzeugung, und ich füge hinzu: durch ihren Mut an die Spitze gestellt werden.* Ich kann es hier vom Gefängnis aus ruhig sagen, daß es für mich nicht wichtig ist, bei der Teilung mit unter den ersten zu sein; ich möchte nur, daß ich auch in Ungarn im Kampfe in die erste vorderste Reihe des kämpfenden Proletariats zu stehen komme, wie ich auch in Rußland dort gekämpft habe. *Die Handlung, die Tat ist die Probe der Revolutionäre!*"

Den Kommunisten schwebte die Sache der Revolution, die der Weltrevolution vor Augen. Dem ungarischen Proletariat war eine Gelegenheit geboten, die Macht zu ergreifen, und damit übernahm es die Pflicht, die Weltrevolution zu fördern und zu beleben, das Proletariat anderer Länder in seiner Revolution zu stärken, aufzumuntern und vorwärts zu treiben. Daß zugleich auch jene an die Spitze hinaufkletterten, von denen sich die Masse soeben losgerissen hatte, kann für die Revolution, wenn auch nicht nebensächlich, so doch nicht allein ausschlaggebend sein. Wenn es für jemanden allein wichtig ist, *bei der Teilung mit unter den ersten zu sein, ohne durch seine Ueberzeugung und seinen Mut an die Spitze gestellt zu sein,* so wird er durch das Proletariat selbst früher oder später abgestoßen. Daß sie es nicht mit aufrichtigen Revolutionären, nicht mit Organisatoren und Führern der Revolution, sondern mit Beuteaufteilern zu tun hatten, das wußten ja die Kommunisten. Aber sobald das Proletariat schon zur Herrschaft gelangt, während der Diktatur des Proletariats, können die Kommunisten von ihnen mit Recht soviel hoffen, wie Lenin von den Ingenieuren, Agronomen usw. sagt*): „Diese Herrschaften arbeiten und fügen sich den Kapitalisten, *sie werden morgen noch besser arbeiten* und sich den bewaffneten Arbeitern fügen müssen." Lenin, der große Führer

---

*) Lenin: Staat und Revolution, S. 94. (Ausgabe der Aktion, Berlin.)

der proletarischen Revolution hat bereits gewisse Beweise dafür, daß dieser Satz nicht für alle Ingenieure und Agronomen stichhaltig ist. Es gibt darunter viele, die sich der Herrschaft des Proletariats widersetzen, aber auch solche, die sich ihr scheinbar fügen, in Wirklichkeit aber sie sabotieren. In dem schon oben zitierten Aufsatz in der „Arbeiterzeitung" schreibt Weltner: „Es gab mehrere, die bei Seite traten. Die Mehrheit war für die Vereinigung, unter ihnen auch ich, da ich eben im Interesse der Arbeiterbewegung die weitere Betätigung für meine Pficht hielt. Mehrere von uns gingen dem Zusammenbruch geradezu mit offenen Augen entgegen. Ich habe es nie verheimlicht, auch nicht nach der Vereinigung, daß in einem Staate, den ein viereinhalbjähriger Krieg wirtschaftlich völlig zu Grunde gerichtet hat, der industriell auch sonst zu den unentwickeltsten gehört, in dem es nach Errichtung der proletarischen Diktatur kaum etwas zu sozialisieren gab, der Kommunismus nicht zu verwirklichen ist. Deshalb arbeitete ich mit aller Kraft daran, daß die Vernichtung, die Grausamkeiten und die Korruption möglichst gering seien, damit die Arbeiterbewegung auch nach dem Zusammenbruch erhalten bleibe."

Der Bourgeoisstaat lieferte der Rätediktatur genug Saboteure, dazu gesellten sich noch Weltner und Genossen, von denen er jetzt selbst eingesteht, sie „gingen dem Zusammenbruch geradezu mit offenen Augen entgegen" und „er arbeitete mit aller Kraft für die Erhaltung der Arbeiterbewegung nach dem Zusammenbruch."

Die Masse irrte sich nicht, die Einigung war ihr eigentlich nie in Fleisch und Blut übergegangen. Unten in den Massen war sie eine Tatsache, sie war ja bereits vor der Einigung durch die Masse selbst dadurch vollzogen, daß sie sich von der reformistischen S.D.P. losriß und sich der K.P. anschloß. Aber nie existierte sie weder bei den Führern untereinander, noch zwischen den Massen und den sozialdemokratischen Führern. Die Masse wollte sie nicht, weigerte sich, sie anzuerkennen. Sie wollte sie ja gar nicht anhören und waren sie schon zu Referenten in den Versammlungen bestimmt, so mußte zur Vermeidung von stürmischen Szenen immer ein Kommunist als Glaubwürdigkeitszeuge mitgehen und mitreferieren. Anstatt, daß die Vereinigung zu Fleisch und Blut

geworden wäre, entwickelte sich in der Praxis nach oben, in Bezug auf die Führer, eine Art Parität.

Die Liquidation der Organisationen der beiden Parteien nach der Vereinigung ging mit den größten Schwierigkeiten vor sich. Bei den Wahlen, in den Parteiorganisationen sind die Sozialdemokraten zumeist unterlegen. Bei der Aufstellung von Kandidaten zu den Wahlen in die Räte mußten die Kommunisten für die Sozialdemokraten eingetreten, und auch so sind sehr viele nicht gewählt worden. Um das Vertrauen der Massen zu gewinnen, gingen die Sozialdemokraten dazu über, mit revolutionären, kommunistischen Schlagworten herumzuwerfen, um die Kommunisten auf diese Weise zu überflügeln. Die Masse aber blieb weiter mißtrauisch, sie hatte es wohl empfunden, daß dies nur Worte waren, die nicht der Ueberzeugung entsprangen. Die Führer der Parteiorganisationen und der Räte spitzten fortwährend ihre Ohren und beobachteten weiter das Verhalten und die Handlungen der sozialdemokratischen Führer. Den kommunistischen Führern kostete es große Mühe, dieses hochgespannte, beinahe unerträglich gewordene Mißtrauen zu mildern. Im Interesse der Förderung der Diktatur und der proletarischen Revolution mußte dieses Opfer gebracht werden. In seinem Vorwort zu den „Dokumenten der Einheit“ — Vorgeschichte des Zusammenschlusses der Sozialdemokraten und der Kommunisten — spricht Jakob Weltner über dieses Mißtrauen: „Wo es gewisse Mißverständnisse gegeben hat, dort sind auch diese schon im Schwinden begriffen, denn das Bewußtsein, daß Zwistigkeiten die Macht der Arbeiter gefährden, vereinigt mit dem eisernen Zwang der Notwendigkeit alle Unterdrückten in ein Lager.“ In der Tat, die Unterdrückten vereinigten sich rasch in ein Lager, nur die sozialdemokratischen Führer hielt die ihrem Wesen entspringende Triebkraft des Verrates der Revolution davon ab. Sie verrieten die Oktoberrevolution — nach dem oben abgedruckten Geständnisse, — beschwindelten Karolyi und jetzt, um mit den Worten Weltners zu sprechen, „gingen sie dem Zusammenbruch mit offenen Augen entgegen“ und bereiteten der Diktatur des Proletariats den Zusammenbruch vor. Wenn Weltner in seinem Aufsatz „Wie es ward“ schreibt: „Ich habe es nie verheimlicht, auch nicht nach der Vereinigung, daß in einem Staate, den ein viereinhalbjähriger Krieg wirtschaftlich völlig zugrunde gerichtet hat, der industriell

auch sonst zu den unentwickeltsten gehört, in dem es nach der Errichtung der proletarischen Diktatur kaum etwas zu sozialisieren gab, der Kommunismus nicht zu verwirklichen ist," so will er jetzt damit, nach dem Sturze der Rätediktatur, vor den Sozialdemokraten anderer Länder nur sich rechtfertigen. Denn nach der Vereinigung, während der Rätediktatur, schrieb er in seinem Vorwort zu den „Dokumenten der Einheit" folgendermaßen: „Die Vereinigung der gewesenen sozialdemokratischen Partei und der gewesenen kommunistischen Partei ging ohne Störung vor sich. Die Ereignisse beweisen es, von welch großem Vorteil für Ungarns Proletariat diese Entschließung war. Im Verlaufe von kaum zwei Wochen legte Ungarn einen nie geahnten Weg der Entwicklung zurück. Das Proletariat hat mit eiserner Disziplin die Herrschaft übernommen und unblutig jene epochemachenden Reformen durchgeführt, welche den Organismus der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zertrümmern und das Fundament schaffen für eine schönere, glücklichere Zukunft. . . . . . Die Diktatur des Proletariats ist bereits gesichert. Nur an der Arbeiterschaft ist es gelegen, daß deren Erfolge auch dauernde seien. Nur mutiges Selbstvertrauen, diszipliniertes Vorgehen, felsenfeste Einheit können uns den Sieg garantieren."

Die sozialdemokratischen Führer sind nach dem Sturze der Rätediktatur sehr fleißig geworden. Sie schrieben und äußerten sich sehr rege in der ausländischen Presse, um sich eine Rechtfertigung bei den Sozialdemokraten andrer Länder zu erwerben. Sie nahmen an, daß der weiße Terror in Ungarn sämtliche Drucksachen, in denen ihre Schriften und Reden zu lesen sind, vernichten werde. Nur dürfen sie nicht vergessen, mag auch der weiße Terror ihre Hoffnung noch so zur Erfüllung bringen, in den Herzen der Proletarier wird die Ueberzeugung noch weiter leben, daß die Sozialdemokraten es waren, die ihre Herrschaft untergruben und stürzten.

Theoretische und prinzipielle Gegensätze und ihre Folgen.

Die Plattform wollte nicht eine Vereinbarung, sondern eine durch theoretische und prinzipielle Einheit begründete proletarische Einheit herstellen. Béla Kun drückt

dies in seinem Schreiben wie folgt aus: „Nur eine solche Einheit der Proletarier, nur eine solche einheitliche Organisation der Arbeiterbewegung wäre nützlich, welche in Wirklichkeit die theoretische und prinzipielle Einheit zur Grundlage hat und nicht der Zusammenarbeit der Klassen, sondern dem Klassenkampfe dient. Prinzipielles Opfer bedeutet Aufgeben des Prinzips: das unterliegt keinem Zweifel."

Kun betrachtet den Klassenkampf nie als einen Kampf, der nationsweise voneinander getrennt werden kann, wie es die Sozialdemokraten tun. Nie ließ er außer acht, daß wir bei dem Zusammenbruch und der inneren Zersetzung des Kapitalismus, bei der Epoche der kommunistisch-proletarischen Revolution angelangt sind. Er legt dies auch in seinem Schreiben fest:

„Die ungarische Revolution ist die auch infolge des allgemeinen Bankrotts der kapitalistischen Produktion aktuell gewordene Offenbarung der internationalen proletarisch-revolutionären Energien."

Auf diese Feststellung legte Kun ein besonderes Gewicht, da unter den zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten bestehenden theoretischen und prinzipiellen Gegensätzen eben die Bewertung des Imperialismus den Gipfelpunkt bildete. Die kommunistische Bewertung wollte er nicht durch geheimes Diplomatisieren mit den Führern allein, sondern im Gegenteil durch die gemeinsame Konferenz der revolutionären Elemente mit den Massen selbst annehmen lassen. Diese Konferenz hätte unter anderem zu beraten gehabt:

„Bewertung des Imperialismus als eines besonderen Stadiums des Kapitalismus oder Staatskapitalismus; Stellungnahme gegen den Staatssozialismus oder Staatskapitalismus."

Die Konferenz ist unterblieben, die Führer übernahmen die kommunistische Bewertung nicht aus theoretischer und prinzipieller Ueberzeugung, sondern aus ihrer Zwangslage heraus. Die Einigung wurde vorgenommen, die theoretischen und prinzipiellen Unterschiede bestanden aber noch weiter.

Wenn schon die Sozialdemokraten die in der kapitalistischen Produktionsweise verborgenen Gegensätze begriffen haben, aus ihren Offenbarungen zogen sie falsche Folgerungen. Das Entstehen und das Ausdehnen der Kartelle, Trusts, die Alleinherrschaft

des Finanzkapitals betrachteten und begrüßten sie als einen natürlichen und notwendigen Erfolg der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie begriffen nicht, daß diese nur aus der freien Konkurrenz des kapitalistischen Systems geborene gewaltsame Mittel zur Zügelung der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise sind. Sie blieben vor den Kartellen, Trusts und Syndikaten stehen, bewunderten ihre Größe und Macht, ja noch mehr, sie würdigten ihre Bedeutung und ihre Vorteile für die Arbeiterklasse. Und warum denn nicht? An der Spitze der Kartelle, Trusts und Syndikate standen ja nicht kleine Krämer, sondern gewöhnlich großzügig veranlagte Leute, mit denen man ja Tarifverträge abschließen konnte, und die Führer der Gewerkschaften konnten in den Jahresversammlungen ihre mit äußerster Pedanterie ausgearbeiteten statistischen Ausweise verlockend vorlegen: die Tarifverträge erzielten so und so viele Hunderttausende oder Millionen Lohnerhöhungen oder Millionen Stunden Arbeitszeitverkürzung für die Mitglieder. Die Jahresversammlungen votierten ihr Vertrauen, wählten die zurückgetretenen Vorstände wieder und diese bestrebten sich, für das nächste Jahr noch größere Erfolge zu erzielen. So verstärkte sich die Gewerkschaftsbürokratie, so faßte sie nach und nach immer tiefere Wurzeln. So war die Gewerkschaftsbürokratie und — da sie in Ungarn auch das Parteileben beherrschte — auch die Parteibürokratie mit dem Leben der Kartelle, Trusts und Syndikate verwachsen. Inzwischen wurde natürlich vergessen, darüber nachzudenken, *daß die Kartelle und Trusts eigentlich die Ueberwindung des Kapitalismus selbst bedeuten.*

Während des Kapitalismus bedeutet die freie Konkurrenz eine Triebkraft für die produktive Erzeugung. Je vollständiger die Produktionsmittel sind, mit denen produziert wird, umso besser sind die Aussichten auf einen höheren Profit. Die stete Vervollkommnung der Produktionsmittel und der Produktionsweise wird aber im Laufe der Zeit *zum Totengräber der freien Konkurrenz selbst.* Durch technische Verbesserungen wird der Profit nicht mehr zu heben sein, da zufolge der Ueberproduktion und daher der Ueberfüllung der Märkte der Profit selbst in Gefahr geraten ist. Der Kapitalismus versucht daher, seine Anarchie durch die Organisierung der Produktion zu überwinden und vereinigt die vielen miteinander konkurrierenden Betriebe in Kartelle,

Trusts und Syndikate. Die freie Konkurrenz wurde somit aufgehoben, die organisierte Macht der Kartelle, Trusts und Syndikate ersetzte sie durch das Monopol. Der Kapitalismus hat ja damit eigentlich seinen geschichtlichen Beruf bereits vollendet. Er hat es ja auch dadurch eingestanden, daß er die freie Konkurrenz aufhob, durch Bildung der Kartelle und Trusts organisatorische Hilfsmittel zur Ueberwindung der Anarchie der Produktion schuf, um den Kapitalismus weiterhin lebensfähig zu machen.

Doch die Profitgier des Kapitalismus konnte sich mit der Ueberwindung der Anarchie des inneren Marktes nicht begnügen. Er suchte nach neuen Absatzmärkten für seine Industrie und mit der Eroberung von neuen Rohstoffquellen neue Möglichkeiten für die Befriedigung seiner Profitgier. Auf diesen neuen Absatzmärkten und neuen Rohstoffquellen stießen aber die Interessen der großen kapitalistischen Staaten aufeinander und dies führte naturnotwendig zu dem großen Weltkriege.

Dem Weltkriege gegenüber nahm die Sozialdemokratie der ganzen Welt Stellung, nicht von der Klassenlage des Proletariats, sondern von dem eigenen nationalen Gesichtspunkt ausgehend. Anstatt in ihm die letzte Kraftanstrengung des nach Luft ringenden Imperialismus zu erkennen, — wobei es sich für die Kapitalisten nur darum handelte, welche von den einander gegenüber gruppierten Staaten die Welt künftighin beherrschen und das Proletariat ausbeuten sollten, — rollten sie die Schuldfrage auf. Nicht nur den zum Imperialismus entwickelten Kapitalismus, sondern auch die Spaltung der Gesellschaft in Klassen vergessend, machten sie die ganze gegenüberstehende Staatengruppe — sowohl deren Kapitalisten, wie auch deren Proletariat miteinbegriffen — für den Krieg verantwortlich. Die Kapitalisten des eigenen Landes absolvierte die Sozialdemokratie eines jeden Landes von der Verantwortung für den Weltkrieg, um mit desto größerer Kraftentfaltung auf das Proletariat des ihr Vaterland angreifenden Staates sich stürzen zu können. „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche", lautete die Losung des deutschen Kaisers; er reichte den Sozialdemokraten die Hand, worauf sie auf den im Treibhaus gezüchteten Klassenkampf verzichteten, den Burgfrieden herstellten und die Kriegskredite bewilligten; ihr Beispiel befolgten die Sozialdemokraten hüben und drüben und die Zweite Internationale lag in Trümmern.

Die S.D.P. in Ungarn konnte es nicht erleben, eine parlamentarische Partei zu werden, doch als eine gut erzogene S.D.P. hat sie ihre patriotische „Pflicht“ erfüllt. In „eingehenden“ Studien klärte sie die Arbeiterschaft darüber auf, welche Nachteile ihr aus dem Siege der Entente erwachsen würden und versuchte die Arbeiterschaft zu überzeugen, daß ihre Interessen mit denen der Zentralmächte verwachsen seien. Nachdem sie zur Bewilligung der Kriegskredite keine Gelegenheit hatte, agitierte sie in der „Népszava“, in der sie die Kriegsanleihe als eine vorzügliche Kapitalsanlage propagierte — worauf die Gewerkschaften sich beeilten, ihre Vermögen in Kriegsanleihe anzulegen. In eigenen Kriegsberichten lobpries die „Népszava“ das siegreiche Vordringen „unserer Armee“ und mit patriotischem Enthusiasmus glorifizierte sie die Kämpfe, in denen zum Ruhm des Imperialismus Proletarier sich gegenseitig massakrierten.

Doch der Krieg zog sich ungeheuer in die Länge. Die Möglichkeiten eines Friedens verschwanden und so entstand Kriegsmüdigkeit. Die Masse fing schon an, nüchtern zu werden und die S.D.P. dachte nicht daran, den Imperialismus und den Weltkrieg aus dem Gesichtswinkel des Proletariats zu bewerten, im Gegenteil sie wurde pazifistisch. Für den Pazifismus hat es keinen begeisterteren Anhänger in Ungarn gegeben, als die S.D.P.

„Es gibt weder Sieger noch Besiegte,“ erging ihre Losung, und sie forderte die Rückkehr zu jenem Stadium des Imperialismus, das er bis zum Beginn des Weltkrieges erreicht hatte, damit die Ausbeutung des Proletariats fortgesetzt werden könne.

Als die Vereinigten Staaten von Nordamerika in den Weltkrieg eintraten, strengte sich die S.D.P. an, nachzuweisen, daß sie dies nicht aus imperialistischen, sondern allein aus demokratischen Gründen getan hätten, um damit den deutschen Militarismus vernichten zu helfen. Als Wilson seine 14 Punkte veröffentlichte, war die „Népszava“ und die ganze Politik der S.D.P. bis zum Ueberdruß vom Pazifismus begeistert. Sie stützte sich nicht auf die Massen, sie trieb die Massen nicht zu revolutionären Aktionen vorwärts, sondern Wilson, Wilson war ihr Alles. Die Losung der „allgemeinen Abrüstung“ packte ihr spießbürgerliches Herz am meisten. Dies klingt so schön, so ideal, ist eine Forderung der Menschenliebe; ist die einmal verwirklicht, so gibt es keine

Kriege mehr, die Menschheit wird glücklich, jeder wird seinen Mitmenschen nur lieben. So einfach, so glatt stellten sich die Sozialdemokraten die Liquidierung des Krieges und die Weiterentwicklung der Gesellschaft vor. Daß die Forderung der allgemeinen Abrüstung nur eine eigentümliche imperialistische Forderung der Entente war, um die großmächtige Waffe des deutschen Imperialismus, den deutschen Militarismus, auf diese Weise zu vernichten und danach, im „Völkerbund" vereinigt, die ganze Welt unter sich umso leichter aufzuteilen, das Proletariat der ganzen Welt umso ungestörter unter ihrer Herrschaft fesseln zu können, — darum kümmerten sich die Sozialdemokraten recht wenig. Sie gingen langsam und bewußtlos den Weg des Pazifismus und sangen die blöde Losung einfach nach: die Menschheit kann nur im Völkerbund glücklich werden, wo die Gegensätze der Staaten (darunter ist der Imperialismus gemeint) nicht durch den Krieg, sondern auf demokratischem Wege, durch Verständigung und Abstimmung beigelegt werden. Nur für den „Völkerbund" gibt es eine Zukunft, nur im „Völkerbund" kann die Menschheit ihr Glück finden, — behaupteten die Sozialdemokraten, die sich nicht überzeugen lassen wollten, daß das nur als ein Experiment zur Erneuerung des erschütterten und zertrümmerten Kapitalismus gedacht ist.

Die Sozialdemokraten wollten nicht wahrnehmen, daß wir an jene Epoche des Kapitalismus herangerückt sind, worüber Marx im Kapital*) sagt: „Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriiert." Den zum Imperialismus herangereiften Kapitalismus bewerten die Sozialdemokraten nicht in dieser Weise. Wie sie auch den Ausbruch des Weltkrieges nur den Eroberungsbestrebungen der deutschen Imperialisten zuschrieben und ihn nicht als eine logische Konsequenz des Imperialismus im allgemeinen bewerteten, ebenso wollten sie es auch nicht zur Kenntnis nehmen, daß aus dem Weltkrieg der Kapitalismus selbst als Be-

*) Marx: „Das Kapital" Bd. 1. Seite 728 (Verlag Otto Meissner, Hamburg 1890)

siegter hervorgegangen ist, daß er zertrümmert ist und in Zersetzung sich befindet und der „Völkerbund“ eben das Aufhalten des Zersetzungsprozesses und die Erneuerung des Kapitalismus bezweckt.

Da die S. D. P. den Imperialismus nicht so bewertete, suchte und fand sie auch die nächsten Aufgaben des Proletariats auf einem ganz anderen Wege. Nicht zu einer Revolution, nicht dazu organisierte sich das Proletariat jetzt bei der Erschütterung des Kapitalismus, wo die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu Gunsten des Proletariats verschoben sind, wo es die politische Macht revolutionär ergreifen und sich so vom Joche des Kapitalismus befreien kann, sondern sie wurde zu einer Partei der Ordnung und entfaltete ihre ganze Kraft zur Herstellung der Friedenswirtschaft für die Erneuerung des Kapitalismus. Sie wollte nicht die Entkräftung, die Zertrümmerung des Kapitalismus dazu benutzen, um zum Aufbau des Sozialismus zu schreiten, sondern sie wollte vielmehr den Kapitalismus wieder aufrichten, um auf diese Weise auf den Sozialismus verzichten zu können. Nein, sie stellte sich den Weg zum Sozialismus, zum Kommunismus anders vor. Der Vorsitzende des Regierenden Rates Alexander Garbai sagte auch in einer Sitzung im vierten Monat der Rätediktatur: „Ich war entschieden auf eine ganz andere Politik eingerichtet, ich ging von ganz anderen theoretischen und prinzipiellen Erwägungen aus und arbeitete zwanzig Jahre hindurch in der Arbeiterbewegung, wundern Sie sich daher nicht, wenn ich in jene Gedankenwelt, worauf die Diktatur des Proletariats basiert, mich nicht hineinfinden kann.“

Wenn auch die sozialdemokratischen Führer am 21. März auf die Verwirklichung des Sozialismus mit demokratischen Mitteln verzichteten, wenn sie das Programm der Kommunisten auch angenommen haben, ihren Seelen blieben die Methoden der Diktatur auch weiter fremd, sie sahen weiter in der Demokratie die Möglichkeiten zum Sozialismus. Vor der Einigung der beiden Parteien schoben sie mit der Losung: „Wir können altes Eisen nicht sozialisieren“, die Sozialisierung der Produktionsmittel auf, womit sie sagen wollten, daß die Produktionsmittel eines zerlumpten Kapitalismus vom Proletariat nicht übernommen werden können, daß mit ihnen eine Erneuerung der Menschheit nicht durchgeführt

werden, daß das vom Joche des Kapitalismus befreite Proletariat mit ihnen nicht zum Aufbau des Sozialismus schreiten könne. Zuerst muß sich der Kapitalismus erneuern, dann, erst dann, durch die Demokratie, durch eine Majorisierung der Bourgeoisie im Parlamente wird der Sozialismus aufgebaut. „Ich habe es nie verheimlicht, auch nicht nach der Einigung —" sagt Weltner — „daß in einem Staate, den ein viereinhalbjähriger Krieg wirtschaftlich völlig zugrunde gerichtet hat, der industriell auch sonst zu den unentwickeltsten gehört, in dem es nach Errichtung der Proletarierdiktatur kaum etwas zu sozialisieren gibt, der Kommunismus nicht zu verwirklichen ist." Die so denken, denen schwebt ein Weg zur Verwirklichung des Sozialismus vor, wie sich Kautsky*) ihn vorstellt: „Der Krieg hat mit unerhörter Intensität die ganze Welt in die Bahn des Sozialismus geschleudert. Die an der Spitze der kapitalistischen Entwicklung marschierenden Nationen sahen sich gezwungen, um den militärischen Anforderungen gewachsen zu sein, das Verkehrswesen, ebenso wie die wichtigsten Zweige der Produktion staatlicher Kontrolle zu unterwerfen."

Jene, die in der staatlichen Kontrolle, in der Ablösung der Betriebe und ganzer Produktionszweige und in ihrer Weiterverwaltung durch den Bourgeoisstaat Sozialismus erblicken, werden das Proletariat nie zu seiner Befreiung, zur Verwirklichung des Sozialismus, des Kommunismus führen. Dieser Weg führt höchstens zum Staatskapitalismus. Dieser Weg bedeutet die Verstärkung des Staates, des Bourgeoisstaates und so die weitere Aufrechterhaltung der Ausbeutung des Proletariats. Das Proletariat hat aber nicht auf die Verstärkung des Bourgeoisstaates, sondern im Gegenteil auf die Zerstörung desselben seine Kräfte zu konzentrieren.

* * *

Wie in der Bewertung des Imperialismus, so bestanden auch in der Bewertung des Verhältnisses des Proletariats zum Staate unüberbrückbare Gegensätze zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten.

---

*) „Demokratie oder Diktatur?" von Karl Kautsky. Verlag P. Cassirer, Berlin, 1918 S. 5.

Der Ursprung des Staates fällt mit jener Phase der Entwicklung der Gesellschaft zusammen, wo unlösbare und unüberbrückbare Gegensätze entstanden, wo die Gesellschaft sich in Klassen spaltete und die Interessen der Klassen sich voneinander schieden. Der Staat ist daher die Widerspiegelung der Klassen und ihrer Gegensätze. Die stärkere Gesellschaftsklasse verlegte sich immer darauf, zur Befestigung und Sicherung ihrer Herrschaft verschiedene geistige und Gewaltsorganisationen und -institutionen ins Leben zu rufen. Die bewaffnete Macht, Gefängnisse, Schulen, Kirchen und der ganze Verwaltungsapparat sind eigens zu diesem Zwecke geschaffen. Alle diese Institutionen dienen der Niederhaltung des Proletariats, um seine Ausbeutung zu ermöglichen, seinen Widerstand zu brechen und seine Befreiungsbestrebungen zu vereiteln. Will daher das Proletariat sich vom Joche der Bourgeoisie befreien, so muß es bestrebt sein, die politische Macht zu erobern, um zur herrschenden Klasse organisiert, den ganzen Staatsapparat in seine Hände zu bekommen.

„Aber die Arbeiterklasse", sagt Marx*), „kann nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen." Das Proletariat muß die Unterdrückungsorganisationen der Bourgeoisie und selbst den ganzen Bourgeoisstaatsapparat zerschlagen, um den Staat für seine eigenen Zwecke brauchbar machen zu können.

Und eben in dieser Hinsicht bestanden grundlegende Gegensätze zwischen den Sozialdemokraten und den Kommunisten, nicht nur vor, sondern auch noch nach der Einigung, also auch während der Diktatur.

„Ich war entschieden auf eine andere Politik eingerichtet", sagte Alexander Garbai in der Sitzung des Regierenden Rates, ich ging von ganz anderen theoretischen und prinzipiellen Erwägungen aus und arbeitete zwanzig Jahre in der Arbeiterbewegung, wundern Sie sich daher nicht, wenn ich in jene Gedankenwelt, worauf die Diktatur des Proletariats beruht, mich nicht hineinfinden kann." Die Sozialdemokraten standen auch noch während der Diktatur auf der Basis der Oktoberrevolution. Sie betrachteten auch noch weiterhin den demokratischen Parlamentaris-

*) Marx: „Der Bürgerkrieg in Frankreich". S. 46. Verlag Aktion, Berlin.

mus als ihr Ideal, das durch die Oktoberrevolution erfüllt worden wäre, hätte es der revolutionäre Wille des Proletariats nicht vor der Vollendung zerschlagen und dadurch selbst die Lebensmöglichkeit des Bourgeoisstaates vernichtet. Aber die Sozialdemokraten konnten die beiden Revolutionen nicht begreifen! Sie weinten nach den Errungenschaften der Oktoberrevolution, die im Sinne der „Ordnung" den Bourgeoisstaat gestärkt und vervollständigt hätten und haßten die Dekrete der Diktatur, die den Abbau und die Zertrümmerung des Bourgeoisstaatsapparates beabsichtigten. Die Sozialdemokraten hofften, die Eroberung der politischen Macht nicht durch eine Revolution des Proletariats, nicht durch eine Niederwerfung der Bourgeoisie, nicht durch die Diktatur des Proletariats, sondern durch Unterhandlungen mit der Bourgeoisie, durch die Demokratie, durch den Parlamentarismus zu erreichen. Die Demokratie bildet entschieden einen bedeutenden Fortschritt gegenüber dem Feudalismus, aber eine demokratische Form des Staates bedeutet noch nicht die Befreiung des Proletariats, sondern einen auf höherer Entwicklungsstufe stehenden vollständigen Staat, also einen Staat, wo es noch Klassen gibt, von denen die eine die andere unterdrückt, und der sich vom Feudalstaat nur dadurch unterscheidet, daß die Ausbeutung und Unterdrückung hier in einer vollständigeren Form vor sich geht. Die Demokratie hebt daher den Staat nicht auf, schafft keine Gesellschaft ohne Klassen, sondern wie Lenin*) sagt: „Demokratie ist der Staat, d. h. eine Organisation zur systematischen Vergewaltigung einer Klasse durch die andere, eines Teiles der Bevölkerung durch den anderen, der die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennt."

Die Anhänger der Demokratie warten daher darauf, bis das Proletariat im Parlament zur Mehrheit wird, und sich die Bourgeoisie dem Willen des Proletariats unterwirft und, durchdrungen von der „seligen" Demokratie ohne Aufmucken dulden wird, daß „... das Proletariat" wie Marx im kommunistischen Manifest sagt, „seine politische Herrschaft dazu benutzen wird, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren."

*) Lenin: Staat und Revolution. S. 75. Verlag Aktion, Berlin.

Absichtlich unterlassen wir es, zu begründen, daß das Proletariat die politische Macht anders als durch eine Revolution nicht erobern kann, denn für die ungarische Arbeiterschaft war dies mit der tatsächlichen Uebernahme der Macht am 21. März keine Frage mehr. Angenommen — doch nicht zugegeben — daß das Proletariat auf irgend eine andere Weise — sagen wir, durch den demokratischen Parlamentarismus — zur Herrschaft gelangen könnte: im Besitz der Macht, im Besitz des Bourgeoisstaates bleiben das Verhältnis und die Aufgaben des Proletariats dem Staate gegenüber, um „die Staatsmaschine für die eigenen Zwecke in Bewegung setzen zu können", dieselben. In beiden Fällen bekommt das Proletariat den Staat, den Bourgeoisstaat mit sämtlichen Institutionen, mit sämtlichen Unterdrückungs-, geistigen und Gewaltsorganisationen in die Hände. „Aber die Arbeiterklasse", sagt Marx, „kann nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen." Militär, Polizei, Gendarmerie, Verwaltung und der ganze Staatsapparat dienten den Interessen der bisherigen Herrscherklasse, denen der Bourgeoisie. Das eben zur herrschenden Klasse organisierte Proletariat ist daher, um die von der Bourgeoisie eroberte Staatsmaschine „für seine eigenen Zwecke in Bewegung setzen" zu können gezwungen, sie für seine eigenen Interessen umzugestalten.

„Wozu, für welche Zwecke muß die Bourgeoisstaatsmaschinerie umgestaltet werden?" Um die Ausbeutung, die Unterdrückung der einen Gesellschaftsklasse durch die andere aufzuheben, die Klassengegensätze und so die Klasse, daher den Staat selbst, zu beseitigen, den das Proletariat ebenfalls als eine Unterdrückungsorganisation benützt, um damit den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen. Aber nur solange benützt es den Staat, so lange es überhaupt einen Staat notwendig hat, so lange es eine Klasse gibt, die es unterdrücken muß, so lange es uns nicht in eine klassenlose Gesellschaft überführt. Dann braucht es nicht mehr den Staat, dann stirbt er ab, dann verschwindet der Staat.

Im „Bürgerkrieg in Frankreich" sagt Marx*): „Während es galt, die bloß unterdrückenden Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen einer Gewalt,

*) S. 50.

die über der Gesellschaft zu stehen beansprucht, entrissen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben werden."

Wie erreicht die Kommune dieses Ziel? „Paris konnte nur Widerstand leisten", sagt Marx*), „weil es infolge der Belagerung die Armee losgeworden war, an deren Stelle es eine hauptsächlich aus Arbeitern bestehende Nationalgarde gesetzt hatte. Diese Tatsache galt es jetzt in eine bleibende Einrichtung zu verwandeln. Das erste Dekret der Kommune war daher die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk."

Was geschah dem gegenüber in Ungarn? Als auf der ersten Sitzung des Regierenden Rates die Kommunisten die Entwaffnung der Polizei, Gendarmerie und Schutzwache beantragten, mußte ihr Wille an dem Widerstande der Sozialdemokratie brechen.

Die Arbeiterschaft haßte die Polizei und Gendarmerie. Sie konnte ihr bestialisches Benehmen nicht vergessen. Sie ließ sich nicht dadurch irreführen, daß nach der Oktoberrevolution diese ganze Unterdrückungsorganisation des Bourgeoisstaates: Polizei, Gendarmerie, Zuchthausaufseher und aktive Offiziere sich organisierten und der S.D.P. beitraten. Die Arbeiterschaft konnte es nicht vergessen, wie viele ihrer Genossen durch diese über der Gesellschaft stehenden „demokratischen" Organe gelegentlich der Streiks und politischen Demonstrationen ihr Blut vergossen haben und wie vielen ihrer Genossen sie das Leben raubten. Nur als „Gendarm" und „Polizei", als das Werkzeug der Bourgeoisie betrachtete sie die Arbeiterschaft auch weiter und forderte nachdrücklichst ihre Entwaffnung. Aber die Sozialdemokraten ließen nicht nach, ihre „Genossen" wollten sie nicht fallen lassen. Die Stimmung der Arbeiterschaft am dritten Tage der Diktatur fing schon an, bedrohlich zu werden. Nachdem die Entwaffnung der Polizei und Gendarmerie unterblieben war, ging die Arbeiterschaft gegen sie zu eigenmächtigen Aktionen über. Wurde ein Schutzmann auf der Straße im Dienste angetroffen, so rissen ihm die Arbeiter das Gewehr weg und jagten ihn davon, so daß die Schutzleute sich nicht mehr auf die Straße wagten. Die Polizeiuniform war

*) S. 49.

verhaßt, die Schutzleute legten Civilkleider an, um nicht erkannt zu werden.

Erst dann gaben die Sozialdemokraten nach. Doch auch jetzt willigten sie in die Entwaffnung nicht ein, sondern nach langem Widerstand und vielen Kämpfen setzten sie im Regierenden Rat die Auflösung der Polizei, Gendarmerie und Schutzwache und die Errichtung der „Roten Wache“ durch und in dieser neuen Institution ging die Gendarmerie, Schutzwache und Polizei auf.

Diese Unterdrückungsorganisationen des bürgerlichen Staates wurden mit neu zugeschnittener und andersfarbiger Uniform versorgt, wurden „Rote Wache“ genannt und dienten dann so weiter. Aber die neue Uniform und die neue Taufe konnten den früheren Schutzmann und Gendarm in ihnen nicht verschleiern. Sie blieben auch weiter, was sie bisher gewesen waren, die getreuen Stützen der Bourgeoisie und die verläßlichen Vortruppen der Konterrevolution. In der ersten gegenrevolutionären Verschwörung, die die Diktatur entdeckte, spielten Angehörige der alten Polizei- und Gendarmerieformationen führende Rollen. Bei den Gegenrevolutionen in der Provinz fehlte nie die „Rote Wache“, nicht bei deren Bekämpfung, sondern bei deren Unterstützung. Bei Gegenrevolutionen ging die „Rote Wache“ entweder einfach zu ihr über oder unterstützte sie passiv, bis sie sich endlich, ohne Widerstand zu leisten, entwaffnen ließ, deutlicher gesagt, sie übergab ihre Waffen den Gegenrevolutionären.

Den konterrevolutionären Charakter der „Roten Wache“ konnte die Aufstellung von reinen Arbeiterformationen in der „Roten Wache“, die zu den verläßlichsten Stützen der Diktatur wurden, nicht aufheben, sondern höchstens mildern. Diese fanden bei der Bekämpfung der Gegenrevolution Verwendung, die alten Formationen der „Roten Wache“ dagegen wurden teils an die Front abkommandiert, teils zu einfachen Polizeidiensten verwendet. In beiden Verwendungen erwiesen sie sich als Schandflecke der Diktatur. An der Front draußen bewahrten sie ihre gegenrevolutionäre Gesinnung, im Polizeidienst zu Hause aber verhöhnten und behelligten sie die Frauen der Angehörigen der Roten Armee. Anstatt auf den Märkten und in den Markthallen die Ordnung aufrecht zu erhalten, stießen sie die Proletarierweiber zur Seite, kauften vor ihrer Nase die Lebensmittel weg, um dann damit Schleichhandel zu treiben.

In den letzten Zeiten der Diktatur wurde es sogar den einsichtsvolleren Sozialdemokraten klar, daß die „Rote Wache" einer gründlichen Reform bedürftig war, daß sich die Diktatur auf sie weder beim Sicherheitsdienst, noch bei den Requirierungen verlassen konnte. Aber es war schon zu spät, zu einer Reform war nicht mehr die Zeit.

Und wenn jetzt, nach dem Sturze der Rätediktatur, die aus Ungarn geflüchteten Sozialdemokraten mit naiver Miene es als Schattenseite der Diktatur hinstellen, daß die Truppen des weißen Terrors sich aus den Truppen der Diktatur rekrutieren, so können wir ihnen nur antworten: Ja, es mag wohl richtig sein, es waren eure „Genossen" die ihr vor der Entwaffnung geschützt und in die „Rote Wache" umgewandelt habt. Die Gegenrevolution erbte sie nicht, sie konnte nur durch eure Güte von der Diktatur ihre Vortruppen übernehmen, die die Diktatur von Herzen haßten und jetzt die Arbeiter wieder in Haufen massakrieren.

* * *

So wurde auch die Bürokratie von der Sozialdemokratie in Schutz genommen. Statt daß die Diktatur sofort zum Abbau der Bürokratie, der Unterdrückungsorganisation der Bourgeoisie, übergegangen wäre, blieb die ganze Bürokratie auch weiter am Platze. Sie blieb auch weiter, was sie bisher war, eine über der Gesellschaft stehende Organisation. Die Angelegenheiten des Proletariats wurden auch weiter von der alten Bürokratie verwaltet — richtiger sabotiert — und nicht von den Arbeiterräten selbst, die auf diese Weise nie zu arbeitenden Körperschaften geworden sind. Die Sozialdemokraten kümmerten sich mehr um die Existenz der in der Bürokratie eingenisteten Bourgeoisie, als um die Diktatur des Proletariats selbst. Die Bourgeoisie kann ihnen dankbar sein, da nach dem Sturze der Diktatur die ganze Bürokratie sich auf ihrem Platze befand und in die Lage gesetzt war, ohne irgend einen technischen Mangel die Arbeiterschaft derart zu verfolgen, daß diese ihrerseits einer gründlichen anschaulichen Belehrung darüber teilhaftig wurde, wie die Bourgeoisie ihre Macht dann handhabt, wenn es um Leben und Tod geht.

* * *

Nach der Feststellung, daß die materielle Macht, die in der Polizei, Gendarmerie und Bürokratie wurzelnden Werkzeuge der

alten Regierung, von den Sozialdemokraten geschützt wurden, untersuchen wir nun, wie sie sich gegenüber den geistigen Unterdrückungswerkzeugen des Geistes verhalten haben.

Auf der ersten Sitzung des Regierenden Rates beantragten die Kommunisten die Trennung von Staat und Kirche. Auch diese gar nicht sozialistische, sondern freidenkerisch-bürgerliche Forderung ist auf den Widerstand der Sozialdemokraten gestoßen.

„Lassen wir uns nicht den Haß der Geistlichkeit und der religiösen Bauernschaft heraufbeschwören, rufen wir nicht selbst die Gegenrevolution herbei!“ — sagten sie und bekämpften den Antrag. Aber die Kommunisten ließen nicht nach, worauf der Regierende Rat den Antrag wohl angenommen, doch auf Betreiben der Sozialdemokraten die Veröffentlichungen des Beschlusses aufgeschoben hat.

Die Wirkungen zeigten sich alsbald. Die Arbeiterschaft hatte ja nicht vergessen, daß auch das sozialdemokratische Programm die Forderung nach Trennung von Staat und Kirche enthält und wollte daher die alten Eiertänze der Sozialdemokratie nach der Oktoberrevolution nicht wiederholt sehen. Die Regierung der Oktoberrevolution, in der die Sozialdemokraten eine führende Rolle gespielt haben, hatte diese Forderung übergangen. Als dann später anläßlich einer Regierungskrise die Portefeuilles der Sozialdemokraten vermehrt wurden, und sie das Religions- und Unterrichtsportefeuille ebenfalls erhielten, wurde die Trennung von Staat und Kirche auf die Weise umgangen, daß die Religionsangelegenheiten aus dem Unterrichtsministerium ausgeschieden wurden, für diese ein separates Ministerium errichtet und das Unterrichtsministerium allein den Sozialdemokraten übergeben wurde, im übrigen blieb aber alles unverändert. Die Arbeiterschaft wußte wohl, daß dies kein Beginn der Trennung von Staat und Kirche, sondern eine Abkehr davon bedeutete. Bei der Ergreifung der politischen Macht forderte sie daher nachdrücklichst die Lösung dieser Frage. Nachdem sie auf eine Verordnung des Regierenden Rates vergebens gewartet hatten, handelten die örtlichen Räte auf eigene Faust und erließen Verfügungen zur Trennung von Staat und Kirche. Daß in Ermangelung einer einheitlichen Verordnung und gründlicher Vollzugsanweisungen des Regierenden Rates die örtlichen Arbeiterräte diese Frage auf verschiedene Weise zu lösen versuchten, ist nur selbstverständlich. Daß in Ermangelung einer Verordnung des

Regierenden Rates sich die Geistlichkeit den örtlichen Arbeiterräten widersetzte und gegen die Trennung von Staat und Kirche protestierte, ist eine logische Konsequenz des unsteten Verhaltens des Regierenden Rates. Die Geistlichkeit und die sonstigen gegenrevolutionären Elemente erfaßten rasch die Situation und begannen mit der Organisierung des Widerstandes. Der Kampf um diese Frage entbrannte bald und mitten im Kampf taten sowohl die Räte, wie auch die Agitatoren, die die Provinz bereisten, unrichtige Aeußerungen und trafen wohl auch unrichtige Verfügungen. Als der Regierende Rat und auch die Volkskommissariate für Unterrichtswesen und innere Angelegenheiten durch Verordnungen einschreiten wollten, war die Lage bereits so, daß diese Verordnungen nicht mehr den Charakter einer diktatorischen Maßregel hatten, sondern den Anschein erweckten, als sollten die Arbeiterräte desavouiert und der Geistlichkeit und den Kirchengemeinden Konzessionen gemacht werden, was die gegenrevolutionären Kräfte nur ermutigen konnte. Die Kirchen, Messen und Prozessionen waren die Sammelplätze für die Gegenrevolution. Die Geistlichkeit benützte die Kanzel für die Agitation gegen die Diktatur des Proletariats.

Daß die Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen ebenfalls nur auf dem Papier blieb, ist nur selbstverständlich. Die Konterrevolution war bereits zu stark, um so leicht in diese Veränderungen zu willigen und der Religionsunterricht in der Provinz wurde nach und nach wieder eingeführt, wenn auch nicht im Rahmen des regelrechten Stundenplanes, so doch außerhalb desselben, jedenfalls aber in der Schule.

Wenn in den letzten Tagen der Diktatur, als die klerikale Konterrevolution ganz schamlos und prahlend an der Arbeit war, ein sozialdemokratischer Volkskommissär den Antrag stellte, daß die Arbeiterräte die Minierarbeit in den Kirchen kontrollieren möchten, so konnte er mit Recht die Antwort erhalten: Nicht jetzt, wo ihr die klerikale Konterrevolution großgezogen habt, stellt Anträge! Hättet ihr euch bei der Aufrichtung der Diktatur, anstatt die Trennung von Kirche und Staat zu sabotieren, als Sozialisten benommen!

* * *

In der Frage der Entwaffnung der Polizei und Gendarmerie und der Abschaffung der Bürokratie wurden die Sozialdemokraten

durch die Erfahrungen der Pariser Kommune nicht belehrt, in der Frage der Trennung von Staat und Kirche ließen sie ihr eigenes Programm im Stich. Sehen wir nun einmal wie sie sich gegenüber den bürgerlichen Freiheitsrechten z. B. der Pressfreiheit benommen haben.

Während der Klassenherrschaft kämpft die unterdrückte, die aufstrebende Gesellschaftsklasse stets für immer größere Freiheitsrechte. Denn „eine breitere, freiere, offenere Form des Klassenkampfes und der Klassenknechtung", sagt Lenin*, „bedeutet für das Proletariat eine gigantische Erleichterung im Kampfe für *die Beseitigung der Klassen überhaupt*." Die bürgerlichen Freiheitsrechte — die Freiheit der Presse, Vereins- und Versammlungsrecht — sind *daher die Mittel zur Aufhebung der Unterdrückung*. Hat die Bourgeoisie die Macht in den Händen, so behandelt sie die bürgerlichen Freiheitsrechte vom Gesichtswinkel ihrer Klasseninteressen aus, als Abwehr- und Unterdrückungsmittel — gegen das nach Befreiung strebende Proletariat. Nur soviel überläßt sie ihm von diesen Freiheitsrechten, als es befähigt ist, kraft seiner Organisiertheit zu erkämpfen, denn das Proletariat wird diese Rechte zur Beseitigung seiner Unterdrückung, zur Erkämpfung seiner Freiheit benützen, um sich zuerst zur herrschenden Klasse zu machen und danach jedwede Klassenherrschaft durch Aufhebung der Klassengegensätze unmöglich zu machen. Ist das Proletariat zur herrschenden Klasse geworden, so wird es die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, ebenfalls nach seinen Klasseninteressen handhaben: als Abwehr- und Unterdrückungsmittel gegen die nach ihrer Befreiung strebende Bourgeoisie. Wozu würde die Bourgeoisie die Pressefreiheit und das Vereins- und Versammlungsrecht benützen? Zum Kampfe für die Aufhebung ihrer Unterdrückung, also für den Sturz der Klassenherrschaft des Proletariats, dazu, sich selbst zur herrschenden und das Proletariat wieder zur unterdrückten Klasse zu machen.

Das Vereins- und Versammlungsrecht und die Pressefreiheit machen daher eine Funktionsveränderung durch, je nachdem das Proletariat eine unterdrückte oder eine herrschende Klasse bildet, je nachdem, ob die Bourgeoisie oder das Proletariat die herrschende Klasse ist.

---

*) Lenin, Staat und Revolution. S. 73. Verl. Aktion, Berlin.

Wie handhabt die Bourgeoisie die Pressefreiheit? Die zur Herstellung der Blätter dienenden Fabriken, die Papierfabriken, die Druckereien usw. bilden das Eigentum der Bourgeoisie. Die Presse des Proletariats wird unterdrückt, weil das Privateigentum an den Produktionsmitteln auch auf diesem Gebiete ausschlaggebend ist. Und dazu kommt noch die Unterdrückungsorganisation, die Staatsmacht, die die Blätter, also die Presse des Proletariats, von einer zustimmenden Bewilligung des Bourgeoisstaates, von einer Kaution abhängig macht, nicht nur Zensur ausübt, die Verfasser unliebsamer Artikel hinter Schloß und Riegel bringt, sondern auch noch bei besonderer Zuspitzung der Klassenkämpfe das weitere Erscheinen der Blätter vorübergehend oder endgültig untersagt.

Welche Aufgabe fällt dem Proletariat zu, wenn es sich zur herrschenden Klasse gemacht hat?

„Das Proletariat", sagt Marx im Kommunistischen Manifest, „wird seine politische Macht dazu benützen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren . . . ."

Das Proletariat wird daher, wenn es sich zur herrschenden Klasse organisiert haben wird, die materiellen Vorbedingungen der Presse, die Papierfabriken, die Papiervorräte, Druckereien usw. der Bourgeoisie entreißen, diese „in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zentralisieren," um durch sie den Interessen des Proletariats zu dienen. Kann sich dann das Proletariat erlauben, auch nur einen Teil des in Besitz genommenen Papiers der Druckereien usw. an die Bourgeoisie wieder abzutreten? Wozu würde die Bourgeoisie sie benutzen? Selbstverständlich zum Sturze der Herrschaft des Proletariats.

Bei der Sicherung seiner Herrschaft darf das Proletariat nicht schamhaft sein, es darf sich weder durch Vorurteile beirren lassen, noch dadurch, daß als unterdrückte Klasse das Proletariat selbst für die Pressefreiheit gekämpft hat. Für das Proletariat bedeutete damals die Pressefreiheit ein Mittel zur Erkämpfung seiner Befreiung, denn „eine breitere, freiere, offenere Form des Klassenkampfes und der Klassenknechtung" sagt Lenin, „bedeutet für das Proletariat eine gigantische Erleichterung im Kampfe für die Beseitigung der Klassen überhaupt."

Die Aufhebung der Pressefreiheit für die Bourgeoisie mag in den Augen der Philister eine Tyrannei seitens des Proletariats bedeuten, aber als Mittel bei der Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erscheint sie unvermeidbar.

Wie wurde die Pressefrage unter der Diktatur des Proletariats in Ungarn beurteilt? So, wie die ganze Diktatur selbst gehandhabt wurde: schwankend, unsicher! Auch nach der Errichtung der Rätediktatur sind die bürgerlichen Blätter weiter erschienen und es wurde durch sie der ohnedies geringe Vorrat an Rotationspapier verbraucht. Sie waren zuerst vorsichtig zurückhaltend. Sie waren in Ungewißheit über ihre Lage, als sie aber merkten, daß die Sozialdemokraten gegenüber den Kommunisten sich auf den Standpunkt der uneingeschränkten Pressefreiheit stellten, wurden sie mutig. Nicht offen griffen sie die Diktatur an, sondern sie druckten schlaue, heimtückische Aufsätze ab und veröffentlichten hie und da Berichte und Gerüchte, die panikartig wirkten.

Die Papiervorräte wurden inzwischen von der Bourgeoisiepresse derart aufgezehrt, daß die Presse des Proletariats bereits in Gefahr war. Dann erst, nachdem schon kein Papier mehr da war, wurde die Bourgeoispresse eingestellt. Wenn jene Papiervorräte, die die Bourgeoispresse aufgezehrt hat, zur Befriedigung der geistigen Bedürfnisse des Proletariats verwendet worden wären, welch noch größere Kulturarbeit hätte die Diktatur geleistet und damit im Interesse des Proletariats gehandelt!

V.

Das Verhältnis des Dorfes zur Stadt.

Für das Schicksal der Diktatur war das Verhältnis des Dorfes zur Stadt von ausschlaggebender Bedeutung.

Es ist allgemein bekannt, daß Ungarn ein typisches Land des Großgrundbesitzes ist, daß der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung aus völlig besitzlosen Lohnarbeitern und aus kleinen Zwergbauern besteht. Die sozialen Verhältnisse des flachen Landes in Ungarn eignen sich daher zu einer revolutionären Agrarpolitik.

In Ungarn bildet das industrielle Proletariat im Verhältnis zum landwirtschaftlichen eine schmale Schicht, im Kampf gegen

den Kapitalismus ist daher das industrielle Proletariat auf das des flachen Landes besonders angewiesen. Nur dieses natürliche Bündnis des industriellen mit dem landwirtschaftlichen Proletariat ist allein imstande, die Macht des Kapitalismus zu brechen, die Ausbeutung in Dorf und Stadt zu beseitigen und die Herrschaft des Proletariats zu begründen und zu befestigen.

Aber dieses Aufeinanderangewiesensein des industriellen und des landwirtschaftlichen Proletariats konnte in der ungarischen Arbeiterbewegung nie verkörpert werden. Die Landarbeiter hatten zwar eine Gewerkschaft, sie hat aber im Laufe ihres 15jährigen Bestandes im eigentlichen Proletariat des flachen Landes nur wenig Wurzel geschlagen, hatte zwar einige Tausend Mitglieder, diese waren aber zumeist sogenannte „Kubikarbeiter" (Erdarbeiter). Die Gewerkschaft war auch unfähig, sich aus eigenen Mitteln zu erhalten und war stets auf die materielle Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei also auf die der industriellen Arbeiterschaft angewiesen. Die Gewerkschaft befaßte sich mit Lohnkämpfen, es gab schon eine Zeit, wo sie selbst unter der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft eine große Bewegung hervorrufen konnte, aber sie an sich zu fesseln hat sie nicht verstanden.

Warum konnte sie es nicht? Weil weder die Gewerkschaft, noch die Sozialdemokratische Partei über ein Agrarprogramm verfügten und der gestellten Aufgaben gewachsen waren. Die Beseitigung der Gegensätze zwischen dem Dorfe und der Stadt, das Bündnis des landwirtschaftlichen und des industriellen Proletariats suchten sie nicht auf revolutionärem Wege zu erreichen, sondern sie begnügten sich mit Sympathiekundgebungen der industriellen Arbeiterschaft und mit der materiellen Unterstützung der Organisation der Landarbeiter. Die bürgerlichen Parteien verstanden es schon seit langem, gegen die Großgrundbesitzer die Losung der Bodenaufteilung in die Agitation hineinzuwerfen, welche Reform geeignet gewesen wäre, den politischen Einfluß der Großgrundbesitzer zu brechen, aus einem großen Teil der Proletarier der Landwirtschaft besitzende Bauern zu machen, um auf diese Weise das Land aus einem Lande des Großgrundbesitzes in ein Bauernland zu verwandeln. Jene, die das Entflammen der revolutionären Kräfte des landwirtschaftlichen Proletariats fürchteten, wollten auf diese Weise dieses latente Feuer löschen, die Klassengegensätze auf dem flachen Lande aufheben oder wenigstens mildern.

Dieser Politik der Bauernfängerei der bürgerlichen Parteien wußte die S.D.P. nicht nur nicht ein revolutionäres Programm entgegen zu halten, sondern ihr Verhalten war stets schwankend, hatte nie einen entschiedenen Charakter, sie befaßte sich auch nicht eingehender mit dem Problem, ließ es auch nie bis zur Programmentfaltung heranreifen. Eine nennenswerte Bewegung in der Partei riefen nur die deutschen Agrardebatten hervor, wo sich die Frage darum drehte, ob der Groß- oder der Kleinbetrieb die Betriebsform der Landwirtschaft der Zukunft sein werde. Aber auch damals begnügte man sich mit der Polemik über die Betriebsfrage und ließ das außer acht, worauf der Schwerpunkt der ganzen Frage eigentlich beruht: auf welche Weise das Zusammengehen des landwirtschaftlichen mit dem industriellen Proletariat, das Mitwirken des landwirtschaftlichen Proletariats in der Revolution, in der Diktatur zu sichern wäre.

Daß die S. D. P. mit der revolutionären Lösung der Agrarfrage sich nicht befaßte, ist leicht verständlich, ihr schwebte ja im allgemeinen bei der Befreiung des Proletariats nicht die revolutionäre, sondern die demokratische Lösung: das Hineinwachsen in den Sozialismus vor Augen. Nie ist es ihr eingefallen, an eine proletarische Revolution zu denken, sondern stets nur an das Parlament, an die Wähler, eben deshalb hat sie sich der Bodenaufteilungspolitik der bürgerlichen Parteien nicht widersetzt, eher war sie bestrebt, sich ihr anzuschmiegen. Demgemäß wurde auch die Organisation der Landarbeiter umgestaltet, ihr rein proletarischer Charakter wurde aufgehoben und sie wurde mit der Organisation der kleinen Landwirte vereinigt, damit die neue Organisation bei den Wahlen zur Nationalversammlung ihrer Aufgabe, dem Bauernfang, mehr gewachsen sei. Dieser Schritt wurde vorgenommen, ohne daß die S.D.P. die Lehre aus dem Kriege gezogen hätte, wo die Aushungerungspolitik des Dorfes der Stadt gegenüber schon in erheblichem Masse zur Geltung gekommen war. In der „Népszava" wurden zwar Artikel veröffentlicht, die darüber weinten, daß das Dorf die Stadt auffresse und erwürge, trotzdem ist die S.D.P. auf die Bauernfänger-Bodenaufteilungspolitik hineingefallen, anstatt daß sie den Klassenkampf in das Dorf hineingetragen hätte. Denn für die revolutionäre Lösung, für die sozialistische Lösung der Agrarfrage kann nur dies allein der Weg sein. In der Landwirtschaft muß das proletarische

Element von den Besitzenden losgelöst, der Klassenkampf zugespitzt werden, ebenso wie beim industriellen Proletariat, und während dieser fortwährenden Förderung und Verschärfung des Klassenkampfes, im Kampfe, im revolutionären Klassenkampfe selbst, wird das Bündnis des landwirtschalftichen und des industriellen Proletariats für die Beseitigung der Ausbeutung und für die Befreiung sowohl des landwirtschaftlichen, wie auch des industriellen Proletariats hergestellt.

Aber die S. D. P. wollte dies ja nicht. Nachdem sie die Organisation der Landarbeiter in eine Organisation der Landarbeiter und der kleinen Landwirte umgewandelt hatte, anstatt die Verschärfung des Klassenkampfes auf dem flachen Lande zu fördern, stellte sie ein Programm der Trübung der Klassengegensätze auf, das in folgenden vier Punkten zusammenzufassen ist:

1. Hohe Vermögensabgabe, die in Form von Boden zu erstatten wäre.

2. Vom Reste sollte ein Anteil, dessen Grenze sich zwischen 200 und 1000 Joch bewegt, expropriiert werden.

3. Den Grundbesitzern sollte eine Rente für den expropriierten Boden zugesichert werden, und zwar der ersten Generation die volle Rente des Bodenwertes, der zweiten Generation die Hälfte derselben, für die dritte Generation würde eine Verpflichtung des Staates aufhören.

4. Der so in den Besitz des Staates gelangende Boden wäre teils landwirtschaftlichen Genossenschaften zu übergeben, teils ohne Vergütung an solche Leute zu überlassen, die sich zu seiner Bearbeitung verpflichten, aber für die Bewahrung des kollektiven Rechtes wäre als ständige Wertsteuer für diese Güter dem Staate eine Rente zu entrichten.

Dieses Programm hat die S.D.P. nach der Oktoberrevolution am 13. Dezember 1918 als regierende Partei dem Arbeiterrat unterbreitet, dem die kommunistische Fraktion des Arbeiterrates folgenden Gegenvorschlag machte:

1. Heute, wo die Losung der Bodenaufteilung durch den taktischen Fehler der S.D.P. und als Bauernfängerpolitik der sich radikal nennenden Bourgeoisie zur Kräftigung des Privateigentums in der öffentlichen Meinung, wenn auch nur vorübergehend, sich befestigt hat, ist die Hauptfrage des Agrarproblems,

auf welche Weise die proletarischen und halbproletarischen Elemente der Landwirtschaft für die weitere Revolution des Proletariats — und was damit gleichbedeutend — für die Diktatur des Proletariats zu gewinnen sind. Die andere Hauptfrage des Problems ist die, auf welche Weise die Lebensmittelversorgung des städtischen Proletariats im Rahmen der Lösung der Agrarfrage zu sichern sei.

2. Der Gegensatz zwischen Dorf und Stadt ist durch das kapitalistische Wirtschaftssystem hervorgerufen worden, um eine Scheidewand zwischen dem landwirtschaftlichen und dem industriellen Proletariat zu ziehen. Diese Scheidewand kann das Proletariat nur in seinem direkten politischen Kampfe gegen das Privateigentum und gegen den Kapitalismus umstürzen. Eine solche Lösung der Agrarfrage, die das Privateigentum nicht nur berücksichtigt, sondern auch noch verstärkt, stellte neue Hindernisse vor das Zustandekommen des Bündnisses zwischen dem Proletariat der Industrie und des flachen Landes und schwächt damit die Revolution. Dabei führt eine solche Lösung in der gegebenen wirtschaftlichen Lage auch noch dazu, daß durch die Verschärfung der Gegensätze der Bevölkerung der Stadt und des Dorfes auch noch die Lebensmittelversorgung des Proletariats unmöglich gemacht wird.

3. Obzwar einer Bodenaufteilung in der heutigen Situation trotz ihrer schädlichen Einwirkungen kaum ein Widerstand geleistet werden kann, beschließt der Arbeiterrat doch, — um durch das Bündnis des Proletariats der Stadt und des flachen Landes die Lebensmittelversorgung des Proletariats zu ermöglichen — nur eine revolutionäre Lösung der Agrarfrage: statt jeder offenen, verschleierten, provisorischen Entschädigung die sofortige Besitzergreifung des Groß- und Mittelbetriebs als die allein richtige Lösung der Agrarfrage zu betrachten.

4. Als Bürgschaften im Interesse der allgemeinen Ziele bei der Lösung der Agrarfrage wird das Programm in folgendem detailliert:

a) Organisierung der Räte der landwirtschaftlichen Armen (proletarische und halbproletarische Elemente der Landbevölkerung) zwecks Sonderung der landwirtschaftlichen Armen von der kleinbürgerlichen Schicht der Bauernschaft, zwecks Verschärfung der Klassengegensätze unter ihnen und zwecks ihrer Einschaltung in den proletarischen Klassenkampf.

b) Ohne den Beschluß der Nationalversammlung abzuwarten Besitzergreifung des gesamten Groß- und Mittelbesitzes mit sämtlichem Inventar der Mobilien und Immobilien (Maschinen, Gebäude, Arbeitsgeräte, Viehstand, Saatgut) durch die Räte des landwirtschaftlichen armen Volkes und Uebergabe in den Besitz der Gesamtheit der Arbeitenden.

c) Stellung des landwirtschaftlichen armen Volkes vor die Entscheidung: auf gemeinschaftlicher Bearbeitung des Bodens beruhender Großbetrieb oder auf individueller Arbeit beruhender Kleinbetrieb. Der auf individueller Arbeit beruhende Kleinbetrieb kann die Benutzung einer größeren Bodenfläche nicht übersteigen, als der Nutznießer selbst und seine Familie zu bearbeiten imstande sind. Mit Ausnahme der Besitzungen des Staates und sonstiger öffentlichen Körperschaften kann in der Landwirtschaft fremde Arbeit nicht beschäftigt werden, in den Privatbetrieben ist die Lohnarbeit abzuschaffen.

d) Die staatlichen wie auch die mit Industrie verbundenen Betriebe, so auch Wald und Weide, dürfen zur individuellen Bewirtschaftung von Kleinbetrieben oder zur Familienbewirtschaftung nicht benutzt werden.

e) Die Bodenbenutzung für jene, die die Bearbeitung des Bodens auf Kleinbesitz betreiben, ist frei, die Bodenrente fällt der Gesamtheit der Arbeitenden zu.

f) Zur Regelung der Agrarfrage im ganzen Lande, zur Beratung der Einzelheiten der Regelung im Interesse des landwirtschaftlichen Armenvolkes sind die Delegierten der landwirtschaftlichen Organisationen zu einem Landeskongreß unverzüglich einzuberufen.

Vergebens legte die K.P. dar, daß die Agrarpolitik der S.D.P. nicht die Politik der Revolution sei und nicht zum Bündnisse des Proletariats von Stadt und Land führe, sondern zur Aushungerung des Proletariats in der Stadt; der aus einer sozialdemokratischen Mehrheit bestehende Arbeiterrat hat doch den kommunistischen Antrag abgewiesen und den sozialdemokratischen angenommen.

Ueber die Lösung der Agrarfrage bestanden unter den regierenden Parteien große Differenzen, sodaß eine Bodenaufteilung kaum an die Reihe kommen konnte, und auf diese Weise bei der Errichtung der Rätediktatur der Boden noch nicht aufgeteilt war.

Das ungarische Proletariat war daher in einer bedeutend günstigeren Situation als das russische, wo die Diktatur des Proletariats als bereits vollzogene Tatsache den Boden aufgeteilt vorfand, und wo sich die Bauernschaft erst im Laufe der Zeit von den Nachteilen der individuellen und den Vorteilen der gemeinschaftlichen Bearbeitung des Bodens überzeugen konnte, während das städtische Proletariat in dieser Zeit Hunger leiden mußte.

Wie wurde diese Situation von der Diktatur in Ungarn ausgenutzt?

Jene Tatsache, daß in der Landarbeiterorganisation die kleinen Landwirte und hauptsächlich die Verfechter der Bodenaufteilungspolitik die Oberhand hatten, spiegelte sich auch in den Verfügungen der Diktatur wieder. Der Zentralverband der Landarbeiter und kleinen Landwirte und mit ihm die Sozialdemokraten führten einen heftigen Kampf gegen die konsequente Durchführung des kommunistischen Agrarprogramms. Sie malten die Schreckensbilder einer Konterrevolution der besitzenden Bauernschaft an die Wand, der — nach ihrer Meinung — nur dadurch vorgebeugt werden könnte, daß der Regierende Rat die Expropriierung nur der Groß- und Mittelbetriebe anordnete. Vergebens wiesen die Kommunisten darauf hin, daß diese Lösung die weitere Trübung der Klassengegensätze auf dem flachen Lande und so die Schwächung der Diktatur des Proletariats bedeute. Demgegenüber behaupteten sie, daß sie auf diese Weise die besitzende Bauernschaft an die Diktatur fesseln würden. Der Regierende Rat hat auch schließlich die Enteignung des Bodens der Besitzungen über 100 Joch beschlossen.

Die Durchführung der Verordnung ging glatt vor sich. Der enteignete Boden wurde von den Räten des landwirtschaftlichen Proletariats übernommen und bewirtschaftet. Die fachgemäße Betriebsführung war gesichert, den Betrieben standen geschulte Wirtschaftsbeamte in genügender Zahl zur Verfügung. Die Bewirtschaftung des Bodens war anstandslos, und es wurde von Tag zu Tag deutlicher, daß die Diktatur den Weg zur Verwirklichung des Bündnisses des landwirtschaftlichen und des industriellen Proletariats ging. Die sozialisierten Landwirtschaften lieferten tatsächlich der Stadt, dem industriellen Proletariat Lebensmittel. Allerdings nur die sozialisierten Landwirtschaften lieferten, denn

die von der Sozialisierung verschonten Bauern, die Kleinwirte unter 100 Joch sabotierten und blockierten die Stadt.

Die Nachteile der extensiven Wirtschaftsweise der ungarischen Landwirtschaft hat sich demzufolge während der Diktatur fühlbar gemacht. Der Groß- und Mittelbetrieb war hauptsächlich auf die Produktion von Körnerfrucht und Rohstoffen für die landwirtschaftliche Industrie, auf Viehzucht und Milchwirtschaft, aber auf Gemüsebau nicht eingerichtet. Mit Gärtnereiprodukten, mit Gemüsen, Eiern usw. wurde die Stadt vorher immer durch die Bauernschaft versorgt. Allzubald zeigte sich, daß die Hoffnungen der Sozialdemokraten sich nicht erfüllten und die Weiterbelassung der Besitzungen unter 100 Joch die Eigentümer derselben nicht nur nicht an die Diktatur fesselte, sondern im Gegenteil sie direkt zur Gegenrevolution hinübertrieb. Während die sozialisierten Landwirtschaften ihre Produkte tatsächlich in die Stadt lieferten, lieferte die Bauernschaft überhaupt nichts. Diese Gefahr der Sozialisierung ihres Besitzes sah sie ständig über ihrem Kopfe schweben. Die Agitation der Konterrevolution wandte ihre ganze Kraft der besitzenden Bauernschaft zu, die ihre Produkte nicht nur nicht in die Stadt lieferte, sondern sie überhaupt gegen Geld nicht verkaufte, und nur auf dem Tauschweg gegen Kleider, Wäsche, Schuhe hergab. Kleider, Wäsche und Schuhe in überflüssigen Mengen hatte das Proletariat nicht, hatte nur die Bourgeoisie, diese strömte daher nach Lebensmitteln in die Dörfer.

Wenn diese Lösung der Agrarfrage das Bündnis des Proletariats der Stadt und des flachen Landes herbeiführen konnte, so verwirklichte und festigte sie dafür auch das Bündnis der städtischen Bourgeoisie mit der Bauernschaft, das die Herrschaft des Proletariats zu erwürgen begann. Wenn auch die Stadt reichlich mit Mehl versorgt gewesen war und auch die sozialisierten Landwirtschaften Fleisch lieferten, so mangelte es doch an Eiern, es mangelte an Gemüsen und sonstigen Gärtnereiprodukten, da der Bauer gar nichts lieferte. Die Konterrevolution stiftete die Bauernschaft zum Widerstand an, die ganz offen erklärte: Die Diktatur will den Bauern nur ausnützen, sie will nur, die Bauernschaft möge sie dieses Jahr mit Lebensmitteln versorgen und dadurch die Diktatur festigen, damit sie übers Jahr die Sozialisierung fortsetzen und die Bauern des Bodens berauben kann.

Wenn auch die Lebensmittelversorgung der Stadt nicht rosig war, war sie doch keinesfalls kritisch, jedenfalls war sie nicht schlechter bestellt, als während des Krieges im Jahre 1917, besonders aber im Jahre 1915, wo schon im Januar an die Arbeiterschaft dunkles Maismehl verteilt wurde, dagegen erhielt sie während der Diktatur reichlich Weizen- und Kornmehl in derselben Quote, wie im Jahre 1918. Das Stehen vor den Geschäften nahm bei weitem nicht derartige Dimensionen an, wie in den Jahren 1915 und 1917, als die Weiber — schon im Januar — in warme Tücher eingewickelt, sich um elf Uhr nachts anstellten und auf mitgenommenen kleinen Bänkchen die ganze Nacht durch wachen mußten, um am Morgen die Ersten zu sein und bestimmt Lebensmittel zu bekommen. Demgegenüber war die Lebensmittelversorgung während der Diktatur besser bestellt, und wenn es auch an manchen Lebensmitteln mangelte, so waren dafür andere in größeren Mengen vorhanden. Und mit dem, was vorhanden war, wurde durch die Verteilungsstellen zuerst das Proletariat versorgt.

Die durch die Entente unterstützte Konterrevolution machte sich mit Volldampf an die Arbeit. Für die mangelhafte Lebensmittelversorgung machte sie nicht den viereinhalbjährigen Krieg, sondern die Rätediktatur verantwortlich, die bei Errichtung ihrer Herrschaft die Lebensmittel beschlagnahmte, um die Verpflegung des Proletariats sichern zu können. Ohne die Rätediktatur hätte die Bourgeoisie die Lebensmittelvorräte bald aufgezehrt gehabt, das Proletariat hätte durch die Verteilungsorganisation der Bourgeoisie kaum an sie herangelangen können und wäre zum Hungertode verurteilt gewesen. Daß es dem vorbeugen konnte, ist eben der Rätediktatur zu verdanken, die stets verkündete, daß das Proletariat nur zwischen zwei Dingen zu wählen hat: hoffnungslos während der Herrschaft der Bourgeoisie für die Aufrechterhaltung der Ausbeutung Hunger zu leiden, während die Bourgeoisie im Wohlstand praßt, oder noch eine Zeitlang zu entbehren und während dieser Entbehrung die zum Sozialismus führenden Maßnahmen zu ergreifen. Nach dem Sturze der Rätediktatur, als die Bourgeoisie wieder zur Herrschaft gelangt war, wurde das Proletariat durch einen gründlichen Anschauungsunterricht von der Richtigkeit dieses Lehrsatzes überzeugt. Die Konterrevolution hat die Lebensmittelversorgungspolitik der Rätediktatur aufgehoben, die Märkte und Hallen sind leer geblieben, aber die vor-

nehmen Lebensmittelgeschäfte wurden mit Lebensmitteln überfüllt. Das Proletariat konnte sie nicht kaufen, denn die Arbeitslöhne wurden herabgesetzt, die Arbeitslosenunterstützung aufgehoben, und das Proletariat hatte nichts, wovon es kaufen konnte, es hungerte, damit die Bourgeoisie sich satt essen konnte.

Die Aussichten auf die künftige Lebensmittelversorgung während der Rätediktatur waren keine schlechten, denn die Ernte war sehr gut und die Drescharbeiten hatten bereits begonnen. Das städtische Proletariat war von einer Hungersnot nicht bedroht. Der Regierende Rat befaßte sich gerade mit der Einführung der Klassenrations- und Klassenpreispolitik. Mit der Einführung des Arbeitszwanges für die Bourgeoisie wollte er das Prinzip zur Geltung bringen: Nur wer arbeitet, soll auch essen! Doch dazu reichte nicht mehr die Zeit . . .

Nach dem Sturze der Rätediktatur sind die sozialisierten Landwirtschaften wieder ihren früheren Eigentümern zurückgestellt worden, das unter tausendjähriger Unterdrückung schmachtende ländliche Proletariat wurde wieder in die Lohnsklaverei hinuntergestürzt. Aber trotz des „energischen“ Mitwirkens der rumänischen Bajonette, hatte der weiße Terror keine allzu leichte Sache. An vielen Orten widersetzte sich das landwirtschaftliche Proletariat, und seine Solidarität mit dem städtischen Proletariat wurde mit seinem Blute besiegelt. Durch 133 Tage ging das landwirtschaftliche Proletariat den Weg der Befreiung und es war nicht ohne weiteres gewillt, seinen Kopf wiederum in die Schlinge der Lohnsklaverei zu legen. Der Klassenkampf, den die Verschonung der Bauern unter 100 Joch noch zu trüben vermochte, wurde in das Dorf hineingepflanzt. Dem Proletariat ist der Weg der sozialistischen Lösung der Agrarfrage bereits klar, der Weg, der zum Bündnisse des landwirtschaftlichen mit dem industriellen Proletariat, des Proletariats überhaupt führt.

VI.

Die Rolle der Gewerkschaften in der Revolution.

Es wurde bereits erwähnt, daß die gewerkschaftliche Bürokratie von der revolutionären Masse durch eine tiefe Kluft getrennt war. Dieser Gegensatz kam besonders tief zum Ausdruck in der Bewertung der Gewerkschaften.

Um die Rolle der Gewerkschaften richtig beurteilen zu können, müssen wir auf die Grundbedingungen der Gewerkschaften zurückgreifen, aus denen sie ihre Existenzberechtigung und ihre Lebenskraft schöpfen, denn nur auf diese Weise kann es uns möglich sein, die Rolle der Gewerkschaften in der proletarischen Revolution zu bestimmen.

Die Arbeitszeit zerfällt, nationalökonomisch gesprochen, in zwei Teile: in jenen Teil, während dessen der Arbeiter den entsprechenden Wert seines Arbeitslohnes produziert, also die Kosten seines Lebensunterhaltes und seiner Fortpflanzung verdient — dies ist die notwendige Arbeitszeit — und in jenen zweiten Teil — dies ist die Mehrarbeitszeit — während dessen der vom Arbeiter produzierte neue Wert ausschließlich den Nutzen des Kapitalisten bildet. Während dieses zweiten Teils der Arbeitszeit produzierter Wert ist Mehrwert.

Die Interessen des Arbeiters stehen daher den Interessen des Kapitalisten gegenüber. Die Interessen des Arbeiters gelangen aber nicht dadurch zum Ausdruck, daß der Arbeitslohn so hoch wie möglich und die Arbeitszeit so kurz wie möglich gestellt werde. Durch die Vervollkommnung und Verbilligung der Produktionsweise, durch die Verteuerung der Unterhaltungskosten der Arbeiter treten doch bald die früheren Verhältnisse wieder ein, die Interessen des Arbeiters aber offenbaren sich darin, daß ein möglichst großer Teil des Arbeitstages die notwendige Arbeitszeit bilde, und jener Teil der Mehrarbeitszeit, währenddessen der Mehrwert des Kapitalisten produziert wird, möglichst klein wird. Diese einander entgegenstehenden Interessen der Arbeiter und Kapitalisten hatten die Gewerkschaften ins Leben gerufen, die zu unmittelbaren und wertvollen Mitteln in den Klassenkämpfen des Proletariats geworden sind.

Die Aufgabe der Gewerkschaften ist daher, die Arbeitsverhältnisse so gut wie möglich zu gestalten, um von dem, vom Arbeiter produzierten, Werte möglichst viel dem Arbeiter zu sichern, d. h. den zur Produktion von Mehrwert verwendeten Teil der Arbeitszeit — also den Mehrwert selbst, die Ausbeutung des Arbeiters durch den Kapitalisten, so niedrig wie möglich zu halten. Der ganze gewerkschaftliche Kampf hat daher zur Aufgabe, den Grad der Ausbeutung ständig zu verringern, den Arbeiter vor der Ausbeutung zu schützen. Er stellt daher stets einen defen-

siven Kampf der Arbeiterschaft dar. Der defensive Charakter des gewerkschaftlichen Kampfes wird auch dadurch nicht geändert, daß er sich in einer offensiven Form, in Streiks offenbart, denn auch in diesem Falle will er den Arbeiter vor der Ausbeutung durch den Kapitalisten schützen.

Solange der Kapitalismus unerschüttert und intakt ist, kann der gewerkschaftliche Klassenkampf der Arbeiterschaft nur einen defensiven Charakter annehmen, und es ist seine Aufgabe, vereint mit dem politischen Klassenkampf die Kraft und Macht des Kapitalismus zu erschüttern. Ist der Kapitalismus erschüttert, dann hat der gewerkschaftliche Kampf von der Defensive in die Offensive überzugehen.

Die ungarischen Gewerkschaften erfaßten nicht den geeigneten psychologischen Moment zum Uebergange in die Offensive. Sie verhandelten weiter und schlossen Tarifverträge ab, die einzuhalten aber nicht möglich war. Sie beklagten sich über die Lockerung der gewerkschaftlichen Disziplin, wo sich doch der Charakter und die Bedingungen des Kampfes verändert hatten. Die Arbeiterschaft führte den Kampf nicht mehr um die Verlängerung der notwendigen Arbeitszeit des Arbeitstages, nicht um die Verringerung des Mehrwertes, sondern um die Abschaffung des Mehrwertes überhaupt. Wenn auch nicht die Führer der Gewerkschaften, so haben doch die Arbeiter es begriffen, daß wir bei jenem Stadium des gewerkschaftlichen Klassenkampfes angelangt sind, über das Marx sagt*):

„Zur selben Zeit dürfen die Arbeiter, ganz abgesehen von der allgemeinen Dienstbarkeit, die mit dem Lohnsystem verbunden ist, das schließliche Ergebnis dieser täglichen Kämpfe sich selbst nicht übertreiben. Sie dürfen nicht vergessen, daß sie mit Wirkungen und nicht mit den Ursachen dieser Wirkungen kämpfen; daß sie die Aufwärtsbewegung aufhalten, aber deren Richtung nicht verändern, dass sie Palliativmittel anwenden, aber die Krankheit nicht heilen. Sie sollten deshalb nicht ausschließlich in diesen unvermeidlichen Guerillakämpfen aufgehen, wie sie die nie aufhörenden Uebergriffe des Kapitals und die Aenderungen der Marktlage beständig

*) Karl Marx, Lohn, Preis und Profit.

hervorrufen. Sie müssen begreifen, daß das gegenwärtige System neben all dem Elend, das es ihnen auferlegt, zur selben Zeit die für einen ökonomischen Wiederaufbau der Gesellschaft notwendigen materiellen Bedingungen und sozialen Formen erzeugt. An Stelle des konservativen Mottos: „Ein gerechter Tageslohn für einen gerechten Arbeitstag“ sollten sie das revolutionäre Schlagwort auf ihre Fahne schreiben: Abschaffung des Lohnsystems.“

Zum Kampfe für die Abschaffung des Lohnsystems waren die Massen zur Stelle, nur die Führer der Gewerkschaften fehlten, die die Funktionsveränderungen der Gewerkschaften seinerzeit nicht zu erfassen vermochten, jetzt wieder — wie es Buchinger sagte — ohne daß man auch nur mit halbem Herzen dabei gewesen wäre, am 21. März das Kommunistische Programm anerkannten, nur damit die Masse sie nicht beiseite schiebe.

Dieses Verhalten der Führer der Gewerkschaften spiegelte sich auch wider in ihrem Verhalten während der Rätediktatur. Sie pflegten nur die alten Gewerkschaften und deren Institutionen weiter, und auch diesmal konnten sie nicht erfassen, daß das Gewerkschaftswesen bereits sein drittes Stadium, die Funktion der Konstruktion erfüllt, wo es sich am Aufbau des Sozialismus zu beteiligen hat. Lohnkämpfe hat es nicht mehr gegeben, die Arbeitslosenunterstützung war zu einer staatlichen Aufgabe geworden, nur zum Teile wurde sie durch die Gewerkschaften vermittelt, da sie zumeist durch die Betriebe selbst entrichtet worden ist.

Eine gewerkschaftliche Funktion hörte natürlich während der Rätediktatur auch nicht auf. In der Organisierung und in dem Aufbau der Produktion gelangten die Gewerkschaften zu einer bedeutenden Rolle.

Nach der Errichtung der Rätediktatur wurden die Banken und die Betriebe mit über 20 Arbeitern sozialisiert. Das Volkskommissariat für Sozialisierung bestellte auf Vorschlag der Gewerkschaften an die Spitze der sozialisierten Betriebe Produkions-Kommissare, die mit den Betriebsräten die Betriebe weiter führten. Zugleich mit der Sozialisierung der Betriebe wurde auch der Volkswirtschaftliche Rat organisiert, in dem sämtliche wirtschaftlichen Volkskommissariate aufgegangen und auch die Gewerkschaften eingeschaltet sind. Der Volkswirtschaftliche Rat

hat die Führung der wirtschaftlichen Angelegenheiten der Rätediktatur, die Beseitigung der Anarchie des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die sozialistische Organisierung der Produktion und Verteilung zur Aufgabe. Jede Gewerkschaft gelangte in der Organisierung ihres eigenen Berufszweiges zu einer Rolle. Die Gewerkschaften gewannen auf diese Weise einen Ueberblick darüber, ob die Produktionsweise der einzelnen Betriebe vorteilhaft war oder nicht, ob der einzelne Betrieb einzustellen oder weiter zu führen, ob er mit anderen zu vereinigen oder zu erweitern sei. Nicht mehr auf die Steigerung der Arbeitslöhne und auf die Verkürzung der Arbeitszeit, nicht auf die Verlängerung der notwendigen Arbeitszeit des Arbeitstages, also auf die Verkleinerung des Mehrwertes, nicht einmal auf die Beseitigung der Möglichkeit der Erzeugung von Mehrwert, also auf die Abschaffung des Lohnsystems war der Kampf gerichtet, sondern den Aufbau des Sozialismus selbst hatten die Gewerkschaften nun zur Aufgabe.

Jene Gewerkschaften und jene Gewerkschaftsführer, die diese Funktionsveränderung des Gewerkschaftswesens zu begreifen vermochten, haben während der Rätediktatur würdige Arbeit geleistet.

VII.

Was hat die Diktatur geleistet?

Die Feinde der Räte-Diktatur erwähnen es als eine Schattenseite und erfüllen die ganze Welt damit, daß die wirtschaftliche Organisation der Diktatur unvollständig war. Sie haben Recht! Doch niemand hat es behauptet, daß sie vollständig sein könne. Die Diktatur bildet ja kein Endziel, auf das sich das Proletariat dauernd einzurichten hat. Sie bildet nur ein Uebergangsstadium, das aus dem Kapitalismus in den Kommunismus hinüberführt, und dauert nur so lange — bis die Wurzeln des kapitalistischen Systems ausgerodet sind — bis der Sozialismus, der Kommunismus verwirklicht sind. Die Verfügungen der Diktatur können daher nicht vollständig sein, da sie eben nur provisorische sind, und sie werden auf dem Wege zum Kommunismus stets durch neue abgelöst. Vollständig kann diese Organisation nur werden, wenn das Proletariat durch die Diktatur sein Ziel: die Möglichkeit der Ausbeutung zu beseitigen, den Sozialismus, den Kommunismus

zu verwirklichen, erreicht hat. Zur Herrschaft gelangt — bei der Errichtung der Diktatur war das Proletariat vor die Aufgabe gestellt, mit der vorhandenen Organisation der ausgelebten und sich aufzehrenden kapitalistischen Gesellschaft an den Aufbau des Sozialismus zu schreiten.

Wie sieht diese Organisation sowohl in den Sieger- wie auch in den besiegten Staaten aus? Die gesamte kapitalistische Organisation ist krank und anstatt eine Erholung zu finden, geht es ihr nach und nach schlechter. Die Produktionsmittel sind während des Krieges zerstört worden, die Rohstoffe verbraucht, die Kohlen- und Erzproduktion wird von Tag zu Tag geringer, die Verkehrsmittel sind geradezu vernichtet, und die noch vorhandenen können wegen Mangel an Heizmaterialien nicht in Bewegung gebracht werden und deshalb nicht nur, weil die Lebensmittelproduktion eingeengt ist, sondern auch deshalb, weil sie nicht gefördert werden kann, hungert das Proletariat. Kaum hört die eine Streikwelle auf, schon folgt eine andere durch die Welt. Der Kapitalismus versucht, diese Uebel zu überwinden, doch er ist hilflos. *Seine Maßregeln erweisen sich als unvollkommen*, er kann sich nicht erneuern. Statt diesen abgewetzten und zerstörten Organismus dazu zu benutzen, dem Kapitalismus zu einer Erneuerung zu verhelfen, hat das Proletariat ihn zur Verwirklichung einer höheren Gesellschaft, des Sozialismus, in Bewegung zu bringen.

In Ungarn waren bereits *vor der Rätediktatur* die Arbeitslöhne derart hoch gestiegen, daß die Unternehmer keinerlei Bestellungen übernahmen, da der Betrieb ihnen keinen Nutzen mehr brachte. Die Feinde der Rätediktatur sind trotzdem bemüht, die gestiegenen Löhne und so die Verteuerung der Produktion der Rätediktatur zuzuschreiben. Bezüglich der Arbeitslöhne erstreckten sich die Verfügungen der Rätediktatur auf ihre *Ausgleichung*. Auf Grund der bestehenden Arbeitslöhne wurden Kategorien aufgestellt wie folgt:

a) gelernte Facharbeiter
b) angelernte Arbeiter
c) Hilfsarbeiter
d) Lehrlinge.

Für jede Kategorie wurde eine eigene Lohnskala festgesetzt. Die Arbeitslöhne wurden im allgemeinen nicht erhöht, nur vereinheitlicht. Zur Zeit der Aufstellung der Kategorien existierten bereits

höhere Löhne, als der Höchstlohn der ersten Kategorie betrug, die dann der Lohnskala entsprechend reduziert wurden, während die niedrigeren Lohnklassen entsprechend eingereiht wurden. Das Grundgesetz „für gleiche Arbeit gleicher Lohn" ist dabei ebensogut zur Geltung gekommen, wie bei der Abschaffung der speziellen Arbeitslöhne für weibliche Arbeiter. Die weiblichen Arbeiter wurden in die entsprechenden Kategorien eingeteilt, und wurden mit denselben Arbeitslöhnen entlohnt wie die männlichen Arbeiter derselben Kategorie. Daß die Ausgleichung der Arbeitslöhne die Ausgaben der Rätediktatur an Arbeitslöhnen im Endresultat gesteigert hat, ist natürlich. Die Diktatur kann sich aber nicht das Prinzip der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu eigen machen, das durch Aufstellung von willkürlich erscheinenden abweichenden Arbeitslöhnen unter der Arbeiterschaft Zwistigkeiten erzeugt.

Wie das Proletariat den eroberten Bourgeoisstaat nicht, ohne ihn für seine Zwecke umzugestalten, in Bewegung setzen kann, so ist auch die Organisation der Produktion ohne eine Umgestaltung nicht aufrecht zu erhalten. Vor allem mußte der während des Kapitalismus hineingepflanzte Antreibeorganismus abgeschafft und die Beamtenhierarchie beseitigt werden. An der Spitze des Betriebes stand der Betriebsarbeiter-Rat, der mit dem ernannten Produktionskommissar gemeinsam mit dem Volkswirtschaftlichen Rat und mit den Gewerkschaften den Betrieb leitete. Die Gleichstellung der Arbeitslöhne der Angestellten mit denen der Arbeiter war eben im Gange, wobei der Grundsatz maßgebend war, daß die Löhne der Angestellten die der gelernten Facharbeiter nicht übersteigen durften.

Die Produktion in den Betrieben war bereits vor der Rätediktatur auf das Minimum gesunken. Viele behaupten es gerne, daß die Lahmlegung der Betriebe dem von der Rätediktatur geführten Kriege, der durch die Entente angeordneten Blockade, also der Rätediktatur selbst, zuzuschreiben wäre. Sind denn in den übrigen Ländern die Betriebe, die Produktion nicht ebenfalls lahmgelegt? Haben diese denn Rohstoffe? Kann die Entente die eigenen Betriebe mit Rohstoffen versorgen? In dieser Hinsicht kämpft jedes Land mit denselben Schwierigkeiten. Aber bei der Produktion kommen ja nicht allein Rohstoffe in Betracht, auch die Produktionsdisziplin bildet einen bedeutenden Faktor. Und

eben der Mangel an Produktionsdisziplin bedeutet das größte Hindernis für die Erneuerung des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Bei einer derart großen Umwandlung, wo ein durch Jahrtausende gebautes Gesellschaftssystem durch ein neues abzulösen, von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktion überzugehen ist — sind Erschütterungen, Störungen natürlich unausbleiblich. Der gewerkschaftliche Kampf war doch mit der ganzen Spitze gegen das Akkordsystem gerichtet. Schon vor der Rätediktatur war es der Arbeiterschaft gelungen, in vielen Betrieben das Akkordsystem abzuschaffen und den Zeitlohn einzuführen. Bei der Einführung der Rätediktatur wurde der Akkordlohn auf der ganzen Linie durch den Zeitlohn abgelöst, was das Sinken der Produktion zur Folge hatte. Während aber die Desorganisation der Produktion in den kapitalistischen Ländern noch weiter andauert, war dieser Prozeß in Ungarn mit der allgemeinen Einführung des Zeitlohnes bereits vollendet. Es begann eine gesunde Konsolidierung sich zu entwickeln. Nicht nur der Volkswirtschaftliche Rat, sondern auch die Arbeiter selbst boten alles auf, um eine Konsolidierung der Produktionsdisziplin herbeizuführen und die Produktion zu heben. Es kostete nur wenig Mühe und es leuchtete den Arbeitern ein, daß anstatt des Zeitlohnes der Akkordlohn wieder einzuführen war.

So vielen erscheint es widersprechend, daß die Diktatur des Proletariats den Sozialismus mit dem Akkordsystem baut, das die Arbeiterschaft stets so heftig bekämpft hat. Die so denken, können die Funktionsveränderung des Akkordsystems nicht begreifen. Das Akkordsystem während des Kapitalismus bedeutet dem Zeitlohn gegenüber eine gesteigerte Ausbeutung des Arbeiters. Im Kampfe gegen den Mehrwert galt der Zeitlohn als eine bedeutende Schonung und Verteidigung, als ein erheblicher Schutz des Arbeiters gegen das Akkordsystem. Während der Diktatur des Proletariats handelt es sich aber nicht mehr um eine Produktion des Mehrwertes, sondern um den Aufbau des Sozialismus. Es ist ja der Kommunismus noch nicht da, es handelt sich ja jetzt noch um ein Stadium des zu ihm führenden Weges, dessen Gesellschaftsstruktur so aufgefaßt und behandelt werden muß, wie sie in der Wirklichkeit ist, wie Marx in seiner Kritik zum Gothaer Programm sagt: „. . . wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht, die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich,

geistig ist noch behaftet mit den Muttermalen der eigenen Gesellschaft, aus deren Schoß sie kommt". Die Diktatur des Proletariats ist daher noch nicht in die Lage versetzt, das erst im Kommunismus zur Geltung kommende Prinzip zu verwirklichen: Jeder nach seinen Bedürfnissen. Während der Diktatur kann die Verteilung der Güter nur noch nach der geleisteten Arbeit vor sich gehen. Nachdem die Gesellschaft der Rätediktatur in jeder Beziehung, „ökonomisch, sittlich, geistig noch behaftet ist mit den Muttermalen der eigenen Gesellschaft, aus deren Schoß sie kommt", so müssen auch die vorhandenen Systeme des Abwägens der Arbeitsleistung — Akkordlohn, Prämien und Taylorsystem usw. — zur Anwendung gelangen. Nur wenn die Gesellschaft nicht mehr mit den Muttermalen der kapitalistischen Gesellschaft behaftet sein wird, kann die Notwendigkeit eines Abwägens der Arbeitsleistung — Akkord-, Prämien- und Taylorsystem usw. — abgeschafft und das Prinzip verwirklicht werden: Jeder nach seinen Bedürfnissen. —

Die Arbeiterschaft erfaßte auch die Funktionsveränderungen des Akkordsystems, und seine Einführung stieß nicht auf großen Widerstand. Die Produktion war im Steigen und die Arbeitsdisziplin in Wiederherstellung begriffen. In der Lederbekleidungsindustrie war sie tadellos, in der Holzverarbeitungsindustrie ebenfalls zufriedenstellend. In der Eisen- und Metallindustrie führte schon der Mangel an Rohstoffen manche Schwierigkeit herbei, doch auch da war die Produktion schon gegen Ende der Diktatur im Steigen begriffen. Es gab ja auch manchen Betrieb, der die Leistung während des Weltkrieges übertraf. Die Waffenfabrik in Budapest erzeugte z. B. während des Weltkrieges mit etwa 6000 Arbeitern täglich 800 Gewehre, in der zweiten Hälfte der Diktatur dagegen mit ungefähr 3000 Arbeitern täglich 500 Gewehre. Dies bildet zwar eine Ausnahme, die Produktion während der Diktatur war gegen die des Friedens im allgemeinen zurückgegangen. Sicher ist es nur, daß die Diktatur auf dem Wege der Konsolidierung der Produktion begriffen war, und dieser Erfolg kann auch dadurch nicht herabgemindert werden, daß zufolge der Ausgleichung der Arbeitslöhne die Diktatur teurer produzierte. Vom Gesichtspunkt der internationalen Preisgestaltung war die Produktion freilich teurer. Auf dem internationalen Weltmarkte wäre sie gewiß nicht konkurrenzfähig gewesen. Aber

eben auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu sein und zu werden war die Triebfeder, die den Ruin des Kapitalismus herbeiführte, sodaß ihm die Fähigkeit zu einer Erneuerung jetzt fehlt, weshalb der Kapitalismus durch den Kommunismus abgelöst werden muß, der auch die Fähigkeit besitzt, die Konkurrenzfrage aus der Gesellschaft überhaupt auszurotten.

Nachdem die Diktatur die Banken, die Fabriken, die Bergwerke und den landwirtschaftlichen Boden sozialisiert hatte, ist sie dazu übergegangen, die Ausbeutung des Proletariats durch den Hausbesitzer zu beseitigen. Vor allem hat sie die allgemeine Herabsetzung des Mietzinses für Kleinwohnungen um 20 % angeordnet und dann die Sozialisierung der Miethäuser vorgenommen. Es setzte dann jenes System der Milderung der Wohnungsnot ein, das schon heute — ohne Wohnungsneubauten — angewendet werden kann; die einheitliche Raumverteilung, die Beseitigung der Wohnungsüberfüllung. Zuerst wurden die leer hinterlassenen Wohnungen der Bourgeoisie in Anspruch genommen, doch die Wohnungsnot der Arbeiterschaft konnte hierdurch nicht gemildert werden. Es wurden dann die bequemen Bourgeoiswohnungen geteilt, die Wohnungsansprüche der Bourgeois auf ein Mindestmaß reduziert und in die so frei gewordenen Wohnungen Arbeiterfamilien einquartiert. Bei der Teilung der Wohnungen wurde darauf geachtet, daß die Wohnungen der einzelnen Familien voneinander abgesondert waren. Hat sich hierbei eine Umänderung der Wohnungen als notwendig erwiesen, so wurde sie durch das Wohnungsamt vorgenommen.

Nicht nur für eine Verteilung der Wohnungen, sondern auch für eine einheitliche Verteilung der Möbeleinrichtungen wurde Sorge getragen. Die requirierten Wohnungen wurden den Arbeitern mit der Einrichtung selbst zugesprochen, Wohnungen ohne Einrichtungen wurden durch das Möbelverteilungsamt eingerichtet. Das Möbelverteilungsamt hatte die außer Benutzung gebliebenen Einrichtungsgegenstände zu sammeln, neu erzeugte Möbel wurden ihm zur Verfügung gestellt, und auf diese Weise wurde die Befriedigung der Anforderungen und Bedürfnisse durch diese Zentrale vorgenommen.

Selbstverständlich ist nicht diese Form die endgültige Lösung der Wohnungsfrage, doch hat die Diktatur durch die provisorischen Verfügungen die Folgen der Wohnungspolitik des Kapitalismus

gemildert, die bequemen und gesunden Wohnungen der Bourgeoisie den Arbeitern zur Verfügung gestellt, die bisher in dumpfen, schmutzigen und überfüllten Wohnungen hatten schmachten müssen.

* * *

Mit ihren ersten Verfügungen zugleich hat die Diktatur das Alkoholverbot angeordnet. Während des Kapitalismus diente der Alkohol zur Verdummung der Massen. Durch den Alkohol wurde das Selbstbewußtsein der Massen unterbunden, um sie auch weiterhin als willenlose Lohnsklaven zu erhalten. Der Alkohol wirkt nicht nur als Quelle des Verbrechens, sondern führt auch zur Degeneration und steigert das Elend und die Leiden der Massen. Zur Beseitigung all dieser Uebel diente das Alkoholverbot, dessen Wirkungen sich in der Ordnung der Diktatur bedeutend widerspiegelten. Die Zahl der gemeinen Verbrechen hat sich plötzlich auf ein Minimum herabgemildert, die Raufereien usw. hörten mit einem Male auf. Das Strafregister während der Diktatur mit dem während des Kapitalismus verglichen, beweist am besten, welch eine Rolle der Alkoholgenuß bei der Versklavung des Proletariats gespielt hat.

Im vierten Monat der Diktatur wurde zwar das Alkoholverbot gemildert, der Genuß von einem halben Liter Wein oder Bier pro Tag und Kopf war zugelassen, doch nur in geschlossenen Flaschen. Das Verbot des Genusses von Alkohol in Form gebrannter Getränke blieb aufrecht, die Gasthäuser und Ausschanke blieben weiter geschlossen.

* * *

In sozialpolitischer Hinsicht waren die Forderungen der modernen Sozialpolitik während der Rätediktatur entweder schon verwirklicht oder sie befanden sich in der Durchführung.

Die Betriebs- und Genossenschaftskrankenkassen wurden abgeschafft, es existierte nur eine Art, die der allgemeinen Krankenkasse. Der Umfang der Versicherungspflicht wurde auf alle Arbeitenden ausgedehnt, die Gehaltsgrenzen abgeschafft, zufolge der Gleichstellung der Löhne war also jedermann, der nur nicht von den Zinsen seines Vermögens oder von der Ausbeutung

fremder Arbeitskraft sich erhalten hat — auch die Soldaten — versicherungspflichtig. Auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung hat daher die ungarische Rätediktatur auch jene kapitalistischen Länder überholt, die die weitentwickeltste Arbeiterversicherung aufzeigen konnten. Die Kranken- und Unfallversicherung funktionierte tadellos, die Invaliditäts- und Altersversicherung, ferner die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit waren bereits durchgeführt uud begannen schon zu funktionieren. Die Mutterschaftsversicherung und der Säuglingsschutz fanden ihre Lösung im Rahmen der allgemeinen Arbeiterversicherung. In Bezug auf Arbeiterhygiene und Arbeiterschutz folgten die Reformen einander. Sämtliche Spitäler, Sanatorien, Heilbäder usw. sind in den Besitz des Staates übergegangen. Gärten die bis dahin nicht zugänglich waren, wurden den Kindern eröffnet. Eine eigene Zentrale sorgte für den Sommeraufenthalt der Proletarierkinder und -Familien. Die Verstaatlichung des Gesundheitswesens wurde während der Rätediktatur beinahe verwirklicht.

* * *

Auf kulturellem Gebiet hat die Diktatur Großes geschaffen. Sämtliche Theater wurden staatlich verwaltet, zwei Drittel der Theaterkarten verkauften die Gewerkschaften zu ermäßigten Preisen und nur ein Drittel wurde dem freien Verkehr überlassen. Für die jugendlichen Arbeiter wurden allwöchentlich eigene Aufführungen veranstaltet. In den Kinos wurden die Kinder nur zu den Kinderaufführungen zugelassen.

Es bestand eine Zentrale zur Verwaltung des Bibliothekwesens, so wurden Fach- und Filialbibliotheken errichtet. Die bisher nur der Bourgeoisie zugänglichen und auch die verborgenen Kunstschätze wurden gesammelt und dem Proletariat zugänglich gemacht. Zur Dezentralisierung der kulturellen Institutionen war die Errichtung von Museen und Bibliotheken in der Provinz in der Durchführung.

Die Schulpflicht war vorübergehend auf das Alter bis zu 14 Jahren festgesetzt und bis zum 18. Jahre zu erweitern geplant. Das ganze Schulwesen war auf der Einheitsschule mit 8 Klassen aufgebaut, danach hätten vier Jahre gefolgt, entweder als Fachschulen — in deren Rahmen in Lehrwerkstätten auch die Ausbildung des Lehrlings erfolgt wäre — oder Schulen zur Vor-

bereitung von höheren wissenschaftlichen Studien. Die Schulreform war zur Durchführung im neuen Schuljahre vom Monat September ab vorbereitet. Dem neuen Schulwesen entsprechend wurden von den besten modernen Pädagogen neue Schulbücher verfaßt. Es wurden Waldschulen für tuberkulöse und eigene Schulen für nervöse Kinder errichtet. Das freie Unterrichtssystem im ganzen Lande wurde organisiert. Analphabeten-, Sprachen- und höhere Kurse wurden veranstaltet. Für die jugendlichen Arbeiter wurden allein in Budapest und Umgebung während der Diktatur über 10000 Vorträge abgehalten. Es wurden Arbeiteruniversitäten organisiert, die sich in zwei Teile gliederten: in freie Universitäten — wo die höhere wissenschaftliche Ausbildung der Arbeiter erfolgte, und in Kurse für Verwaltungsunterricht, die sich mit der Heranbildung für den Verwaltungsdienst der Arbeiterräte befassen. Die technische Hochschule wurde den Arbeitern zugänglich gemacht, und dort wurden die Produktionskommissare herangebildet. Die Universitäten erfüllten aber damit allein nicht ihren Beruf, daß sie zum Studium der höheren Wissenschaften dienten, sie wurden in wahre Forschungsinstitute umgewandelt, und das Forschungsinstitut für historischen Materialismus wurde bereits eröffnet.

Die Neuorganisierung des Schulwesens erforderte 12000 neue Schulkräfte. Diese neuen Schulkräfte waren von den Angehörigen der durch die Diktatur erledigten Berufe heranzuziehen. Durch die Konzentrierung der Betriebe standen Privatangestellte, ferner geeignete Juristen und Beamte zur Verfügung, die nach einer gehörigen Umbildung als Lehrkräfte verwendet werden sollten. Außer diesen institutionellen Reformen machte sich die Diktatur die Propaganda des Sozialismus zur staatlichen Aufgabe. Die Bücher und Broschüren von sozialistischen Schriftstellern des In- und Auslandes wurden von staatswegen in Massenauflagen gedruckt und verbreitet. Was der ganzen Arbeiterschaft vordem nur durch große Opfer möglich war, das war ihr jetzt geboten: sie konnte lesen und lernen. Ohne die Rätediktatur wäre die ungarische Arbeiterschaft einer derartigen Propagierung des revolutionären Sozialismus nicht teilhaftig geworden.

Wenn die Feinde der Diktatur des Proletariats die großen Schöpfungen der Diktatur als im Interesse des Proletariats gelegen schließlich anerkannten, dann bleibt ihnen sonst nichts übrig, als

zu behaupten, daß die Diktatur eine Diktatur über das Proletariat sei.

Das vor der Rätediktatur gewesene alte Ungarn war stolz auf seinen Parlamentarismus. Wem war es denn vergönnt, in diesem Lande sein konstitutionelles Recht auszuüben? Den Besitzenden und ihren Helfershelfern! Während der Rätediktatur jedoch war das Wahlrecht jedem über 18 Jahre zugesprochen ohne Rücksicht auf das Geschlecht. Ausgeschlossen vom Wahlrecht waren nur jene, die sich aus Zinsen ihres Kapitals oder aus der Ausbeutung fremder Arbeitskraft erhalten haben, die Geistlichkeit und die Geisteskranken. In der Räterepublik hatten die Arbeitenden, die überwiegende Mehrheit des Landes, das Wahlrecht. Während im alten Ungarn von 18 Millionen seiner Bevölkerung im ganzen nur kaum 750 000 das Wahlrecht gehabt hatten, von denen bei den letzten Wahlen nur kaum 500 000 ihr Wahlrecht ausgeübt hatten, wurden während der Diktatur in Budapest selbst — vom Lande gar nicht zu reden — 600 000 Stimmen bei den Wahlen für die Arbeiterräte abgegeben. Fällt daher die Antwort darauf schwer, ob die auf solche Weise gewählten Räte den Willen des Proletariats repräsentierten? Und wenn wir noch hinzufügen, daß das oberste Regierungsorgan der Regierende Rat durch den Zentralrat der Arbeiterräte gewählt wurde, so wird es leicht einleuchten, daß diese Diktatur keine Diktatur über das Proletariat, sondern die Diktatur des Proletariats über die Bourgeoisie war.

* * *

Nicht nur der Bourgeoisphilister, sondern auch Sozialdemokraten bemängeln es, daß die Diktatur des Proletariats eine neue Armee schaffe und Krieg führe.

Aber solange der Kapitalismus nicht vernichtet, der Organismus des Bourgeoisstaates nicht aufgehoben ist, kann das Proletariat auf Gewalt- und Unterdrückungsorganisationen, auf eine Armee, auf eine proletarische Armee, nicht verzichten, um seinen Willen der Bourgeoisie aufzwingen zu können. Nicht nur im Lande selbst zur Unterdrückung der Bourgeoisie bedurfte die Rätediktatur einer Armee, sondern auch außerhalb derselben. Das Land, die Herrschaft des Proletariats, war von imperialistischen

Heeren umzingelt, gefährdet. Die Diktatur hatte nicht nur Territorien zu verteidigen, sondern auch die Existenz der Räterepublik zu sichern. Und eben in diesem Punkte offenbarte sich der Unterschied zwischen einem imperialistischen Kriege und einem revolutionären Kriege des Proletariats. Der imperialistische Krieg bezweckt die Unterdrückung von Nationen zur Aufrechterhaltung der Ausbeutung. Der revolutionäre Krieg des Proletariats dagegen ist abgezielt auf die Abschaffung der nationalen Unterdrückung und der Ausbeutung zwecks Befreiung des Proletariats. Die Waffe und der Krieg sind daher Mittel des Klassenkampfes. Sie waren dies auch während des Kapitalismus und bleiben dies auch während der Diktatur des Proletariats, bis die Notwendigkeit zu einer Unterdrückung beseitigt ist. Der Kapitalismus organisierte Waffen zu einer Armee, während das Proletariat nur vereinzelt, spärlich, gelegentlich der Streiks und Demonstrationen individuell sich ihrer zu bedienen vermochte. Aber es hat sie in Anspruch genommen und hat sich ihrer bedient, im Kampfe gegen die eigenen Ausbeuter. In der weiteren, höheren Phase des Klassenkampfes gelangte das Proletariat zur Herrschaft und während es früher durch Anwendung von Streiks und auch individuell mit Gewehren gegen den Kapitalismus gekämpft hatte, organisierte es jetzt, wo es seine Unterdrückung durch die eigene Bourgeoisie beseitigte, seine Waffe zu einer Armee und führte den Klassenkampf weiter nicht nur gegen die eigene Bourgeoisie, sondern auch gegen deren ausländische Verbündete, die seine Herrschaft bedroht, gefährdet haben. Die imperialistischen Länder haben dem ungarischen Proletariat den Krieg aufgezwungen, der Instinkt der Selbsterhaltung ließ es zu den Gewehren greifen, um seine Herrschaft zu verteidigen. Der Krieg des ungarischen Proletariats war auf diese Weise ein revolutionärer Krieg. Jeder Quadratmeter Boden, den die revolutionäre Armee von den Imperialisten eroberte, vergrößerte das Gebiet, wo die Ausbeutung des Proletariats bereits abgeschafft wurde. Die Eroberung einer jeden Fabrik und eines jeden Bergwerkes vermehrte die Produktionskräfte des Proletariats und die Eroberung neuer Nahrungsgebiete verbesserte die Ernährung des Proletariats. Mit jedem Kilometer, den die revolutionäre Armee zurücklegte, schritt die Revolution vorwärts, hinein in andere Länder und entwickelte und kräftigte die revolutionären Energien des Proletariats.

VIII.

Der Sturz der Rätediktatur.

Die Diktatur des Proletariats in Ungarn war mit Geburtsfehlern behaftet. Einerseits haben die Sozialdemokraten nicht aus theoretischer prinzipieller Ueberzeugung sich das kommunistische Programm zu eigen gemacht — andererseits aber — und das war der eigentliche Fehler — gelangte das Proletariat ohne einen entscheidenden Kampf gegen die Bourgeoisie zur Herrschaft. Und eben deshalb, weil die Bourgeoisie die eigene Herrschaft nicht verteidigte, weil um die Eroberung der politischen Macht das Proletariat keinen entscheidenden Kampf zu führen genötigt war, weil eben die Bourgeoisie mit einer vornehmen Geste einfach abdankte, ihre Macht dem Proletariat übergab, sich freiwillig einer Unterdrückung durch das Proletariat auslieferte, — vermochte das Proletariat nicht, seine Herrschaft gehörig zu schätzen. Ohne Kampf und ohne Opfer erhielt es die Macht, es fehlte ihm daher die innere Opferwilligkeit. Es war zwar für die Diktatur begeistert, aber es forderte zugleich anstandslose Verpflegung, Bequemlichkeit und Wohlstand. Es war durch die feige Demut der Bourgeoisie beirrt worden und die mangelhafte Erziehung für den Klassenkampf mußte sich jetzt rächen. Von Leiden und Entbehrungen und Opfern wollte das Proletariat nichts wissen. Es hat sich damit abgefunden, daß die Armee der Rätediktatur — die sich zwar sozialistisch nannte, aber total unzuverlässig war — als „rote Armee“ bezeichnet werde, aber daß die Armee eine p r o l e t a r i s c h e A r m e e sein müsse, daß sich die Arbeiterschaft selbst zu einer Armee organisieren und mit der Waffe in der Hand die Diktatur sowohl gegen die eigene Bourgeoisie, wie auch die imperialistischen Armeen zu verteidigen habe, dazu war sie noch nicht so sehr gewillt. Sie wollte nicht Soldat werden, sie überließ die Verteidigung der Diktatur der vorhandenen alten Armee, die völlig desorganisiert war und die ohne das Proletariat nicht konsolidiert, schlagfertig und verläßlich gemacht werden konnte.

Als aber der Angriff und der Vormarsch der Rumänen, der völlige Zusammenbruch der Armee und das Erwachen der Gegenrevolution die Existenz der Rätediktatur bedrohte, damals am 2. Mai trat schon ein Wandel ein. Die Arbeiterschaft zog aus

den Fabriken in die Kasernen. Sie verlangte weder Monturen noch Schuhe, sie verlangte gar nichts, sie verzichtete auf alles, nur Munition wurde gefordert. Ohne eine vorherige ärztliche Untersuchung, Frontdiensttaugliche und Invalide, Arbeiter in vorgeschrittenem Alter und Junge, alle, alle bemühten sich in die Kasernen und wollten an die Front. Die Armee wurde rasch in einigen Tagen konsolidiert.

Die Bourgeoisie war zurückgeschreckt, das revolutionäre Rüsten des Proletariats schreckte sie zurück, worauf die Konterrevolution sich zurückzog. Die großen Erfolge des Gegenangriffs gegen die tschechoslowakische Armee steigerte noch mehr die Begeisterung des Proletariats. Aber in dem Maße, als es die Diktatur gesichert wußte, in dem Maße ließen auch Opferwilligkeit und Disziplin nach.

Die Gegenrevolutionäre verbreiteten über die Front Schrekkensnachrichten. Ueber das Zugrundegehen ganzer Arbeiterregimenter hatten sie Nachrichten erfunden, die sie unter den Frauen der eingerückten Arbeiter verbreiteten. Sie bewogen die Frauen dazu, verzweifelte Briefe an ihre Männer an der Front zu schicken, wo auch ein Teil der gewesenen Offiziere bereits die Verbindungen mit der Konterrevolution herstellte. Während die Konterrevolution im Hinterlande über die Front, haben die konterrevolutionären Offiziere an der Front über das Hinterland die Schreckensnachrichten verbreitet. Daneben richteten die gewesenen aktiven Offiziere eine niederträchtige Minierarbeit gegen die gewesenen Reserveoffiziere, besonders aber gegen die kommunistischen Kommandanten. Das Armeekommando hatte nach und nach die kommunistischen Kommandanten von den Truppen abkommandiert, beurlaubt oder an untergeordnete Stellen kommandiert, sodaß die Armee am Ende ganz unter konterrevolutionärer Führung stand. War die Führung der Armee bisher ganz anstandslos, so wurde jetzt sabotiert. Die Kommandanten führten die Befehle schleppend und verspätet durch oder sie wurden überhaupt nicht ausgeführt. Reserven wurden nicht verwendet, die Erfolge nicht ausgenützt, die Disziplin versagte völlig.

Das Telegramm von Clemenceau, das die Demarkationslinie bestimmte, und die Friedensverhandlungen in Aussicht stellte, traf die Rätediktatur in einer total konterrevolutionären Stimmung an, gleichmäßig die Front und das Hinterland. Die Aussichten waren

keine rosigen. Das Telegramm von Clemenceau erweckte keine zuversichtliche Stimmung, niemand glaubte daran, daß gegen die für die Tschecho-Slowakei evakuierten Gebiete die Rumänen sich jenseits der Theiß auf die neue Demarkationslinie zurückziehen würden, doch war die Annahme der Note die letzte Ausflucht, denn an Widerstand durfte kaum mehr gedacht werden.

Die Konterrevolution sah die Zeit gekommen, um in Aktion zu treten. Am 24. Juni hatten die gewesenen Offiziere die Mannschaft einer Artilleriekaserne in Budapest irregeführt, ließen Avisoschüsse abfeuern, als aber die Mannschaft bemerkte, daß sie zu einem konterrevolutionären Putsch benutzt wurde, verhaftete sie sofort die Offiziere. Inzwischen aber zogen die bewaffneten Zöglinge der gewesenen Kadettenschule auf, besetzten die Telefonzentrale, die zur Konterrevolution übergegangenen Monitore dagegen beschossen die Stadt. Die Arbeiterschaft erhob sich wie ein Mann und war in einigen Stunden mit der Konterrevolution fertig. Und wie in Budapest so erging es auch in der Provinz. Die bewaffnete Konterrevolution war stets und überall in einigen Stunden unterdrückt. Dies alles hat natürlich das konterrevolutionäre Verhalten der Bourgeoisie, der Bauernschaft, und der Offiziere nicht beeinflußt, ihre Zusammenarbeit wurde offenbar. Die Offiziere forderten für die Armee die nationale Flagge, oder zumindest auf der roten Flagge ein nationales Zeichen. Zugleich erklärten sie, daß sie nicht geneigt seien, gegen die Offiziersarmee der Szegediner konterrevolutionären Regierung den Kampf aufzunehmen, daß sie gegen Weiße nicht kämpfen wollen.

* * *

Aber auch noch andere Uebelstände hat es gegeben. Ein Teil der Führer machte sich nicht die Stärkung und Festigung der Diktatur zur Aufgabe, sondern paßte auf die erste gute Gelegenheit, um sie zu liquidieren, zu stürmen. Schon den 2. Mai wollten sie hierzu benützen! Sie dachten schon damals nicht daran, Widerstand zu leisten, die politische Macht des Proletariats zu verteidigen. Sie hatten sich damit abgefunden, die Macht einfach der Bourgeoisie zurückzugeben. Aber die Arbeiterschaft sammelte sich zum Kampfe, um die Rätediktatur zu verteidigen.

Trotzdem sich die Masse damals wie ein Mann für die Diktatur erhob, datiert die Auflösung der Einheitlichkeit des Proletariats

doch vom 2. Mai. Jene, die damals auf die Macht des Proletariats verzichten wollten, setzten ihre Minierarbeit auch weiter fort. Nachdem sie in den Parteiorganisationen und Arbeiterräten keinen Einfluß hatten, waren sie daran, unter den Massen für sich Anhänger zu werben und Stimmung gegen die Parteiorganisationen und Arbeiterräte zu machen. Sie bezeichneten den Kampf für die Diktatur des Proletariats als aussichtslose Anstrengungen. Die Verpflegungsschwierigkeiten schrieben sie nicht den Folgen des Weltkrieges, sondern den Folgen der Rätediktatur zu. Sie bereiteten eine Stimmung für die Orientierung nach der Entente. Ihre Besprechungen und Konferenzen waren in steter Fühlung mit den verschiedenen Ententemissionen, sodaß auch außen sich zweierlei Außenpolitik offenbarte, eine amtliche, die der Regierende Rat repräsentierte und auch eine andere, nicht amtliche, die durch die Konferenzen einiger Gewerkschafts- und anderer Führer vertreten war. Diese zwei Richtungen der Außenpolitik kreuzten stets einander. Die Konterrevolution dagegen war von diesen Zuständen innerhalb der Diktatur durch die Ententemissionen stets gut unterrichtet. Die Konterrevolution wurde von Tag zu Tag stärker und fühlte sich schon so stark, daß sie in ihren Broschüren sowohl Männer, die an der Spitze der Arbeiterschaft standen, wie auch solche, die bedeutende Posten in der Rätediktatur bekleideten, offen als ihre Verbündeten bezeichnen konnte.

* * *

Derart waren die Zustände, als in der zweiten Hälfte des Juni zur Offensive gegen die Rumänen jenseits der Theiß vorgeschritten wurde. Sowohl im Armeekommando, wie auch im Generalstab der einzelnen Armeekorps mußten Aenderungen vorgenommen werden. Die gegenrevolutionär gewesenen Offiziere wurden von den Soldaten selbst verhaftet. Obwohl die Demoralisierung der Armee nach und nach zugenommen hatte, hat die Rote Armee die Rumänen doch gründlich geschlagen, aber die Offiziere sabotierten, hatten, ohne daß eine Veranlassung dazu vorlag, den Truppen Befehle zum Rückzug gegeben, um Verwirrungen hervorzurufen. Ein Teil der Truppen verließ die Stellung und verbreitete im Hinterlande Schreckensnachrichten.

Die meisten Volkskommissäre und die einflußreichen Führer der Arbeiterbewegung eilten an die Front, um die Ordnung dort

herzustellen, die Gruppen der Defaitisten pflegten währenddessen Unterhandlungen mit der Entente.

Der Regierende Rat hielt am 1. August eine Sitzung ab. In dieser Sitzung wurde ein eben in diesem Moment eingelaufener ungünstiger Kriegsbericht als amtlicher Bericht vorgelegt, andere dagegen legten die Vorschläge der Entente vor. Die unterminierte Situation war nicht mehr zu retten, der Regierende Rat beschloß den Rücktritt, und noch in der Sitzung selbst konstituierte sich die neue sozialdemokratische Regierung.

Der Arbeiterrat wurde auf diese Weise vor eine vollzogene Tatsache gestellt, auf den Entschluß konnte selbst das nicht einwirken, daß der dem Regierenden Rat vorgelegte Kriegsbericht den Tatsachen nicht entsprochen hatte. Die Rote Armee hat selbst am 1. August die Rumänen bei Szolnok geschlagen, 16 Maschinengewehre, 20 Geschütze und großes Kriegsmaterial erbeutet, und zog am Nachmittag, bereits nach der Liquidierung der Rätediktatur, in Szolnok ein.

* * *

Niemand war im Zweifel darüber, daß das Schicksal der Diktatur des Proletariats in Ungarn mit dem Schicksal der Weltrevolution eng verbunden ist. Niemandem ist es eingefallen, zu glauben, daß diese bolschewistische Insel, von kapitalistischen Ländern umringt, durch die Blockade der Entente gewürgt, ohne die Unterstützung des Weltproletariats sich dauernd aufrecht zu erhalten im Stande sein würde. Zur Zeit der Errichtung der Rätediktatur waren die Aussichten günstig, aber die Weltrevolution nahm ein langsameres Tempo an, als erwartet. Mit der russischen Roten Armee konnte die Verbindung nicht hergestellt werden, da die ukrainische Frage keine strategische, sondern eine politische war, die die Russen im Augenblick nicht lösen konnten. Der Angriff am Dnjestr durfte nur als eine Sympathiekundgebung gelten, eine wirkliche Bedeutung konnte ihm nicht beigemessen werden. Die ungarische proletarische Revolution war daher verlassen, auf sich allein angewiesen mußte sie den Kampf führen. Im Kampfe gegen den Kapitalismus marschierte die ungarische proletarische Revolution 133 Tage hindurch an der Spitze der Weltrevolution des Proletariats, leistete eine geschichtliche Tat.

Doch auf die eigene Kraft angewiesen, mußte sie verbluten. Aber das Dasein dieser kleinen revolutionären Insel bedeutete dem Weltproletariat eine leuchtende Fackel. Das ungarische Proletariat selbst machte während dieser Zeit die Schule des Klassenkampfes durch, die ihre Führer 25 Jahre hindurch zu verwässern versucht hatten. Der Sturz der ungarischen Rätediktatur kräftigte zwar die europäische Reaktion, die europäische Diktatur der Bourgeoisie und den weißen Terror, durch den sie abgelöst wurde, die die besten der Arbeiter in Haufen niedermetzelte, lieferte aber dem Weltproletariat nur den Beweis dafür, daß wir an jene Phase des Klassenkampfes herangerückt sind, wo die Klassengegensätze nicht mehr ausgeglichen werden können, wo der Klassenkampf bis zum Ende, bis zum Siege des Proletariats geführt werden muß.



Inhalt:



Buch- und Kunstdruckerei Schwarz & Co., G. m. b. H., Berlin O 34.

